



Vorarlberg
unser Land



Die Vorarlberger Landtagsfahne und die parlamentarische Bannmeile



Die Vorarlberger Landtagsfahne und die parlamentarische Bannmeile

Umschlagfotos Helmut Klapper, Landeslichtbildstelle (Vorarlberger Landesbibliothek)

Vorderseite: Landtagsfahne über dem alten Landtagstrakt, von der Jahnstraße aus, am 15. März 1978

Rückseite: Landtagsfahne vor dem neuen Landhaus in der Römerstraße im Juli 1981.

Vorarlberger Landesarchiv
Kirchstraße 28
6900 Bregenz
Österreich
www.vorarlberg.at/landesarchiv

ISBN 978-3-902622-48-8

ISSN 2070-3511 (Print), ISSN 2070-352X (Online)

URN urn:nbn:at:0001-02465 (Persistent-Identifizier-Dienst der Deutschen Nationalbibliothek, www.d-nb.de)

© Vorarlberger Landesarchiv, Bregenz 2022

Kleine Schriften des Vorarlberger Landesarchivs 46

Die Vorarlberger Landtagsfahne und die parlamentarische Bannmeile

Ulrich Nachbaur



3., überarbeitete und erweiterte Auflage
Bregenz 2022



Abbildung 1: Eine Behelfsfahne zeigte am 2. Februar 2022 an, dass der Landtag tagt.
(Foto Ulrich Nachbaur)

Inhalt

Aus aktuellem Anlass	7
<hr/>	
1 Vorarlberger Landtagsfahne	9
1.1 „Wie sie bis 1938 in Verwendung war“	9
1.2 Landesregierung verwaltet den Landtag	10
1.3 Elmar Grabherrs Ermittlungen und Vorstellungen	11
1.4 1863: „Auf dem Dache des Stadtkanzleigebäudes weht eine Flagge in den Landesfarben“	14
1.5 1929: „Eine Standartenfahne mit dem Landeswappen“	25
1.6 Grabherrs Marotte: geflammt nach schweizerischem Vorbild	28
1.7 Gegen den Widerstand der Finanzabteilung	29
1.8 Entscheidung für die herkömmliche Gestaltung	32
1.9 1952: „Wiederherstellung der Landtagsfahne“	36
1.10 Keine Berücksichtigung in einem Landeswappengesetz	38
1.11 1973: Verankerung in der Geschäftsordnung des Landtags	39
1.12 1981: Landtagsfahne „beim“ neuen Landhaus und Ausmusterung der Standarte	41
1.13 Fahne oder Flagge?	45
1.14 Beflaggungsordnung	48
<hr/>	
2 Parlamentarische Bannmeile	53
2.1 Ein Hoheitszeichen mit Rechtswirkung?	53
2.2 Von der Paulskirche zum Versammlungsgesetz 1867	55
2.3 Versammlungsbehörden: Sonderfall Bregenz	64
2.4 Kundmachung des Sicherheitsdirektors 1952/1954	66
2.5 1968: erweiterter Kreis geschützter Verfassungsorgane und Verkürzung des Bannkreises auf 300 Meter	73

2.6	In Österreich keine permanente Sicherheitszone	77
2.7	„Fridays for Future“ und „Freitag für Freiheit“	82
2.8	Schutz parlamentarischer Enqueten	85
2.9	„Die Sitzungen des Landtages sind öffentlich“	93
2.10	Musikalische Landesverteidigung in der Bannmeile	98
2.11	Bann Zone um den Landtagssitz	99
2.12	Deputationen und Petitionen	101
2.13	Absolut freie Versammlungen, Veranstaltungen	105
2.14	„Spaziergänger“ und die Forderung nach permanenten Bannmeilen um Gesundheitseinrichtungen	107
<hr/>		
	Abkürzungen	115
	Literatur	117

Aus aktuellem Anlass

2006 habe ich anlässlich der Auffindung der ehemaligen Landtagsfahne im Landtagsfoyer eine kleine Ausstellung gestaltet. Mit der Anschaffung einer neuen Landtagsfahne war 1952 die Frage der parlamentarischen Bannmeile verknüpft worden. „In Bregenz wird samstags demonstriert“ resümierte ich in einem Beigleitheft zur Ausstellung. Ein amüsantes, harmloses Thema, das aus der Zeit gefallen schien. Der Sturm auf das Feldkircher Rathaus, wo sich 1848 der Landtag konstituieren wollte, lag über 150 Jahre zurück.

Die Livebilder vom Sturm auf das Kapitol in Washington am 6. Jänner 2021 haben der Welt die Verletzlichkeit westlicher Demokratien vor Augen geführt. Ein gewaltsamer Angriff von Anhängern des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump auf den Kongress der Vereinigten Staaten mit dem Ziel, den Senat und das Repräsentantenhaus an der förmlichen Bestätigung des Wahlsieges von Joe Biden zu hindern und Trump damit zur Fortsetzung seiner Präsidentschaft zu verhelfen. Eine Folge jahrelanger skrupelloser Hetze, in der selbst offensichtliche Unwahrheiten zu „alternativen Fakten“ erklärt wurden.

Verschärft wurde die Spaltung der US-amerikanischen Gesellschaft durch eine Pandemie, deren Bekämpfung auch in Europa ein Stück weit zur Spaltung geführt oder Gräben vertieft hat.

In Vorarlberg wurde nicht zuletzt der Vorplatz des Landhauses in Bregenz zum Schauplatz von Demonstrationen gegen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Vielleicht erstmals in der Landesgeschichte musste eine illegale Versammlung wegen Verletzung der parlamentarischen Bannmeile aufgelöst werden. Ein zum Glück undramatisches, kaum wahrgenommenes Ereignis. Diese Demonstrationen boten aber den Anlass einer erneuten Auseinandersetzung mit dem Thema, zu einer historischen und rechtshistorischen Vertiefung, Verbreiterung und Aktualisierung, die mich neben bekannten zu neuen Ergebnissen geführt hat.

Ulrich Nachbaur

Bregenz, 6. Februar 2022



Landesregierungsgebäude in Bregenz

Ostfassade mit rundförmigem Vorbau des Landtagssitzungssaales

Die aufgezoene Landtagsfahne zeigt an, daß der Landtag tagt. Während dieser Zeit sind Versammlungen unter freiem Himmel in einem gewissen Umkreise nicht erlaubt.

Abbildung 2 (Jungbürgerbuch 1962).

1 Vorarlberger Landtagsfahne

In den klassischen Vorarlberger Jungbürgerbüchern von 1953 bis 1971 stoßen wir auf ein Foto (Abb. 2) mit der Legende:

„Landesregierungsgebäude in Bregenz / Ost-Fassade mit rundförmigem Vorbau des Landtagssitzungssaales. / Die aufgezo- gene Landtagsfahne zeigt an, daß der Landtag tagt. Während dieser Zeit sind Versammlungen unter freiem Himmel in einem gewissen Umkreise nicht erlaubt.“¹

Diese Landtagsfahne galt als „verschollen“, ² bis sie 2006 bei Übersiedlungsarbeiten im neuen Landhaus wieder zum Vorschein kam, von Wind und Wetter gezeichnet. Diese Standarte wurde 1952 angeschafft. Ihre Tradition reicht jedoch weit zurück.

1.1 „Wie sie bis 1938 in Verwendung war“

„Einer Anregung von einigen Landtagsmitgliedern folgend wurde ein sachgemäßer Entwurf und Kostenvoranschlag für die Anschaffung einer Landtagsfahne eingeholt, wie sie bis 1938 bei den Sitzungen des Vorarlberger Landtages in Verwendung war,“ berichtete Arnulf Benzer (1910 bis 2009), Leiter der Kulturabteilung im Amt der Vorarlberger Landesregierung, am 25. Mai 1950 an das Präsidium.³ Die Anschaffungskosten beliefen sich inklusive Entwurf auf 300 Schilling. Es werde beantragt, der Firma Otto Burger, Wäscherzeugung in Bregenz, den diesbezüglichen Herstellungsauftrag zu erteilen. Burger könnte die Fahne bis zur nächsten Landtagssitzung am 2. Juni liefern.

Wir können davon ausgehen, dass Präsidialchef Elmar Grabherr (1911 bis 1987) so viel Eigeninitiative seines Kollegen Benzer nicht zu schätzen wusste. Der Landtag wie die Hoheitszeichen fielen klar in die Kompetenz der Abteilung Präsidium.

¹ JUNGBÜRGERBUCH 1953, 1956, 1957, 1960, 1962, 1968, 1971; zudem in LANDSTÄNDE UND LANDTAG 1961, jeweils außerhalb der Seitenzählung.

² NACHBAUR 2004, S. 16; NACHBAUR 2005, S. 34.

³ VLA: AVLReg IIb-1292/1950.

1.2 Landesregierung verwaltet den Landtag

Der Landtag selbst verfügte noch über keine Kanzlei. Er wurde von der Landesverwaltung administriert, seit der Verländerung der Landesregierungen 1925 vom Präsidium (Prs) des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, das nun auch zentral für die Legistik zuständig war.⁴ Bei der Teilung des Präsidiums in die Abteilungen Präsidium Allgemeine Angelegenheiten (PrsA) und Präsidium Gesetzgebung (PrsG) mit 1. Jänner 1966 wurde PrsG eine Landtagskanzlei als Amtsstelle angeschlossen⁵ und im Rahmen der Landesverfassungsnovelle 1969 dem Landtagspräsidenten unterstellt,⁶ was in anderen Ländern schon seit Jahrzehnten der Fall war.⁷ Landtagspräsident Karl Tizian (1915 bis 1985) verwies stolz und zu optimistisch darauf, dass damit *„erstmalig und vielleicht vor anderen Bundesländern auch in der Rechtssetzung dem Landtag ein selbständiges Organ [...] zur Verfügung gestellt wurde.“*⁸ Bis 1971 blieb die Landtagskanzlei noch in das Amt der Landesregierung integriert,⁹ bis 1975 wurde sie vom Vorstand der Abteilung Gesetzgebung (PrsG) in Personalunion geführt, der seither jeweils zum Stellvertreter des Landtagsdirektors, der Landtagsdirektorin bestellt wurde.

Zu dieser zögerlichen Entwicklung mag beigetragen haben, dass der Landeshauptmann sehr lange Zeit in Personalunion auch den Landtag präsidierte. Von 1870 bis 1994, 2004 und 2009 errangen die Katholisch-Konservativen, Christlichsozialen, die Österreichische Volkspartei bei jeder demokratischen Landtagswahl die absolute Mehrheit an Mandaten. Doch von 1861 bis 1918 ernannte der Kaiser zur Leitung des Landtags aus dessen Mitte den Landeshauptmann und dessen Stellvertreter, ohne an Mehrheitsverhältnisse gebunden zu sein.¹⁰ Auch nach der Landesverfassung 1919 war der vom Landtag gewählte Landeshauptmann erster

⁴ Für die Landtagsangelegenheiten waren zuständig 1861 bis 1918 die Landesausschusskanzlei, 1918 bis 1920 das Amt des Vorarlberger Landesrates, von 1921 bis 1925 die Abteilung IX (zuvor Amt des Landesrates) und 1925 bis 1938 sowie 1945 bis 1965 die Abteilung Präsidium (Prs) des Amtes der Vorarlberger Landesregierung.

⁵ Geschäftseinteilung des Amtes der Vorarlberger Landesregierung (Stand 1. Jänner 1966) (ABI 1/1966).

⁶ Art 17 LV (NK LGBl 1/1970 idF LGBl 9/1969).

⁷ So bestimmte z. B. die Geschäftsordnung des burgenländischen Landtages 1935 (LGBl 45/1935), § 9 Abs 2: *„Die Leitung der Landtagskanzlei obliegt dem Regierungsdirektor [= Landesamtsdirektor, UN] als Hilfsorgan des Landtagspräsidenten.“* (VLA: AVLReg Prs-47/1934).

⁸ 20. VLT, 8. Sitzung 16./17.07.1969, S. 353.

⁹ Die Landtagskanzlei ist in der Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung mit Stand 01.0.1971 noch als Amtsstelle ausgewiesen, mit 01.01.1972 nicht mehr (ABI 1/1971, 3/1972).

¹⁰ § 4 LO 1861 (Landes-Ordnung und Landtags-Wahlordnung für das Land Vorarlberg, RGBl 20/1861 Blg IIe).

Vorsitzender des Landtags.¹¹ Diese Ämterverbindung wurde mit der Landesverfassung 1923 aufgegeben,¹² faktisch aber weiterhin der jeweilige Landeshauptmann zum Präsidenten des Landtags gewählt. Nach der autoritären Landesverfassung 1934 war das vorübergehend nicht mehr möglich: Mitglieder der Landesregierung, sofern sie dem Landtag entnommen wurden, hatten ihre Mitgliedschaft im Landtag auf Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Landesregierung niederzulegen.¹³ Als 1945 die Landesverfassung 1923 wieder in Kraft gesetzt wurde, ließ sich Ulrich Ilg (1905 bis 1986) für die erste Periode wieder gleichzeitig zum Landtagspräsidenten und Landeshauptmann wählen.¹⁴ Erst 1969 sollte im Sinne der Gewaltenteilung in der Landesverfassung verankert werden, dass Mitglieder der Landesregierung nicht dem Landtagspräsidium angehören dürfen.¹⁵

Seit 1949 präsidierte Rechtsanwalt Josef Feuerstein (1891 bis 1969) den Landtag. Aus den Akten geht jedoch nicht hervor, dass das Landtagspräsidium offiziell mit der „Fahnenfrage“ befasst worden wäre. Es entschied die Landesregierung.

1.3 Elmar Grabherrs Ermittlungen und Vorstellungen

Wir kennen den Entwurf nicht, den Benzer nach dem Vorbild der ehemaligen Landtagsfahne geliefert hatte. Grabherr sagte er nicht zu. Jedenfalls nahm er das Heft selbst in die Hand. Benzer war in Bregenz aufgewachsen, Grabherr in Feldkirch, Benzer erst 1945 in den Landesdienst aufgenommen worden, Grabherr bereits im August 1937. Zumindest eine Landtagssitzung hätte er als junger Präsidialjurist miterleben können. Offenbar musste er aber auf andere Zeitzeugen zurückgreifen. Am 27. Juni 1950 leitete Grabherr Benzers Schreiben und Entwurf mit umfangreichen Bemerkungen an die Finanzabteilung weiter, die für die Verwaltung der Landesgebäude zuständig war:

Soweit habe erhoben werden können, sei bis 1938 eine so genannte „*Landtagsfahne*“ in Gebrauch gewesen, die während den Landtagssitzungen gehisst wurde. Sie habe nicht einfach aus den Farben rot-weiß bestanden, sondern sei ein

¹¹ § 9 Abs 1 LV 1919 (Gesetz vom 14.03.1919 über die Verfassung des Landes Vorarlberg, LGBl 22/1919).

¹² Art 11 Abs 1 LV 1923 (Gesetz vom 30.07.1923 über die Verfassung des Landes Vorarlberg), LGBl 47/1923).

¹³ Art 23 Abs 3 LV 1934 (Landesverfassungsgesetz vom 11.10.1934 über die Verfassung des Landes Vorarlberg, LGBl 23/1934).

¹⁴ 16. VLT 1. Sitzung 11.12.1945, S. 7–8.

¹⁵ Art 12 Abs 1 LV (NK LGBl 1/1970 idF LGBl 9/1969).

weißes Quadrat mit dem Landeswappen in der Mitte gewesen und mit einem schmalen roten Saum. Sie sei nicht mehr auffindbar und an ihrer Stelle werde nun „in unbestimmter Erinnerung an diesen Brauch“ eine normale rot-weiße Fahne gehisst.¹⁶ – Zur Konstituierung des 16. Landtags am 11. Dezember 1945 war der Sitzungssaal festlich geschmückt. „Hinter dem Präsidium prangte das Wappen mit der rote Montforterfahne auf gefältelte Hintergrund der Landesfarben. Von der rückwärtigen Balustrade hing die französische Trikolore herab.“¹⁷ Mit dieser unbeholfen, weil verkehrt aufgehängten Flagge erwies der Landtag der Befreiungs- und Besatzungsmacht die Ehre (Abb. 3 bis 5).¹⁸

Auf Grund welcher Bestimmungen und wann diese alte Landtagsfahne geschaffen worden sei, habe nicht festgestellt werden können, berichtete Grabher weiter. Wie Altlandeshauptmann Otto Ender (1875 bis 1960) bestätigt habe, dürfte diese Fahne mit § 7 des Gesetzes über das Versammlungsrecht von 1867 in Zusammenhang stehen, wonach, während der Landtag versammelt ist, am Ort seines Sitzes und in einem Umkreis von 5 Meilen (38 km) keine Versammlung unter freiem Himmel gestattet ist. Dies müsse zumindest am Ort selbst bekannt sein und dazu werde, abgesehen von der allgemeinen symbolischen Bedeutung, das Landeswappen als Hoheitszeichen in besonderer Weise zur Schau gestellt worden sein. Da es sich um ein gewisses „Warnungszeichen“ handelte, das auch bei Windstille gesehen werden sollte, sei die Form einer Standarte gewählt worden, die ihrer oberen Horizontale einer Versteifung bedürfe. Um die Frage der Neubelebung dieser Einrichtung der Regierung vorlegen zu können, bat Grabherr die Finanzabteilung um die Einholung eines ergänzenden Kostenvorschlages in der Richtung, „dass der rote Rand gerade und schmale Form besitzt, weiter in der Form, dass vom Landeswappen in der Mitte des Quadrats sich flammenförmige rot-weiße Strahlen zu den Rändern bewegen („Oriflamme“) und die Versteifung der stangenseitigen Vertikalen und der oberen Horizontalen erfolgt.“¹⁹

Hatte die Landtagsfahne bis 1938 tatsächlich der Kundmachung des zeitlichen Versammlungsverbots gedient?

¹⁶ VVB 21.02.1947, S. 2: „Bregenz, 21. Feber 1947. Am Donnerstag nachmittag trat im Landesregierungsgebäude, über dem die weiß-rote [sic!] Fahne wehte, der Vorarlberger Landtag zur ersten Sitzung dieses Jahres zusammen.“ VVB 26.10.1949, S. 2: „Bregenz, 25. Okt. Heute wehte wieder über dem Sitzungssaal des Vorarlberger Landtages die rot-weiße Fahne unseres Landes und zeigte an, daß Vorarlbergs gesetzgebende Körperschaft ihre 17. Legislaturperiode begann.“

¹⁷ VVB 12.12.1945, S. 1. In den VN 12.12.1946, S. 1, ist irrtümlich von einer rot-weiß-roten Fahne die Rede.

¹⁸ Vgl. Abbildungen in VVB 24.12.1945, S. 3.

¹⁹ VLA: AVLReg PrsA-252/1981: Abteilung Präsidium (Prs) an Abteilung Finanzen (IIIa), Bregenz 27.06.1950.



Abbildung 3 bis 5:
Konstituierung des
Landtags am
11. Dezember 1945.
 (Aus Fotoalbum Ulrich
 Ilg. Privatbesitz)

1.4 1863: „Auf dem Dache des Stadtkanzleigebäudes weht eine Flagge mit den Landesfarben“

Der 1861 errichtete konstitutionelle Landtag tagte zunächst im Bregenzer Rathaus. (Abb. 6)²⁰ 1895 übersiedelte er mit seiner autonomen Landesverwaltung in das neue Postgebäude am See (Abb. 9). 1914 erwarb das Land das benachbarte Hotel „Österreichischer Hof“ (Abb. 9, 10) und ließ den Festsaal als bescheidenen Landtagssitzungssaal adaptieren.²¹ *„Es fehlte ihm Luft und Licht.“*²² Der konstitutionelle Landtag trat dort nie mehr zusammen. Kaiser Franz Joseph (1861 bis 1916) und Kaiser Karl (1916 bis 1918) beriefen die Landtage während des Ersten Weltkriegs nicht mehr ein, schalteten die parlamentarischen Landesvertretungen aus.²³ Am 3. November 1918 konstituierte sich die Provisorische Landesversammlung im „Landhaus am See“ und erklärte Vorarlbergs Selbständigkeit, allerdings im Klubzimmer der Christlichsozialen.²⁴ Durch die Erweiterung der Landeskompetenzen und Verwaltungsaufgaben wurde dieses Landhaus zu klein. Deshalb kaufte das Land 1919 das „Hotel Montfort“ an der Montfortstraße (Abb. 11), gestaltete es zu einem Regierungsgebäude („Graues Haus“) um und baute einen Flügel für eine nie realisierte Landesbank mit einem aufgestockten Landtagsaal an (Abb. 2, 12), der 1923 in Betrieb genommen wurde.²⁵ 1981 übersiedelte der Landtag mit dem Amt der Landesregierung in das neue Landhaus an der Römerstraße.²⁶

Am 6. April 1861 versammelten sich nach einem Hochamt der landesfürstliche Kommissär, der vom Kaiser ernannte Landeshauptmann und die Abgeordneten im *„sehr geschmackvoll verzierten, geräumigen Landtagssaal im Magistratsgebäude“* zur Konstituierung des Landtages. Der Schriftführer vermerkte: *„An dem Eingang zur Bühne für die Zuhörer steht ein Portier mit einer rothweißen Schärpe und einem langen Rohrstock mit silbernem Knauf, der nur anständig gekleideten Personen den Eintritt gestattet.“*

²⁰ NACHBAUR 2017a. Zur Abfolge der Landhäuser vgl. auch BURMEISTER 1981, S. 65–66.

²¹ NACHBAUR 2018a.

²² Landeshauptmann Otto Ender, 11. VLT 4. Tagung 6. Sitzung 09.03.1923, S. 32.

²³ NACHBAUR 2019b, S. 63–67.

²⁴ NACHBAUR 2019b, S. 118. Die Bezeichnung „Landhaus am See“ oder „Landhaus in der Seestraße“ diente zur Unterscheidung zum 1901 erworbenen ersten, nun „Alten Landhaus“ oder „Landhaus in der Kirchstraße“ (heute Vorarlberger Landesarchiv) (NACHBAUR 2017b).

²⁵ NACHBAUR 2008b, S. 68–73; NACHBAUR 2018b.

²⁶ NACHBAUR 2019a.



Abbildung 6: Rathaus Bregenz um 1875.
(Stadtarchiv Bregenz)

Auf der Bedachung des Gebäudes ist eine lange Flagge in den kaiserlichen Farben aufgehißt.²⁷

Wenn über dem Rathaus die kaiserlichen Farben wehten, wurde das dem Charakter der konstitutionellen Landtage durchaus gerecht. Interessanter ist, dass der Portier als „Livreefarben“ eine rot-weiße Schärpe trug. Zur Eröffnung der zweiten Session am 8. Jänner 1863 ging der „Feldkircher Zeitung“ aus Bregenz der Bericht zu: *„Auf dem Dache Stadtkanzleigebäudes weht eine Flagge mit den Landesfarben, ein Thürhüter mit Stab und Schärpe, ebenfalls in den Landesfarben, tritt dem Besucher der Sitzungen im Gange des ersten Stockes entgegen.“²⁸* – Demnach wurden be-

reits 1863 die Landesfarben als „Landtagsfarben“ aufgezo- gen. Dabei verfügte das Land noch über keine offiziellen Farben, nicht einmal über ein Wappen. Aber der Historiker Joseph Bergmann (1796 bis 1872) hatte dem Landesausschuss bereits einen Entwurf geliefert.²⁹

Es wäre nahegelegen, beim Landeswappen selbstbewusst an die „demokratische“ Siegeltradition der Landstände anzuknüpfen.³⁰ Doch auch Bergmann war das alte Landeswappen, das sich aus den Wappen der Städte Feldkirch (Montfort), Bregenz (Feh) und Bludenz (Einhorn) zusammensetzte, offenbar nicht geläufig.³¹ Die kaiserliche Titel- und Wappenkommission hatte 1849/ 1850 die Montforterfahne, das Wappen der Herrschaft Feldkirch, Landeswappen ins Spiel gebracht.³²

²⁷ 1. VLT 1. Session 1861, 1. Sitzung 06.04.1861, S. 3.

²⁸ FZ 14.01.1863 Blg. – VLZ 20.11.1866: *„des festlich beflaggten Magistratsgebäudes“*. In den folgenden Jahren finden wir kaum noch Berichte über Landtagseröffnungen, in den die Beflaggung angesprochen wurde. Der Landtag wurde zu einer Selbstverständlichkeit.

²⁹ Zur Entstehung des Landeswappens NACHBAUR 2008d.

³⁰ NACHBAUR 2008d, S. 235–240; NACHBAUR 2007b, S. 155–159.

³¹ Vgl. BERGMANN 1861, S. 199, mit Bezug auf Die Presse 13.04.1861; NACHBAUR 2008d, S. 242–243.

³² NACHBAUR 2008c, S. 75–78; NACHBAUR 2008d, S. 240–242.

Auch Bergmann hatte sie als Haupt- und Landeswappen bezeichnet, nun aber einen vielgestaltigen Entwurf geliefert, der die vorübergehend sechs Verwaltungsbezirke (1854 bis 1868) symbolisieren sollte.³³

Wunschgemäß verlieh Kaiser Franz Joseph seinem Land Vorarlberg 1863, etwas verändert und verstümmelt, dieses Wappen. Der Wappenbrief wurde 1864 ausgefertigt.³⁴ Als Mittelschild zeigte das neue Landeswappen eine rote Fahne auf silbernem Grund, das Wappen der Grafen von Montfort als ehemaligen Landesherren. Vorarlberg war schlicht ein „Land“

und kein „Herzogtum“ oder Ähnliches. Dennoch schlug der ministerielle Wappensor vor, den Landeswappenschild mit einem Fürstenhut zu schmücken, *„und zwar mit dem Verständnisse, daß Vorarlberg im Administrationsverbande mit der gefürsteten Grafschaft Tirol stehend auch an deren Würdenembleme partizipiere“*. Um die Wappenausstattung aber von einer vollkommen fürstlichen zu unterscheiden, kam der *„weiße rothgefütterte Montfort'sche Wappenmantel“* zum Zug.³⁵ – Dieses überladene Landeswappen sollte schon bald missverstanden und fehlgedeutet werden. Dass sie 1918 mit der Wappenreduktion auch den deplatzierten „fürstlichen Tirolerhut“ abschüttelte, war der provisorischen Landesversammlung nicht bewusst.³⁶

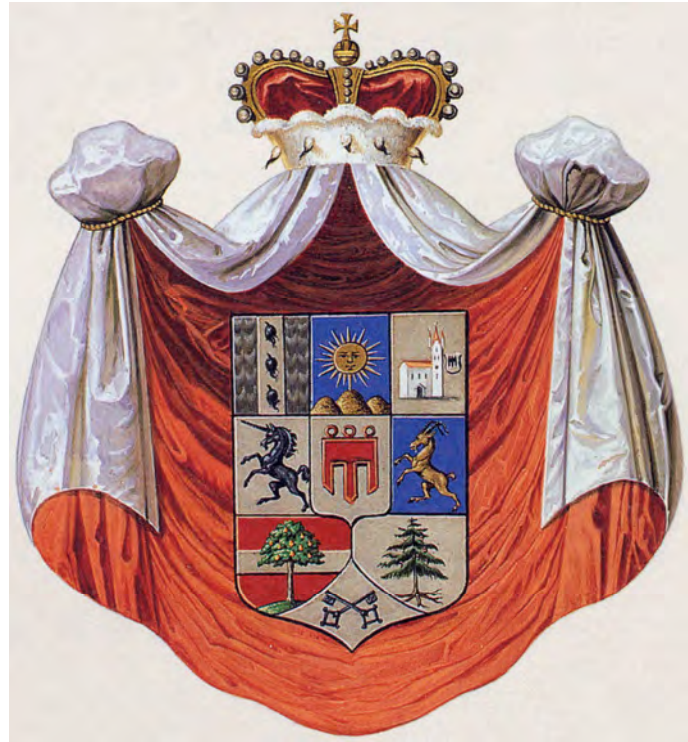


Abbildung 7: Landeswappen 1864.
(Vorarlberger Landesarchiv)

³³ Zur Entstehung NACHBAUR 2008d. Farabbildung des Urentwurfs in NACHBAUR 2012.

³⁴ VLA: LA Urkunde 6689: Wappenbrief, Wien 20.08.1864. Abschrift mit Wappendarstellung in Vorarlberger Volkskalender 1865, die Blasonierung zudem in NACHBAUR 2008d, S. 256–257.

³⁵ Österreichisches Staatsarchiv/Allgemeines Verwaltungsarchiv: Adelsarchiv, Adelsgeneralien 14576/1074-1864: Vortrag Staatsminister Anton Ritter von Schmerling, Wien 30.06.1863. Vgl. NACHBAUR 2008d, S. 253–254. – In der Blasonierung (wie Anm. 34) fehlen die Hinweise auf Tirol und Montfort: *„Den Schild umgibt ein beiderseits aufgeschürzter weißer roth gefütterter Mantel, welchem ein Fürstenhut aufliegt.“*

³⁶ PVLV, 3. Sitzung 03.12.1918, S. 3–7. – Zum Erzherzoghut in Tirol HYE 1985, S. 48–50 u. 59–60.



Abbildung 8: Ulrich VII. von Montfort-Tettnang. (Bernhard Striegel um 1513. Förderkreises Heimatkunde Tettnang)

Fragwürdig ist auch der angeblich historisch richtige weiß-rote Wappenmantel. Auf den zeitgenössischen Farbabbildungen ist die Helmdecke entsprechend der roten Fahne auf gelben Schild rot-gelb (Montfort-Feldkirch) oder auf weißem Schild rot-weiß (Montfort-Tettnang, Abb. 8) dargestellt.³⁷ Gelb und weiß stehen für Gold und Silber. Die Gefürstete Grafschaft Tirol führte einen roten Adler auf silbernem/weißem Schild im Wappen, die Darstellung der Helmdecke war nicht einheitlich.³⁸

Der Wappenmantel des neuen Vorarlberger Wappens mag dazu beigetragen haben, dass zunächst wohl mehrheitlich weiß-rot als Landesfarben gedeutet wurden. Das „Vorarlberger Volksblatt“ leitete seinen Bericht über die Eröffnung der Session 1873 mit der Bemerkung ein: „*Wieder weht die weißrothe*

Fahne vom hiesigen Stadthause. Der Landtag ist versammelt.“³⁹ Ähnlich der Schriftsteller Alfred Meißner (1822 bis 1885) in seinen, unter dem Pseudonym H. Klinggräff erschienenen „Bildern aus der österreichischen Rheinprovinz“: „*Vom Magistratsgebäude weht eine weiss und rothe Fahne, zum Zeichen, dass im Landtagssaale der gesetzgebende Körper beisammen ist.*“⁴⁰ Auf diese Quelle sollte Grabherr erst gegen Ende seiner Dienstzeit stoßen.⁴¹

³⁷ Vgl. z. B. Darstellungen in BERG 1982, S. 49 (Rudolf V. von Montfort-Feldkirch, Mitte 15. Jh.), S. 51 (Heinrich IV. von Montfort-Tettnang frühes 15. Jh.), S. 56 (Hugo XVIII. von Montfort-Tettnang, um 1620), S. 57 (Barbara von Montfort-Tettnang-Rothenfels um 1590), S. 67 (Hugo XIII. von Montfort-Tettnang-Rothenfels 1465), S. 80 (Ulrich VII. von Montfort-Tettnang um 1513). – In der Tradition der Pfalzgrafen von Tübingen waren allen Linien der Grafen von Montfort und Werdenberg die dreilätzige Fahne (Gonfalon) als Wappenfigur gemeinsam. Zur nicht durchwegs gesicherten Farbgebung der Wappen und die Übernahme in die Staats- und Landesheraldik vgl. NACHBAUR 2008d, S. 249–252.

³⁸ HYE 1985, S. 46–48.

³⁹ VVB 28.11.1873, S. 647.

⁴⁰ KLINGGRÄFF [MEIßNER] 1878, S. 10.

⁴¹ Eine Abschrift wurde auf seine Anweisung hin 1973/74 in VLA: AVLReg PrsA-252/1981 eingelegt.

Es sollte allerdings noch lange keine offiziellen Landesfarben geben und über die Reihenfolge Unklarheit herrschen. Das galt nicht nur für Vorarlberg, sondern auch für Tirol und weitere Kronländer.⁴²

1883 bot der „Vorarlberger Volkskalender“ eine Aufstellung der *„Landesfarben der österreichisch-ungarischen Monarchie“*, für *„Tirol und Vorarlberg: weiß-roth“*.⁴³ Der „Katholische Volkskalender“ gab 1891 für Vorarlberg rot-weiß an.⁴⁴ Vorarlberg war 1861 wieder eine von Tirol unabhängige autonome Landesverwaltung zugestanden worden, die staatliche Landesverwaltung beider Länder führte aber weiterhin die k. k. Statthalterei in Innsbruck. Die teilte 1897 der k. k. Statthalterei für Niederösterreich in Wien auf Anfrage mit, dass die Landesfarben der gefürsteten Grafschaft Tirol und des Landes Vorarlberg weiß-roth seien und es daher im „Niederösterreichischen Amtskalender“ keiner Richtigstellung bedürfe.⁴⁵ Als die Blumenegggemeinden 1898 Franz Josefs Regierungsjubiläum mit einem Kaiserschießen begingen, eilten Zielbuben und Brotknaben *„in die Landesfarben weiß-roth gekleidet“* durch die Volksmenge.⁴⁶ Auf Ersuchen der Statthalterei für Niederösterreich führte das k. k. Ministerium des Innern, das für das Wappenwesen zuständig war, eine Rundfrage an alle Statthaltereien und Landesregierungen durch. Sie hatten *„nach gepflogenen Einvernehmen mit den Landesausschüsse“* zu berichten, ob und welche Bestimmungen über die Zusammenstellung der Landesfarben bestehen und welche Farben als Landesfarben in Gebrauch sind.⁴⁷ Landeshauptmann Adolf Rhomberg (1851 bis 1921) schrieb nach Innsbruck, *„dass die Landesfarbe weiß-roth ist und auch dem Landeswappen zu Grunde liegt. Irgendwelche Bestimmungen über die Zusammensetzung der Landesfarben sind hier nicht bekannt.“*⁴⁸ Im Ministerium des Innern folgte man offenbar einer heraldischen Ansicht jener Zeit, *„daß die Farbe der Wappenfigur vor oder über jene des Schildes oder Feldes zu setzen sei.“*⁴⁹ Das soll dazu geführt haben, dass im „Niederösterreichischen Amtskalender“ ab 1903 sowohl für Vorarlberg als auch für Tirol rot-weiß angegeben sind.⁵⁰ 1906 schwenkte auch der

⁴² Vgl. z. B. STOLZ 1935; LEITNER 2000, S. 169–170; NÖAK 1867 bis 1919.

⁴³ Vorarlberger Volkskalender 1883, S. 52.

⁴⁴ Katholischer Volkskalender 1891, S. 80.

⁴⁵ STOLZ 1935, S. 405.

⁴⁶ VVB 02.09.1898, S. 4.

⁴⁷ Ministerium des Innern an Statthalterei für Tirol und Vorarlberg, Wien 13.05.1901, zitiert nach STOLZ 1935, S. 405.

⁴⁸ VLA: AVL Rat EA 47 (LA 63/1863): Landeshauptmann Adolf Rhomberg an Statthalterei, Bregenz 03.06.1901.

⁴⁹ STOLZ 1935, S. 403.

⁵⁰ Die Redaktion des NÖAK benötigte Jahrzehnte, um das (von Tirol unabhängige) Land Vorarlberg überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. 1867 bis 1877 sind u.a. für Tirol und Feldkirch (sic!) weiß-roth angegeben, für Triest und

„Amtskalender für Tirol und Vorarlberg“ von „*Tirol und Vorarlberg weiß-rot*“ auf „*Tirol und Vorarlberg rot-weiß*“ um.⁵¹

In Vorarlberg setzten sich rot-weiß durch. So wurde in Feldkirch 1905 angeregt, die Fensterstöcke und Läden der desolaten Schattenburg „*in den Landesfarben rotweiß*“ zu bemalen, womit dem desolaten Gemäuer ein etwas freundlicheres Aussehen verliehen würde.⁵² Als Vorarlberg 1909 Kaiser Franz Joseph zur Jahrhundertfeier der Volkserhebung (gegen seinen Großvater König Max Joseph von Bayern) empfangt, überreichten Trachtenmädchen dem greisen Monarchen ein Gewinde aus Alpenrosen und Edelweiß „*als Wahrzeichen der rotweißen Vorarlberger Landesfarben*“.⁵³

Der deutschnationale „Vorarlberger Volksfreund“ mokierte sich darüber, dass der Umschlag des vom Katecheten Gottlieb Beck (1880 bis 1937) 1907 herausgegeben Liederbuchs „Der junge Vorarlberger“ weiß-rot sei. „*Das sollte wohl die Landesfarben symbolisieren. Die sind aber rot-weiß.*“⁵⁴ Und Anton Schmutzer (1864 bis 1936), „Dom-Kapellmeister zu Feldkirch“, möge in seinem Beruf sehr tüchtig sein, Dichter sei er keiner, „*sonst sänge er kaum vom Vater Rhein, noch in jungen Jahren.*“⁵⁵ Hier war sein „’s Ländle, meine Heimat“ mit neuem Text veröffentlicht worden.⁵⁶ Und das Heimatlied, in dem es Schmutzer „*rot-weiß [...] durch die Luft*“ wehen ließ, errang in kurzer Zeit erstaunliche Popularität.⁵⁷ 1937 sollte es zum „Landeslied“, 1949 zur Landeshymne erklärt werden.

Rot-weiß wurden schließlich 1923 in der Landesverfassung als Landesfarben festgeschrieben,⁵⁸ für Tirol 1921 – nach leidenschaftlicher Debatte – weiß-rot.⁵⁹

Bregenz (sic!) weiß-rot. Ab NÖAK 1879 ist für Tirol weiß-rot ausgewiesen (Vorarlberg nicht berücksichtigt), ab 1892 für „*Tirol und Vorarlberg*“ weiß-rot, 1903 bis 1919 für Tirol rot-weiß und für Vorarlberg rot-weiß.

⁵¹ STOLZ 1935, S. 403. AKTV 1903, 19045, 1907, 1909, 1911.

⁵² FZ 22.05.1905, S. 1, bei der Jahreshauptversammlung des Verschönerungsvereins.

⁵³ VVB 31.08.1909, S. 3. Vgl. BTB 01.09.1909, S. 1–2.

⁵⁴ VVF 07.10.1909, S. 2. „Der junge Vorarlberger. Vereins- und Jugend-Liederbuch“ wurde zu Weihnachten 1907 in einer Auflage von 4.000 Stück auf den Markt gebracht. 1914 folgte eine 2. Auflage (VVB 24.12.1907, S. 3; VVB 21.01.1908, S. 9; VVB 20.09.1912, S. 9; VVB 27.11.1917, S. 3).

⁵⁵ VVF 07.10.1909, S. 3.

⁵⁶ Zu Entstehung und Entwicklung des Liedes BÖSCH-NIEDERER 2004.

⁵⁷ Propagiert wurde das Lied des Feldkircher Chorregenten zunächst in katholischen, christlichsozialen Kreisen: VVB 28.05.1907, S. 4; VVB 04.06.1907, S. 3; VVB 04.12.1907, S. 3; VVB 18.01.1908, S. 3; VVB 22.05.1908, S. 9; VVB 18.06.1908, S. 1; VVB 10.04.1910, S. 3; VLZ 18.12.1913, S. 2; VVB 06.04.1916, S. 4. Aber auch VVF 22.04.1909, S. 3.

⁵⁸ Art 6 Abs 2 LV 1923.

⁵⁹ § 6 Abs 2 Gesetz vom 08.11.1921, betreffend die Landesordnung von Tirol (LGBl 145/191); 71. Sitzung VTLT 16.02.1921, S. 1890–1896. Vgl. STOLZ 1935.

Der Kaiser berief den Landtag für gewöhnlich nur einmal jährlich für einige Wochen zu einer Session ein. Die „weiß-rothe Fahne“, die vom Bregenzer Magistratsgebäude herabwehte, muss schon bald zu einem Sinnbild des Landtags geworden sein.⁶⁰ Sie war Wind und Wetter ausgesetzt und nahm mitunter Schaden, was Beobachter wieder symbolisch deuteten. So 1874, als die nagelneue „Landesfahne“ schon bald geflickt werden musste,⁶¹ oder 1880, als ein Sturm sie zerfetzte.⁶² Redakteure leiteten gerne mit der Fahne ihre Berichterstattung über Sessionen ein oder schlossen sie mit ihr ab, prosaisch 1882:

„Samstag den 21. Oktober brausten zwei gewaltig dampfende Lokomotiven mit dem Nachmittagzug aus dem Bregenzer Bahnhof hinaus und entführten uns die Mehrzahl der Abgeordneten nach verschiedensten Richtungen, in Rheintal, Oberland, Innerland,⁶³ ja bis ins ferne Montafon, in die Heimat der Ihrigen. Und die rothweiße Fahne, die während der 26tägigen Session, so munter flatternd, auf dem Gipfel des Landhauses über den Häuption der Abgeordneten die Herrschaft behauptet, sie liegt wieder zusammengerollt, ruhig und friedlich, in ihrer Einsamkeit bis zum kommenden Jahre, wenn unterdessen nicht ein festlicher Anlaß sie bisweilen derselben entreißt.“⁶⁴

Interessant ist, dass das Rathaus gelegentlich als „Landhaus“ bezeichnet wurde,⁶⁵ oder als „Landtagshaus“.⁶⁶ Diese Mode fand zum Teil eine Fortsetzung beim neuen Domizil im Postgebäude (Abb. 9),⁶⁷ in dem der Landtag am 8. Jänner 1896 erstmals zusammentrat. Hinter dem Präsidium hing lebensgroß ein Bild des

⁶⁰ Vgl. z. B. eine Polemik gegen einen katholisch-konservativen Abgeordneten in VLZ 08.01.1874.

⁶¹ Im Feuilleton VLZ 20.01.1874 in einem anonymen Beitrag „Bregenzer Spaziergänge“.

⁶² VVB 29.06.1880, S. 411.

⁶³ Der heute kaum mehr geläufige Begriff „Innerland“ bezeichnet die Region Walgau, die früher im Norden über Feldkirch hinausreichte. Es wurden der vordere und der innere Walgau unterschieden (vgl. noch BERGMANN 1868, S. 4, 7), später das „Vorderland“ und das „Innerland“.

⁶⁴ Landbote von Vorarlberg 03.11.1882, S. 335. Vgl. VLZ 26.11.1885: „Vom Giebel des Rathauses weht die Flagge in den Landesfarben.“ VLZ 10.10.1889: „Vom Giebel des Rathauses weht heute die große Flagge in den Landesfarben, zum Zeichen, daß die Landesvertretung versammelt ist.“

⁶⁵ Z. B. auch VVB 22.09.1874, S. 512: „im Vorarlberger Landhause“.

⁶⁶ VLZ 08.01.1874.

⁶⁷ VVB 16.09.1908, S. 1: „Bregenz, 15. Sept. Lebhaft spielt die weißrote [sic!] Fahne auf dem First des Landhauses in der reinen klaren Luft eines herrlichen Herbsttages. Männiglich tut sie kund, daß die Volksboten aus allen Teilen des schönen gewerbefleißigen und geweckten Alemannenländchens zu ernster und arbeitsreicher Beratung zusammentreten.“ Dagegen VVB 01.10.1912, S. 2: „Bregenz, 30. September. Am herrlichen blauen Herbsttage spielt die Landesflagge auf dem k. k. Postgebäude zum Zeichen, dass der Vorarlberger Landtag mit dem heutigen Tage seine Tätigkeit wieder aufnahm.“

Kaisers im Krönungsornat, rechts und links die Wappen Österreichs und Vorarlbergs.⁶⁸ Und auf dem vom Gebäude wird auch eine Fahne gehisst worden sein.

*„Bregenz, 27. April [1899]. [...] Die meisten Landtagsabgeordneten haben mit den Nachmittagszügen Bregenz wieder verlassen, die roth-weiße Fahne auf dem Postgebäude wurde wieder eingezogen.“*⁶⁹

In beinahe sämtlichen Kronländern würden Tagungen der Landtage der Bevölkerung durch das Hissen einer Flagge in den Landesfarben kundgetan und damit auf die Wichtigkeit dieser Beratungen aufmerksam gemacht. Der Kärntner Landtag beschloss 1910, diesem Beispiel zu folgen. Damit sich diese Beflaggung von der gewöhnlichen unterscheide, solle sie auf einem im Landhaushof aufzustellenden hohen Mast angebracht und während der Tagungen gehisst bleiben. Im Landesarchiv hatte man sich versichert, dass die Landesfarben rot-weiß seien.⁷⁰ (1930 sollten sie offiziell auf gelb-rot-weiß abgeändert werden.)⁷¹ Der Initiator schlug die Standartenform vor und lud das Symbol eines zweisprachigen Landes unter Beifall nationalistisch auf: *„Ich will nur wünschen, daß diese alte Landesflagge trotz des scharfen Windes, der über die Karawanken herüberweht, immer deutschfreiheitlich und fortschrittlich wehen möge, und unter diesen Grundsätzen soll sie aufgestellt werden.“*⁷²

„Bregenz, 23. Sept. [1913]

*Heute weht die rotweiße Fahne auf dem Landhause und kündet, dass ich der Landtag zur Beratung der Landesfragen versammelt.“*⁷³

Niemand konnte wissen, dass die Fahne 1913 die Eröffnung der letzten Session des konstitutionellen Landtags anzeigte. Die Kaiser verzichteten auf ihre Landtage und nach dem Krieg die Landtage auf einen Kaiser. *„Die Fahne am Landtagsgebäude verkündete, dass sich gestern ein für Vorarlberg historischer Moment vollzog“*, berichtete die „Vorarlberger Landeszeitung“ über die Proklamation des selbständigen Landes Vorarlberg am 3. November 1918 im „Landhaus am See“ (Abb. 10).⁷⁴

⁶⁸ VVB 11.01.1896, S. 43. Weniger ausführlich VLZ 09.01.1896, S. 1; BTB 11.01.1896, S. 2.

⁶⁹ VVB 28.09.1899, S. 4.

⁷⁰ 10. KLT 2. Session 21. Sitzung 25.10.1910, S. 312–313.

⁷¹ Zur Streitfrage Kärntner Landesfarben 1848 bis 1930 LEITNER 2000, S. 169–171.

⁷² Abgeordneter Franz Freiherr von Aichelburg-Labia, 10. KLT 2. Session 21. Sitzung 25.10.1910, S. 31.

⁷³ VVB 24.09.1913, S. 1.

⁷⁴ VLZ 04.11.1918, S. 1. Kein Hinweis auf eine Fahne in: VVB 05.11.1918, S. 3; PVLV, 1. Sitzung 03.11.1918.

Im Wappen Österreichs und im gemeinsamen Wappen Österreich-Ungarns symbolisierte bereits seit 1915 allein die (Feldkircher) Montforterfahne Vorarlberg.⁷⁵ Am 3. Dezember 1918 erklärte die Provisorische Landesversammlung mit Gesetz die rote Montforterfahne auf weißem Grund zum neuen Landeswappen.⁷⁶ Dass diese Reduktion nicht als symbolischer Bruch mit der kaiserlichen Zeit zu deuten ist, zeigt heute noch der „Jubelbalkon“ des neu erbauten, 1923 bezogenen Landtagssitzungssaales (Abb. 2): links wurde das alte Landeswappen in Stein verewigt, rechts das neue. Auch vom Giebel des Landhauses am See, später Landesgendarmeriekommando (Abb. 10), sollte noch bis zum Abriss 1972 das alte Landeswappen grüßen.⁷⁷ Landeshauptmann Otto Ender tendierte sogar dazu, das neue Landeswappen Landeseinrichtungen vorzubehalten und sonstigen Interessenten weiterhin zur Führung des alten Landeswappens zu berechtigen.⁷⁸ Das



Abbildung 9: Postgebäude mit Landestrakt (rechts), am rechten Bildrand „Österreichischer Hof“ (nachmals Landhaus am See), vor 1910.

(Kunstverlags-Anstalt München Hugo Radeck. Vorarlberger Landesbibliothek)

⁷⁵ NACHBAUR 2008c, S. 82–83.

⁷⁶ LGBl 20/1918.

⁷⁷ VLZ 19.09.1914, S. 2: „An der Hauptfassade, der Seeseite, prangt unter einem Aufbau das vom Professor [Franz] Lukesch entworfene und vom Fachlehrer [Josef] Piffraeder ausgeführte Landeswappen, eine künstlerische Arbeit der beiden Herren, die allgemeine Anerkennung verdient.“

⁷⁸ ALBERTANI/NACHBAUR 2004, S. 38–39.

alte war seit seiner Abschaffung freilich weder verboten noch geschützt. Jeder konnte sich seiner ohne Genehmigung bedienen.

Die rasche Entscheidung für ein reduziertes Landeswappen sei rein praktisch begründet, erklärte der Landeshauptmann. Die Zeit des Übergangs bringe es mit sich, *„Amtssiegel anzuschaffen, Drucksorten zu besorgen und alles mögliche machen zu lassen und dabei ist es nicht gleichgiltig, ob man bei dieser Gelegenheit das künftige Landeswappen kennt oder nicht; ob man Dinge schafft, die man später wieder beseitigt“*.⁷⁹ – Eine Landtagsfahne mit dem Landeswappen zählte nicht zu diesen Notwendigkeiten. Es blieb bei einer schlichten Gebrauchsflagge aus rot-weißem Tuch, die nach Verschleiß entsorgt und ersetzt wurde.



Abbildung 10: Landesgendarmeriekommando im ehemaliges Landhaus am See, 1965.
(Fotograf unbekannt. Stadtarchiv Bregenz)

⁷⁹ PVLV, 3. Sitzung 03.12.1918, S. 3.



Abbildung 11: Hotel „Montfort“, vor 1914.
(Foto Otto Mallaun. Stadtarchiv Bregenz)

So zeigte am 17. Juni 1919 über dem Landhaus am See flutternd eine rot-weiße Fahne an, dass sich der erste nach allgemeinem Wahlrecht gekürte Landtag konstituierte.⁸⁰ Die Eröffnung des neuen Landtagssaales am 10. März 1923 hätte einen logischen Anlass zur Anschaffung einer neuen, vielleicht auch speziellen Landtagsfahne geboten. Im ausführlichen Baubericht, in den zahlreichen Reden und in den detaillierten Zeitungsberichten über den Neubau kam keine Landtagsfahne zur Sprache.⁸¹ Auf den Bauplänen des Landtagstraktes fehlt eine Vorrichtung zur Hissung auf dem Dach.⁸² Doch auf Fotos ist an der Front zur Bahnhofstraße ein vom Giebel lotrecht aufragender Fahnenmast zu sehen, leider ohne Fahne (Abb. 12).⁸³

⁸⁰ VTB 19.06.1919, S. 1

⁸¹ 11. VLT 4. Tagung, Festsitzung 10.03.1923; VLZ 12.03.1923, S. 1–2; VVB 13.03.1923, S. 1–2, 14.03.1923, S. 1–2, u. 17.03.1923, S. 1–2; VTB 12.03.1923, S. 2–3.

⁸² VLA: AVLReg IIIa-4321/I/1945. Vgl. Ansicht gegen die Bahnhofstraße in NACHBAUR 2008a, S. 62–63.

⁸³ Vgl. z. B. auch PICHLER 2008, S. 102–103.



Abbildung 12: Regierungsgebäude mit Landtagstrakt links.
(Verlag Leo Heim, Dornbirn. Vorarlberger Landesbibliothek)

1.4 1929: „Eine Standartenfahne mit dem Landeswappen“

Das anschließende Regierungsgebäude war 1877/78 als Hotel „Montfort“ erbaut worden. Auf Fotos (Abb.11), Inseraten, Ansichtskarten und Plakaten wehte über dem mondänen Haus als Markenzeichen eine große weiße Fahne mit der roten Montforterfahne.⁸⁴ Sie war nicht Vorlage für die Landtagsstandarte.

Zur Beflaggung des Gebäudes wurden weiterhin Gebrauchsfahnen angeschafft.⁸⁵ Die Landtagsfahne könnte aber älteren Datums gewesen sein. Genauer erfahren wir aus einem Regierungsantrag der Finanzabteilung von 1929:

„Auf dem Regierungsgebäude wird derzeit bei Tagungen des Landtages und festlichen Anlässen ein alte geflickte im Verhältnis zur Stangenhöhe (5 m) zu lange

⁸⁴ Vgl. z. B. GMEINER 1992, S. 34.

⁸⁵ VLA: AVLReg II Hs. 13: 25. Sitzung VLReg 21.06.1924, TOP II/25 (2 Flaggen); VLA: AVLReg II Hs. 13: 44. Sitzung VLReg 23.10.1926, TOP I/i (3 Flaggen: Bund, Land, Trauer).

rotweiße Fahne (3 : 1.80 m) gehisst, die zu einem aufrecht stehenden Flaggenmast nicht passt und dem Neubau des Regierungsgebäudes keineswegs zur Zierde gereicht. Es wird daher angeregt, eine Standartenfahne mit dem Landeswappen zu beschaffen, wie sie allein zu einem aufrechten Fahnenmast auf einem Regierungsgebäude gehört. Diese Fahne würde nach der beiliegenden vom Landesarchiv verfasste und heraldisch als richtig erklärten Zeichnung von der Firma Bertolini⁸⁶ beidseitig mit dem roten Rande aus wetterfestem Flaggentuch angefertigt und käme in der erforderlichen Grösse von 2.40 : 2.40 einschließlich Arbeit auf rund 200 S[chilling] zu stehen. Demnach wird folgender Antrag gestellt:

*Für das Regierungsgebäude wird eine Standartenfahne mit dem Landeswappen aus wetterfestem Flaggentuch zu einem Preise von rund 200 S bestellt.*⁸⁷

Die Zeichnung ist nicht überliefert, eine Abbildung nicht bekannt. Die Landesregierung stimmte dem Antrag am 5. Juni 1929 zu,⁸⁸ am 28. Juni wurde die Standartenfahne geliefert und dem Hausmeister übergeben.⁸⁹ Demnach wird sie bei der Sitzung am 6. September erstmals aufgezogen worden sein. Auch am Staatsfeiertags am 12. November 1929 wurde die „weiße Fahne mit dem roten Landeswappen“ präsentiert.⁹⁰ Er wurde seit 1919 in Erinnerung an die Ausrufung der Republik (samt Anschluss an das Deutsche Reich)⁹¹ begangen – von den Sozialdemokraten. Das offizielle Vorarlberg begnügte sich mit einer Militärparade.⁹²

1930 trugen die deutschnationalen „Innsbrucker Nachrichten“ etwas Humoristisches zum Thema bei: Der Vorarlberger Landtag habe einstimmig beschlossen, am Faschingsdienstag einen Stafettenlauf „Rund um das Landhaus“ zu veranstalten, um seine Sportfreundlichkeit der breitesten Öffentlichkeit kundzutun: „Dreimaliges Schwenken mit der neuen Landtagsflagge bildet das Startzeichen, das der Landeshauptmann selbst vom Präsidentensitz herab geben wird.“⁹³

⁸⁶ Sehr wahrscheinlich Arthur Bertolini (Tuch-, Manufaktur-, Modehandel), Bregenz, Rathausstraße 1.

⁸⁷ VLA: AVLReg IV-233/1929: Regierungsantrag, Bregenz 25.05.1929, mit Zustimmungsvermerk 05.06.1929.

⁸⁸ VLA: AVLReg II Hs. 15: 23. Sitzung VLReg 05.06.1929, TOP II/2.

⁸⁹ VLA: AVLReg IV-233/1929: Vermerk auf Abteilung IV- Finanzen an Hausverwaltung, Bregenz 05.06.1929.

⁹⁰ VLS 24.11.1932, S. 1: „das stete Zeichen, daß die Vertreter des Volkes Beratungen halten“. Vgl. VVB 23.11.1932, S. 1; VTB 13.11.1929, S. 4.

⁹¹ In diesem Sinn begingen die Vorarlberger Sozialdemokraten den 12. November 1919 als „Nationalfeiertag“ (VW 14.11.1919, S. 1–2).

⁹² VTB 13.11.1929, S. 4: „Wenn nicht das Gasthaus zum Münchner Hof, das der sozialdemokratischen Partei gehört, eine rote Fahne herausgehängt hätte, würde man es selbst in der Landeshauptstadt kaum merken, daß der 12. November etwas besonderes sein soll.“

⁹³ IN [Faschingsdienstag] 04.03.1930, S. 8 (Stafettenlauf des Vorarlberger Landtages).

In der Geschäftsordnung des Landtags von 1863 fand eine Landtagsfahne keinen Niederschlag,⁹⁴ ebenso wenig in der neuen Geschäftsordnung, die der Landtag 1919 beschloss und 1930 und 1932 novellierte.⁹⁵ Freilich war der Landtag bemüht, „*Weitschweifigkeit zu vermeiden*“.⁹⁶ Auch die 1934 in autoritärer Zeit verabschiedete Geschäftsordnung berücksichtigte weder eine Fahne noch die Frage der Bannmeile.⁹⁷ Die Landtagsfahne war früh zur selbstverständlichen Gewohnheit geworden. In Zeitungsberichten wurde sie durchwegs nur als Signal gedeutet, dass der Landtag zu Beratungen zusammengetreten ist. Dass während dieser Zeit beschränkte Versammlungsrecht war kein Thema.⁹⁸

In Tirol wurde die Landtagsfahne im Kulturkampf kurz symbolisch aufgeladen. Bei Eröffnung der dritten Periode 1870 erklärten die katholisch-konservativen und damit die Mehrheit der Abgeordneten sich zur Angelobung nur bedingt bereit, was der liberale Landeshauptmann nicht akzeptierte und die Sitzung beendete.⁹⁹ Als „*die während der Saison des Landtages dortselbst flatternde Flagge*“ vom Giebel des Landhauses abgenommen wurde, machte sofort das Gerücht die Runde, der Landtag sei aufgelöst worden. Am Nachmittag wurde sie wieder aufgezo- gen.¹⁰⁰ Der Landeshauptmann war nicht bereit, eine weitere Sitzung anzuberaumen, bevor die Katholisch-Konservativen einlenkten, die sich aber nur im Landtag erklären wollten und „*Die Fahne auf dem Landhause*“ zum Herrschaftssymbol des Landeshauptmanns stilisierten: „*Was demnach die Fahne be- deutet, ist klar. Das Landhaus gehört dem Landeshauptmanne, und die Erwähl- ten des Volkes müssen wochenlang vor demselben auf Einlaß warten.*“¹⁰¹ Wien löste den Konflikt gesichtswahrend.

⁹⁴ GOLT 1863 (nicht im LGBl kundgemacht, Druckexemplar in VLA: LA 2/1863); vgl. 1. VLT 2. Session 1863 1. Sitzung 08.01.1863, S. 13–17, 5. Sitzung 26.01.1863, S. 42–60, 6. Sitzung 27.01.1863, S. 60–87, u. Blg 3; VLA: LA 2/1863.

⁹⁵ Es wurde bis 1963 (ausgenommen GOLT 1934) immer die GOLT 1919 novelliert, jedoch bis 1932 jeweils der gesamte Text neu kundgemacht: GOLT 1919 (LGBl 10/1920, 55/1920); vgl. 11. VLT 1. Session, 8. Sitzung 12.12.1919, S. 8–21, und Blg 43 u. 44; VLA: AVL Rat EA 30. – GOLT 1930 (LGBl 13/1930); vgl. 13. VLT 1930, 3. Sitzung 25.02.1930, S. 41–47 u. Blg 17; VLA: AVL Reg Prs-54/1932. – GOLT 1932 (LGBl 24/1932); vgl. 13. VLT 1932, 7. Sitzung 28.09.1932, S. 119–124, u. Blg 24; VLA: AVL Reg Prs-47/1934.

⁹⁶ Berichterstatter Ferdinand Redler, 11. VLT 1. Session 8. Sitzung 12.12.1919, S. 10.

⁹⁷ GOLT 1934 (LGBl 24/1934); vgl. 15. VLT 1934/35, 3. Sitzung 24.11.1934, S. 17–23, u. Blg 2.

⁹⁸ So erwähnt sie auch Landeshauptmann Ferdinand Redler in seiner 1931 erschienen Darstellung des öffentlichen Lebens in Vorarlberg nicht: FINK/REDLER 1931, S. 188–193.

⁹⁹ 3. TLT 1. Session 2. Sitzung 22.08.1870, S. 28.

¹⁰⁰ VLZ 06.09.1870.

¹⁰¹ Neue Tiroler Stimmen 01.09.1870. Vgl. auch die sozialdemokratische Tiroler Wochenzeitung 02.03.1934, S. 3, zum vorläufigen Ende der Landesdemokratie: „*Heute wehte die Fahne auf dem Landhause – zum Zeichen, daß der Landtag versammelt war. Wann die Landtagsfahne wieder hochgezogen werden wird, weiß kein Mensch im Lande. So bald wird das kaum geschehen, denn der Landtag hat sich heute selbst ausgelöst und alle*

1.6 Grabherrs Marotte: geflammt nach Schweizer Vorbild

Als Kulturchef Benzer Grabherrs Auftrag an die Finanzabteilung im Juni 1950 abschriftlich zuing, merkte er mit Recht an: „*war nie so!*“.¹⁰² Dem helvetophilen Präsidialchef schwebte etwas Eidgenössisches vor.

1955 sollte Grabherr zum Landesamtsdirektor aufsteigen und ein leitender Landesbeamter noch Jahre später die Feststellung treffen, im Amt der Vorarlberger Landesregierung gebe es drei Präsidialabteilungen: PrsA – Präsidium Allgemeine Angelegenheiten, PrsG – Präsidium Gesetzgebung und die direkt dem Landesamtsdirektor unterstellte Abteilung PrsM – Präsidium Marotten.¹⁰³ In den Bereich „PrsM“ fällt, wie Grabherr bemüht war, die Landtagsfahne rechtshistorisch zu verbrämen und zu einem verwaltungsrechtlichen Verbotszeichen aufzuladen; noch mehr aber seine hartnäckigen Bemühungen um eine geflammte Standarte.

Mit seiner „Oriflamme“ wird Grabherr keine Anlehnung an die mittelalterliche Reichs- und Kriegsfahne der französischen Könige gesucht haben. Er orientierte sich an der Schweiz. Dort waren ab dem 17. Jahrhundert quadratischen Feldzeichen mit einem durchgehenden weißen Kreuz üblich geworden, mit geflammten Feldern in den Farben der Stände, Städte, Landschaften, Hauptleute – denken wir nur an die zahlreichen Schweizer Garden in fremden Diensten.¹⁰⁴ Noch heute sind nach diesem Muster geflammte Kantonsfahnen in Mode, mit dem Kantonswappen im Schnittpunkt des weißen Kreuzes.¹⁰⁵ Gelegentlich treffen wir auch eine Variante an, die Grabherr vorschwebte (vgl. Abb. 14 bis 16): ein Kantonswappen auf einem Flammenfond. Die quadratische Form hat sich in der Tradition der alten Panner und Feldzeichen hat sich erhalten. Seit 2002 weht die Schweizerfahne als einzige quadratische Nationalflagge vor dem Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York.¹⁰⁶ Auch die Vorarlberger Landesregierung

seine Rechte an den Landeshauptmann und den Landeshauptmannstellvertreter übertragen; und nach Neuwahlen sieht die Zeit, in der wir leben, wahrlich nicht aus.“

¹⁰² VLA: AVLReg IIb-1292/1950.

¹⁰³ Das Urheberrecht steht dem seinerzeitigen Vorstand der Agrarbezirksbehörde Josef Kühne (1924 bis 2014) zu. Für den Hinweis (2006) danke ich Helmut Feurstein, Bregenz, der 1960 in den Landesdienst eintrat.

¹⁰⁴ Vgl. MÄDER 2006; GALBREATH/JÉQUIER 1978, S. 257 u. 259.

¹⁰⁵ Vgl. z. B. das Angebot Firma Heimgartner Fahnen Zürich: www.heimgartner.com (21.01.2022).

¹⁰⁶ Art 3 Abs 1 Bundesgesetz über den Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen vom 21.06.2013 (Stand 01.01.2017) (AS 2015 3679): „Die Schweizerfahne zeigt ein Schweizerkreuz in einem quadratischen Feld.“ – MÄDER 1942, S. 13–14, 34, unterscheidet zwischen den eigentlichen „Kantonsfahnen“ in quadratischer Form und querrrechteckigen Farbenfahnen, die nur in den Kantonsfarben gehalten sind, unter

hatte sich schon 1929 aus praktischen und ästhetischen Gründen für eine quadratische Form entschieden.

Es fällt auf, dass der geschichtsbegeisterte Präsidialchef mit keiner Vorarlberger Tradition für seine geflammte Version aufwarteten konnte oder wollte. Dabei verfügte die Hauptschützengilde seiner Heimatstadt Feldkirch gleich über zwei entsprechende Schützenfahnen mit rot-weißem Flammenfond, von denen eine 1777 im Kloster Altenstadt gefertigt wurde und die andere nicht viel jünger sein wird.¹⁰⁷ Die roten und weißen Flammen standen in dieser Zeit freilich noch nicht für Vorarlberg, sondern für die österreichischen Hausfarben rot-weiß-rot. So waren auch die Bordüren der österreichischen Militärfahnen jener Zeit schwarz-gelb rot-weiß geflammt.¹⁰⁸ Entsprechend zeigen beide Feldkircher Schützenfahnen den Doppeladler, die ältere zudem die schwarze Montfortfahne der Stadt Feldkirch, die jüngere „Für Gott und Vaterland 1809“. – An eine „Habsburgertradition“ hätte Grabherr freilich nie anknüpfen wollen.

1.7 Gegen den Widerstand der Finanzabteilung

Zur Anschaffung einer Landtagsfahne blieb flüchtig die Nachrede in Erinnerung, sie habe zu einem Konflikt zwischen Präsidialchef Grabherr und Finanzchef Josef Graber (1907 bis 1982) geführt,¹⁰⁹ der persönlich unterfüttert gewesen sein mag. Graber war Vorstand der Abteilung Finanzen (IIIa) und Vorstand der Gruppe Finanzen und Hochbau (III). Er beauftragte die Abteilung Hochbau (IIIb) mit der Prüfung, die Grabherr Anfang September 1950 als Ergebnis mitteilte, dass der Aufgang und Ausschluß beim Dach so bemessen sei, dass gerade noch eine Fahne gehisst werden könnte. Bei einer vorgesehenen Abmessung des Standardtuchs von 280 cm im Quadrat wäre eine etwa 6 m hohe Hissvorrichtung notwendig, die einen sehr kostspieligen Umbau des Daches erforderte. „Nachdem

Weglassung aller heraldischen Figuren usw. Entsprechend die eidgenössische „Landesfahne“ und „Farbenfahne“.

¹⁰⁷ KELZ 1933, S. 67–68. – Die Hauptschützengilde Feldkirch verwahrt diese beiden Fahnen heute noch. Allerdings sind sie in schlechtem Zustand, während die älteste Fahne um 1998/99 mit Unterstützung von Stadt und Land restauriert werden konnte.

¹⁰⁸ Vgl. MELL 1962, S. 44 und zahlreiche Abbildungen. Die Fahnenbordüren des republikanischen Bundesheeres sind nur noch rot-weiß geflammt.

¹⁰⁹ Für diesen Hinweis danke ich Helmut Feurstein, Bregenz.

*die Errichtung einer Standarte sehr kostspielig und technisch ohne Umbauarbeiten und ohne für das Auge störend zu sein, nicht durchführbar ist, haben wir von der beantragten Anschaffung zunächst Abstand genommen.*¹¹⁰

Doch so schnell ließ sich Präsidialchef Grabherr nicht abfertigen. Er habe nicht um die Bestellung, sondern um einen ergänzten Kostenvoranschlag gebeten. Sofern nun die Einführung einer Standarte an der Dachgestaltung scheitere, werde doch um Ergänzung des Kostenvoranschlages durch die zweitbeschriebene Form der Fahne gebeten.¹¹¹ Achtmal musste Grabherr die Sache auf Wiedervorlage legen. Mit 1. Jänner 1951 wurde Graber zum Bezirkshauptmann in Feldkirch bestellt, die Leitung der Gruppe III übernahm bis auf weiteres Landesamtsdirektor Fritz Schneider (1898 bis 1955). Das mag Grabherrs Projekt entgegengekommen sein.

Im Februar 1951 übermittelte die Hochbauabteilung drei Entwürfe einer Standarte samt Voranschlägen und ersuchte um Entscheidung, welche Ausführung in Auftrag gegeben werden soll.¹¹² Wäscheerzeugung Otto Burger bot die Landtagsfahne 280 x 280 cm bei Verwendung von Fahnenstoff um 400 Schilling. Doch Grabherr war nicht zufrieden.

Seine „Favoritin“ war falsch verstanden und gezeichnet worden, die rot-weißen Strahlen waren im Musterentwurf geradlinig, nicht wellenförmig skizziert (Abb. 13).¹¹³

Grabherr beauftragte im April 1951 die Wirtschaftsstelle Vorarlberg-Schweiz, bei fünf Schweizer Fahnenfabriken unverbindliche Muster und Kostenvoranschläge für eine Fahne mit reduzierter Seitenlänge von 200 x 200 cm einzuholen *„und zwar in der Form, dass sich in der Mitte das Landeswappen und von diesem ausgehen de geschweifte rot-weiße Strahlen bis zum Rande befinden“*.¹¹⁴ Die Wirtschaftsstelle lieferte die fünf Angebote gut drei Wochen später. Vier davon bewegten sich zwischen 70 und 135 Franken. Grabherr favorisierte vermutlich aber das Angebot der Firma Fraefel & Co, St. Gallen. Eine Fahne aus wetterfestem

¹¹⁰ VLA: AVLReg PrsA-252/1981: Abteilung Hochbau (IIIb) an Abteilung Präsidium (Prs), Bregenz 02.09.1950.

¹¹¹ VLA: AVLReg PrsA-252/1981: Abteilung Präsidium (Prs) an Abteilung Hochbau (IIIb), Bregenz 09.09.1950.

¹¹² VLA: AVLReg PrsA-252/1981: Abteilung Hochbau (IIIb) an Abteilung Präsidium (Prs), Bregenz 21.02.1951.

¹¹³ Von den Entwürfen liegt nur der abgebildete (Abb. 8) in VLA: AVLReg PrsA-252/1981 ein. Das Monogramm könnte für „RB“ stehen. Robert Bänziger bot einen Entwurf und eine Vorzeichnung in Originalgröße um 150 Schilling an.

¹¹⁴ VLA: AVLReg PrsA-252/1981: Abteilung Präsidium (Prs) an Wirtschaftsstelle Vorarlberg-Schweiz, Bregenz 13.04.1951. Die Wirtschaftsstelle war eine Amtsstelle der Abteilung Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (Vla).



Abbildung 13: Entwurf Landtagsfahne 1951. (Bänziger? Vorarlberger Landesarchiv)

Baumwollstoff bot sie um 170 Franken an, aus Fahnenseide, je nach Qualität, um 600 oder 750 Franken.

An diesem Schweizer Entwurf störte Grabherr nur, dass der schwarze Rand nicht zur Flagge gehöre und der Wappenschild nicht die gesetzliche Form aufweise. Immerhin konnte er der Hochbauabteilung aber ein taugliches Muster übermitteln. Er ersuchte sie, nochmals drei Entwürfe einzuholen, „von welchen der erste ein weisses Quadrat mit dem Landeswappen in der Mitte und einer einfachen schmalen Umrandung, der zweite statt der einfachen geradlinigen roten Umrandung die bereits vorliegende gezackte Umrandung zeigt und der dritte die eben angeführte Form nach Schweizer Muster enthält“.¹¹⁵

Letztlich dürfte Grabherr über sieben Entwürfe verfügt haben, die er der Landesregierung vorlegen konnte. Sechs, die nicht zur Ausföhrungen kamen, sind überliefert (Abb. 10 bis 15).¹¹⁶ Es zogen erneut Monate ins Land.

¹¹⁵ VLA: AVLReg PrsA-252/1981: Abteilung Präsidium (Prs) an Abteilung Hochbau (IIIb), Bregenz 11.05.1951.

¹¹⁶ Es liegen sechs undatierte, mit „Leder müllner“ gezeichnete Entwürfe in VLA: AVLReg PrsA-252/1981 ein (Abb. 9 bis 14).



Abbildungen 14 und 15: Entwürfe Landtagsfahne 1951 oder 1952.
(Ledermüllner. Vorarlberger Landesarchiv)

1.8 Entscheidung für die herkömmliche Gestaltung

Wir dürfen davon ausgehen, dass Grabherr zumindest seinen Chef, Landeshauptmann Ilg, über seine Bemühungen informierte. Dafür spricht nicht zuletzt, dass er neben seiner Schweizer Luxusvariante auch Muster der schlichteren Versionen in Auftrag gab. Grabherr konnte damit rechnen, dass sich Ulrich Ilg sehr wahrscheinlich für die sparsame, unprätentiöse und traditionelle Form aussprechen wird. Vermutlich wollte er vermeiden, dass der Landeshauptmann von vornherein „Liaber net“ antwortet, womit die Sache erledigt gewesen wäre.¹¹⁷

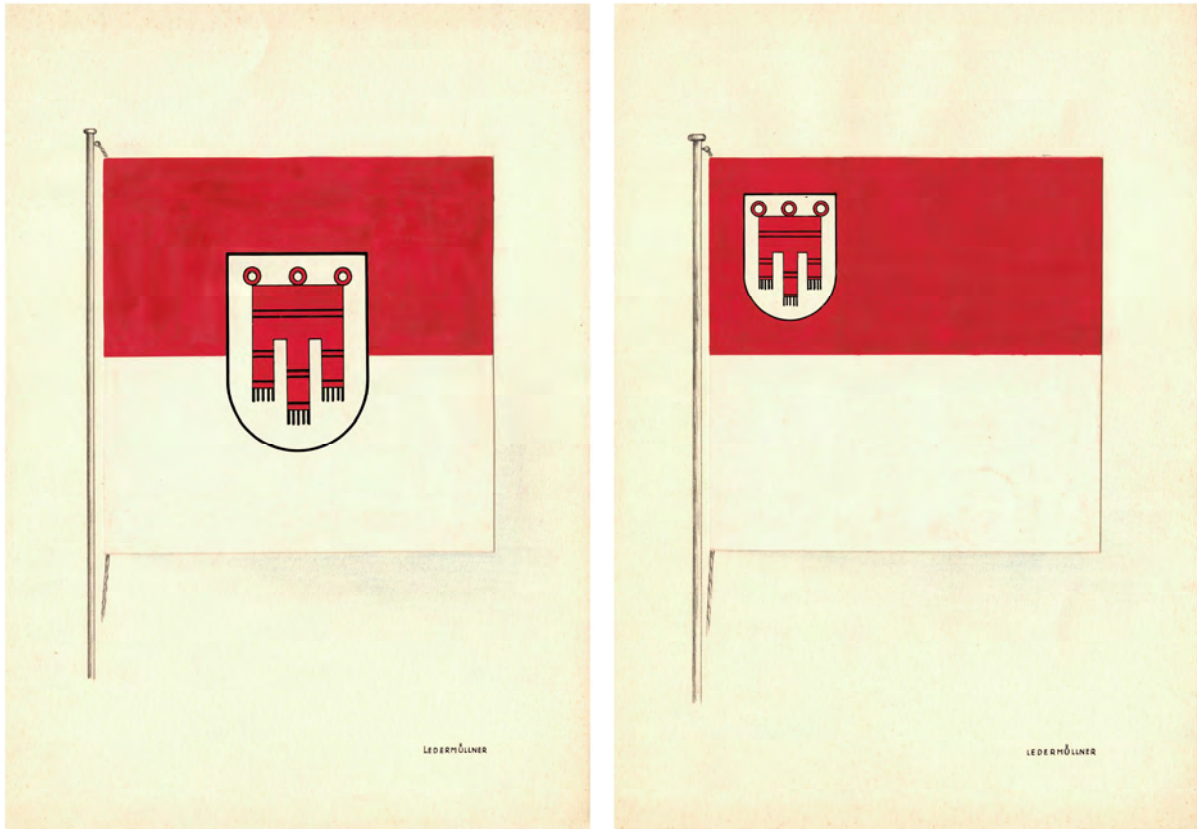
Der Aktenvermerk, den Grabherr am 8. Februar 1952 für die Landesregierung verfasste, fiel sehr zurückhaltend aus. Nach der historischen Einleitung brachte

¹¹⁷ Die Ilgsche Ausformung des lateinischen *roma locuta, causa finita* überliefert sein Sohn Anton Ilg, Dornbirn, dem ich für diesen Hinweis danke.



Abbildungen 16 und 17: Entwürfe Landtagsfahne 1951 oder 1952.
(Ledermüllner. Vorarlberger Landesarchiv)

er die Bedenken der Hochbauabteilung gegen eine kostspielige Standarte vor. Bei dieser Sachlage erscheine die Ausgestaltung der Landtagsfahne als „*Flagge*“ mit einer Tuchfläche von 200 x 200 cm am geeignetsten zu sein. Die Kosten würden sich auf etwa 700 Schilling belaufen, lediglich die Flagge mit dem geflammten Tuchfond dürfte infolge der größeren Näh- und Zeichenarbeit etwas mehr kosten. Die rechtliche Grundlage und der erforderliche Schutz einer solchen Landtagsflagge wären dadurch erreichbar, dass im Wege einer Novellierung bzw. Neufassung des Gesetzes über das Wappen des Landes Vorarlberg von 1936 auch die notwendigen Bestimmungen für die Landtagsflagge aufgenommen werden. Eine Beschlussfassung des Landtags in dieser Angelegenheit sei jedenfalls unerlässlich, da wohl nur der Landtag selbst darüber entscheiden könne, ob und was für eine Fahne während seiner Sitzungen zu hissen ist.



Abbildungen 18 und 19: Entwürfe Landtagsfahne 1951 oder 1952.
(Ledermüllner. Vorarlberger Landesarchiv)

„Vor Einholung weiterer Kostenvoranschläge und Herstellung eines Entwurfs für ein neues Landesgesetz über das Wappen des Landes Vorarlberg und die Flagge des Vorarlberger Landtags wäre eine grundsätzliche Entscheidung der Regierung wünschenswert, ob

- 1.) die Angelegenheit weiter verfolgt werden soll,*
- 2.) wenn ja, für welches Muster Kostenvoranschläge eingeholt und eine entsprechende Beschreibung in den Entwurf des Landesgesetzes aufgenommen werden soll.“¹¹⁸*

Die Landesregierung sah keine Notwendigkeit, den Landtag zu befassen. Sie behandelte die Frage der Landtagsfahne in ihrer Sitzung am 12. Februar 1952, wo-

¹¹⁸ VLA: AVLReg PrsA-252/1981: Aktenvermerk Prs-244/6, Bregenz 08.02.1952.

bei Grabherr als Schriftführer die Möglichkeit hatte, die Landesregierung zu beraten. Handschriftlich ergänzte er seine Vorlage um folgenden Antrag, dem die Landesregierung zustimmte:

„Es ist wieder eine Landtagsfahne nach dem früheren Muster (Landeswappen auf quadratischer Fläche in weiß mit einfachem rotem Rand) anzuschaffen, jedoch womöglich eine Querstange anzubringen und die Einrichtung dieser Fahne im künftigen Landeswappengesetz einzubauen.“¹¹⁹

Die Landesregierung entschied sich also für eine Neuanschaffung nach dem überlieferten Muster und in Form einer Standarte, sofern dies möglich ist. Über diese Einschränkung informierte Grabherr die Finanzabteilung nicht, sondern ersuchte sie, die Anschaffung der Fahne in die Wege zu leiten und über die Einzelheiten mit dem Präsidium das Einvernehmen im kurzen Weg zu pflegen.¹²⁰

Dem Präsidialakt ist nicht zu entnehmen, wo die Fahne gefertigt wurde und was sie kostete.¹²¹ Sie dürfte vor 1970 umgearbeitet oder erneuert worden sein. Vorgesehen war ein Fahnenblatt von 200 x 200 cm, in der Kundmachung des Sicherheitsdirektors von 1952/1954 ist von 250 x 250 cm die Rede, in jener von 1969 von 175 x 175 cm (vgl. 2.5). Dieses kleinste Format stimmt mit der der 2006 aufgefundenen Fahne (Abb. 22) überein. Sie ist im Jungbürgerbuch 1978 abgebildet (aus einer Serie mit Abb. 20) und wurde 1981 vor dem neuen Landhaus wieder aufgepflanzt (Abb. 21).¹²² Gegenüber der in den Jungbürgerbüchern 1953 bis 1971 abgebildeten Standarte (Abb. 2) ist das Wappen im Verhältnis zum Fahnenblatt wesentlich vergrößert.

¹¹⁹ VLA: AVLReg PrsA-252/1981: Aktenvermerk Prs-244/6, Bregenz 08.02.1952, mit Zustimmungsvermerk; VLA: AVLReg Prs Regierungssitzungsprotokolle: 6. Sitzung 12.02.1952, TOP II/13.

¹²⁰ VLA: AVLReg PrsA-252/1981: Abteilung Präsidium (Prs) an Abteilung Finanzen (IIIa), Bregenz 13.02.1952.

¹²¹ Die Abteilung IIIb übertrug den Akt IIIb-2000/1 zur Abteilung IIIa. Der Akt, in dem die Beschaffung dokumentiert gewesen sein könnte oder müsste (AVLReg IIIa-4320/1/1963), wurde 2000 vernichtet. Für diese Auskunft (2006) danke ich Wolfgang Weber, der damals im Vorarlberger Landesarchiv dafür verantwortlich war.

¹²² VORARLBERG 1978, S. 78; Fotos in VN 15.10.1981, S. 3; NVT 15.10.1981, S. 7.

1.9 1952: „Wiederherstellung der Landtagsfahne“

Am 16. Juli 1952 konnte die Landespressestelle den Medien mitteilen:

„Bregenz, 16. Juli (VLK) Wiederherstellung der Landtagsfahne. Vor dem Jahre 1938 wurde während der Sitzungen des Vorarlberger Landtages auf dem Dache des Regierungsgebäudes in Bregenz eine eigene Landtagsfahne gehisst. Diese Fahne hatte quadratische Form und zeigte das Landeswappen auf weißem Grund mit roter Umrahmung. Während der nationalsozialistischen Zeit ist mit dem selbständigen Vorarlberger Landtag auch die Landtagsfahne verschwunden. Die Vorarlberger Landesregierung hat nun wieder eine neue Landtagsfahne herstellen lassen, die weitgehend dem Vorbild der alten Fahne entspricht. Damit die Fahne jedoch bei Windstille gesehen werden kann, erhielt sie nunmehr eine Versteifung, sodass sie eigentlich als Standarte anzusprechen ist. Dieser Landtagsfahne kommt nicht nur inhaltliche Bedeutung als staatliches Hoheitszeichen der frei gewählten Vertretung des Vorarlberger Volkes zu, sondern auch eine rechtliche Wirksamkeit insofern, als nach dem Versammlungsgesetz aus dem Jahre 1867 zu einer Zeit, wenn der Landtag versammelt ist, an diesem Orte (und sogar noch in einem Umkreis von 5 Meilen = 38 km!) keine Versammlung unter freiem Himmel gestattet ist. Es muss also dafür gesorgt sein, dass die Sitzungszeiten des Landtages auch bekannt sind, was am Orte selbst eben durch die Landtagsfahne geschieht.“¹²³

Tags darauf erfuhren die interessierten Leser aus den Zeitungen über diese Er rungenschaft.¹²⁴ Am 4. August teilte Landeshauptmann Ilg dem Landtagspräsidium offiziell mit, dass die Landtagsfahne, die nicht mehr auffindbar sei, in verbesserter Form wieder hergestellt wurde.¹²⁵ Diese Information gab Landtagspräsident Feuerstein zu Beginn der nächsten Landtagssitzung am 28. August aus dem Einlauf weiter.¹²⁶ Die „Vorarlberger Nachrichten“ stellten ihrem Landtagsbericht den Hinweis voran, dass man erstmals die Landtagsfahne auf dem Dach des Landhauses gesehen habe und erklärten abermals die Bedeutung dieses „standerähnlichen Hoheitszeichen[s] der gesetzgebenden Körperschaft“.¹²⁷

¹²³ VLK – Landesdienst Nr. 90, Bregenz 16.07.1952. Folgt wörtlich dem Entwurf des Präsidiums.

¹²⁴ So übernahmen VVB 17.07.1952 und VN 17.07.1952 die Aussendung wörtlich.

¹²⁵ VLA: AVLReg PrsA-252/1981: Landeshauptmann Ulrich an Landtagspräsidium, Bregenz 04.08.1952. Dieses Schriftstück ist denn auch das einzige, das im Akt VLA: LTD PrsL-123/1952 „Landtagsfahne“ einliegt.

¹²⁶ 17. VLT, 7. Sitzung 28.08.1952, S. 89.

¹²⁷ VN 29.08.1952, S. 3.



Abbildungen 20: Landtagsfahne, 1978.
(Foto Helmut Klapper. Vorarlberger Landesbibliothek)

1.10 Keine Berücksichtigung in einem Landeswappengesetz

Das 1918 verabschiedete Gesetz über das Landeswappen war 1936 letztmals novelliert und neu kundgemacht worden.¹²⁸ Das Vorhaben eines neuen Gesetzes betrieb Grabherr, dessen Abteilung auch für die Legistik zuständig war, bereits seit 1948.¹²⁹ Doch es kam über die Beamtenebene nie hinaus. Die Landtagsfahne wurde in den Entwurf nicht mehr eingearbeitet. In den entsprechenden Akt ließ Grabherr nur eine Kundmachung des Sicherheitsdirektors betreffend die Bannmeile einlegen,¹³⁰ die er vielleicht auch zur legistischen Absicherung angeregt hatte.

Eine gesetzliche Neufassung aller Landessymbole beschloss der Landtag erst 1995:

„§ 8

Landesfarben

(1) Die Farben des Landes sind rot-weiß. Sie bilden die Landesflagge, die aus zwei gleich breiten Querstreifen besteht, von denen der obere rot und der untere weiß ist.

(2) Als Dienstflagge des Landes dient die Landesflagge, mit dem Landeswappen in der Mitte. [...].“¹³¹

In diesem Gesetz über die Landessymbole wurde demnach eine „Dienstflagge“ normiert, wie sie im Entwurf bereits 1952 als Landtagsfahne zur Auswahl gestanden hatte (Abb. 13). Das ist purer Zufall. Die Schaffung einer Dienstflagge geht wahrscheinlich auf das Vorbild des Bundes zurück. Dass es einmal eine speziell gestaltete Landtagsfahne gegeben hatte, die gesetzlich geregelt werden sollte, war nicht mehr bekannt.¹³² Sie hatte bereits seit Jahren ausgedient.

¹²⁸ Gesetz über das Landeswappen (LGBI 20/1918 idF LGBI 66/19122, 18/1936, NK LGBI 19/1936).

¹²⁹ Vgl. BUßJÄGER 2004a, 12–13; BUßJÄGER 2004b, S. 85–86.

¹³⁰ AVLReg PrsG-010.02.

¹³¹ Gesetz über die Landessymbole (LGBI 11/1996 [idF LGBI 58/2001, 44/2013]); 26. VLT 1995 10. Sitzung 13./14.12.1995, S. 864–866, u. Blg 52/1995.

¹³² Für diese Auskunft (2006) danke ich Peter Bußjäger, heute Universitätsprofessor in Innsbruck, der das Gesetzesvorhaben in der Abteilung Gesetzgebung (PrsG) legistisch betreute.

1.11 1973: Verankerung in der Geschäftsordnung des Landtags

Seit Dezember 1945 war wieder die Geschäftsordnung von 1932 in Kraft.¹³³ Bei Novellierungen 1955 und 1963 hätte die Gelegenheit bestanden, die Landtagsfahne zu berücksichtigen.¹³⁴ 1973 tat der Landtag dies tatsächlich und fügte den Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Landtagssitzungen folgenden Absatz (§ 32 Abs 6) hinzu:

*„Während der Sitzungen des Landtages muß auf dem Landhaus eine das Landeswappen tragende Fahne gehißt sein.“*¹³⁵

Wenn Landtagspräsident Tizian als Berichterstatter dazu erläuterte, schließlich sei in diesem Paragraph *„noch die alte Bestimmung enthalten, dass während unserer Beratungen auf dem Landhaus eine das Landeswappen tragende Fahne gehißt sein muß,“* kann er sich damit wohl nur auf „Gewohnheitsrecht“ bezogen haben.¹³⁶ Es sei denn, Tizian verwies damit etwas verquer auf die noch zu behandelnde Kundmachung des Sicherheitsdirektors (der selbstverständlich dem Landtag die Hissung einer Fahne weder vorschreiben konnte noch wollte).¹³⁷ In der Landtagsgeschäftsordnung war diese Bestimmung jedenfalls neu.

§ 32 Abs 6 lautet seit der Geschäftsordnungsreform 1984 seither:

*„Während der Sitzungen des Landtages ist beim Landhaus eine das Landeswappen tragende Fahne zu hissen. Das während dieser Zeit geltende Versammlungsverbot richtet sich nach § 7 des Versammlungsgesetzes 1953.“*¹³⁸

¹³³ Die GOLT 1932 wurde vom Vorarlberger Landesausschuss mit Verordnung vom 04.12.1945 (LGBI 13/1945) provisorisch und vom Landtag am 11.12.1945 mit Beschluss (LGBI 2/1946) wieder in Kraft gesetzt, aber nicht neu kundgemacht. 16. VLT 1945, 1. Sitzung 11.12.1945, S. 5–6.

¹³⁴ GOLT 1932 (LGBI 24/1932 idF LGBI 6/1955); 18. VLT 1955, 1. Sitzung 24.01.1955, S. 1–4, u. Blg 2/1954. – GOLT 1932 (LGBI 24/1932 idF LGBI 6/1955, LGBI 5/1963, 12/1963); 19. VLT 1963, 1. Sitzung 11.03.1963, S. 2–30, u. 19. VLT Blg 18/1961.

¹³⁵ GOLT 1973 (LGBI 11/1973).

¹³⁶ 21. VLT 1973, 3. Sitzung 28.03.1973, S. 88.

¹³⁷ Die Kommentatoren der Geschäftsordnung, der Leiter der Landtagskanzlei Franz Vögel und sein damaliger Stellvertreter Elmar Häusler, verweisen zum Vergleich auf das Versammlungsgesetz und die Kundmachung des Sicherheitsdirektors (VÖGEL/HÄUSLER 1974, S. 51).

¹³⁸ GOLT 1973 (idF LGBI 36/1984, idF LGBI 40/1994, 37/1998, 24/1999, 35/2000, 55/2007, 53/2012, 88/2012, 40/2014, 45/2016).

Berichterstatler Landtagspräsident Martin Purtscher bemerkte dazu, dass der Hinweis auf das Versammlungsgesetz über Wunsch des Unterausschusses des Rechtsausschusses in die Geschäftsordnung aufgenommen wurde.¹³⁹ Er geht offenbar auf einen Vorschlag der ÖVP zurück.¹⁴⁰

Kein anderer Landtag Österreichs hat in seiner Geschäftsordnung das Hissen einer Landtagsfahne geregelt.¹⁴¹ Auch in den Geschäftsordnungen des Nationalrates und des Bundesrates finden wir keine entsprechende Bestimmung,¹⁴² allerdings in der Hausordnung für die Parlamentsgebäude:

„An Sitzungstagen der Bundesversammlung, des Nationalrates oder des Bundesrates wird auf den beiden Fahnenmasten vor dem historischen Parlamentsgebäude die Flagge der Republik gehisst.“¹⁴³

In Italien erließ 1986 der Ministerpräsident Bestimmungen über die Verwendung der Flagge der Republik durch staatliche Verwaltungen und öffentliche Stellen – unter anderem, dass die Trikolore während der Sitzungen der Regional-, Provinzial- und Gemeinderäte an allen öffentlichen Gebäuden auszuhängen ist.¹⁴⁴ Dieses Fahnendekret führte im Südtiroler Landtag zu heftigen Auseinandersetzungen und zu Strafverfahren gegen Kritiker.¹⁴⁵ Der Ministerpräsident teilte mit, dass er nichts dagegen hätte, wenn neben der Flagge Italiens jene Südtirols gehisst werde. Der Staatspräsident hatte der Autonome Provinz Bozen-Südtirol

¹³⁹ 23. VLT 1984, 6. Sitzung 11./12.07.1984, S. 312–318 u. Blg 23/1984.

¹⁴⁰ Der ursprüngliche Vorschlag lautete: „Während der Sitzungen des Landtages ist beim Landhaus eine das Landeswappen tragende Fahne mit den Maßen ... zu hissen. Das während dieser Zeit geltende Versammlungsverbot richtet sich nach bundesrechtlichen Bestimmungen.“ (Vorarlberger Landtagsdirektion 23. LT 500: Übersicht über die Abänderungsvorschläge zur Landtagsgeschäftsordnung Stand 18.02.1981).

¹⁴¹ Vgl. Burgenland (LGBl 47/1981 zgd LGBl 54/2020); Kärnten (LGBl 87/1996, zgd LGBl 79/2021); Niederösterreich (LGBl. 0010-0 zgd LGBl 20/2020); Oberösterreich (LGBl 70/2009); Salzburg (LGBl 26/1999, zgd LGBl 46/2019); Steiermark (LGBl 82/2005 zgd LGBl 108/2021); Tirol (LGBl 63/2015 zgd LGBl 68/2020); Wien (LGBl 58/2001 zgd LGBl 57/2020).

¹⁴² NR (BGBl 410/1975 zgd BGBl I 178/2021); BR (BGBl 361/1988 zgd BGBl I 79/2021).

¹⁴³ Z 6 HO 2006 (Hausordnung für die Parlamentsgebäude idF 16.09.2021, www.parlament.gv.at/PERK/RGES/HO/ [22.01.2022]). Da das Parlamentsgebäude umgebaut wird und die Sitzungen seit 2017 interimsmäßig im Redoutensaal der Hofburg stattfinden, erfolgt für den Zeitraum der Nutzung der Interimslokation die Beflaggung mit der Flagge der Republik beim Hofburggebäude josefsplatzseitig.

¹⁴⁴ Art 2 Abs 2 lit c Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 03.06.1986, Disposizioni per l'uso della bandiera della Repubblica da parte delle amministrazioni dello Stato e degli enti pubblici. (086A4293) (GU Serie Generale n.128 05.06.1986) – Ministerpräsident war Bettino Craxi, Partito Socialista Italiano.

¹⁴⁵ Zum Folgenden DOL 08.07.1986, S. 19; DOL 6.07.1986, S. 4; DOL 19.07.1986, S. 3; DOL 04.11.1987, S. 7; DOL 05.11.1987, S. 6; APA 25.06.1986, APA 02.07.1986, APA 15.04.1987, APA 20.04.1987, APA 06.11.1987. Vgl. auch NR 17. GP 17. Sitzung 14.05.1987, S. 1980 u. 2005 (Außenpolitischer Bericht über das Jahr 1986).

1983 wunschgemäß ein Wappen verliehen,¹⁴⁶ sie verfügte aber noch über keine offizielle Fahne. Man kam dennoch überein, bei Landtagssitzungen die Südtiroler, die italienische und die europäische Fahne nebeneinander zu hängen, was die Neofaschisten kritisierten.¹⁴⁷ 1996 wurde der Provinz offiziell ein Banner genehmigt,¹⁴⁸ 2001 erweiterte der Landeshauptmann sein Dekret über die Verwendung des Wappens und des Siegels um das Banner, an erster Stelle:

*„Am Gebäude, in dem der Südtiroler Landtag seinen Hauptsitz hat, wird für die Dauer der Amtshandlungen des Landtages und an den unten angeführten Tagen die Fahne der Europäischen Union, der Italienischen Republik sowie, links davon, das Banner der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol gehisst [...]“*¹⁴⁹

1.12 1981: Landtagsfahne „beim“ neuen Landhaus und Ausmusterung der Standarte

Am 9. Juli 1981 nahm der Vorarlberger Landtag Abschied vom alten Sitzungssaal.¹⁵⁰ Die Landtagsfahne wurde ein letztes Mal in der Montfortstraße 12 eingeholt. Im August übersiedelten Landtag, Regierung und Dienststellen in das neue Landhaus an der Römerstraße.¹⁵¹ Die Landeshypothekenbank begann mit dem Abriss des „Grauen Hauses“ und der Neuüberbauung, nur der Landtagstrakt blieb stehen.¹⁵²

¹⁴⁶ Dekret des Präsidenten der Republik 21.03.1983, Verleihung eines Wappens an die Autonome Provinz Bozen – Südtirol (Ordentliches Beiblatt 1 zum ABl 41/1983).

¹⁴⁷ DOL 02.12.1988, S. 3.

¹⁴⁸ Dekret des Präsidenten der Republik 22.11.1996, Genehmigung des Banners für die autonome Provinz Bozen (Beiblatt 2 zum ABl 13/1997).

¹⁴⁹ Art 5 Abs 1 DLH 20.09.1989, Nr 26, Verwendung des Wappens, des Siegels und des Banners der autonomen Provinz Bozen-Südtirol, idF DLH 15.01.2001, Nr 2 (ABl 47/1989 idF ABl 18/2001). 2012 wurde das auf die Beflaggung von Gemeindegebäuden anlässlich und auf die Dauer der Sitzungen der kommunalen Kollegialorgane erweitert (Art 5 Abs 6/bis idF D.LH. 28.06.2012, ABl 27/2012).

¹⁵⁰ Vgl. Rückblick von Landtagspräsident Martin Purtscher, 23. VLT 1981, 6. Sitzung 08./09.1981, S. 311–312.

¹⁵¹ VN 21.08.1981, S. 5; 26.08.1981, S. 3, 28.08.1981, S. 3; NVT 19.08.1981, S. 7, 26.08.1981, S. 6–7

¹⁵² VN 18.07.1981, S. 3; 19.08.1981, S. 6; NVT 26.08.1981, S. 10–11.



Abbildung 21: Alte Landtagsfahne vor dem neuen Landhaus, 15. Oktober 1978.
(Vorarlberger Nachrichten 16.10.1981)



Abbildung 22: Alte Landtagsfahne als Exponat im Landtagstrakt des Landhauses.
(Foto Ulrich Nachbaur 2022)

Beim neuen Landhaus wurde die Landtagsfahne nicht mehr auf dem Dach berücksichtigt, sondern links vor dem Haupteingang, dem Landtagstrakt vorgelagert. Dort standen in einem Kreis Verankerungen für drei Fahnenstangen bereit.¹⁵³ Am 14. Oktober 1981, vor der ersten Sitzung im neuen Landtagsaal, wurde die Landtagsfahne erstmals offiziell an ihrem neuen Platz aufgepflanzt. Die „Vorarlberger Nachrichten“ würdigten dieses Symbol mit einem Foto und wiesen die Leser auf seine Bedeutung hin (Abb. 21).¹⁵⁴ Die „NEUE Vorarlberger Tageszeitung“ erkannte einen Vorteil des neuen Standortes: „*Man muß nicht mehr den Kopf verdrehen, um zu wissen, ob Landtag ist.*“¹⁵⁵ Weithin zu sehen war die Landtagsfahne damit allerdings auch nicht mehr.

Wann und wie die Standarte abgeschafft wurde, konnte bisher nicht geklärt werden. Als wichtiges Ereignis kann es nicht empfunden worden sein.¹⁵⁶ Würdig verabschiedet wurde sie nicht. Nach einer Reinigung verschwand sie im Keller des Landhauses, bis sie 2006 unter einem Haufen alter Gebrauchsfahnen ohne Gestänge wieder zum Vorschein kam.¹⁵⁷ Während der Landtagssitzung am 5./6. Juli 2006 präsentierte das Vorarlberger Landesarchiv die Standarte in einer kleinen Ausstellung.¹⁵⁸ Anschließend übergab sie Präsident Gebhard Halder in die Verantwortung des Landesmuseums. Die Fahne soll im Landtagsbereich ausgestellt bleiben (Abb. 22).¹⁵⁹

Auf die Verankerung vor dem Landhaus wurden drei fixe Fahnenmasten aus Metall aufgesetzt. Als Landtagsfahne wird seither eine handelsübliche, unauffällige Bannerfahne in den Landesfarben mit einem Landeswappen aufgezogen, wahrscheinlich seit Juli 1983 (Abb. Rückseite Umschlag; Abb. 23).¹⁶⁰

¹⁵³ Gut zu sehen ist diese ursprüngliche Konstruktion z. B. auf dem Titelbild Vorarlberg Bericht 36/1981.

¹⁵⁴ VN 15.10.1981, S. 3.

¹⁵⁵ NVT 15.10.1981, S. 7 (mit Foto).

¹⁵⁶ Reinhold Schwarz und Wilfried Längle, seinerzeit Leiter der Landtagskanzlei und Präsidialchef, konnten sich 2006 sich nicht mehr daran erinnern, dass sie vor dem neuen Landhaus überhaupt noch Verwendung fand. Ich danke für die Auskünfte.

¹⁵⁷ Großer Dank gebührt Tino Rossi, dem umsichtigen und immer hilfsbereiten „Chef-Hausmeister“ des Landhauses, der wusste, dass ich auf der Suche nach dieser Landtagsfahne war und mich informierte.

¹⁵⁸ Ausstellung „Die Vorarlberger Landtagsfahne“, 05. bis 27.07.2006, im Landtagsfoyer, kuratiert von Ulrich Nachbaur (28. VLT, 6. Sitzung 05./06.07.2006, S. 492–493; NACHBAUR 2007a, S. 40). Zu dieser Gelegenheit erschienen die ersten beiden Auflagen dieser Arbeit (NACHBAUR 2006a; NACHBAUR 2006b).

¹⁵⁹ VN 01.08.2006, S. D4; NVT 01.08.2006, S. 38. – Den Holzrahmen, in den die Fahne nun gespannt ist, verdanken wir Elmar Felder, dem handwerklich talentierten Hausmeister des Vorarlberger Landesarchivs.

¹⁶⁰ Helmut Klapper, Landeslichtbildstelle, fertigte im Juli 1983 eine Serie von 18 Fotos an, die ausschließlich das Fahnenrondell in der Neugestaltung mit aufgezogener Bannerfahne als Landtagsfahne zeigen (Volare <https://pid.volare.vorarlberg.at/o:177676> [21.01.2022]). Am 08.07.1983 tagte der Landtag.



Abbildung 23: Bannerfahne als Landtagsfahne, 1989.
(Foto Helmut Klapper. Vorarlberger Landesbibliothek)

1.13 Fahne oder Flagge?

„Unter FAHNE versteht man ein Stück Tuch, das an einem Stock befestigt ist. Die Fahne wird getragen oder aufgestellt. Die FLAGGE ist ein Stück Tuch, das mittels einer Leine an einem Mast gehisst wird. Das Flaggentuch kann auch plan an eine Wand geheftet werden. Während die Flagge (das Flaggentuch) ersetzbares Verbrauchsmaterial ist, wird die Fahne (das Fahnenblatt) nicht erneuert, sondern in ihrer ursprünglichen Form so lange wie möglich aufbewahrt, da sie in ihrer Gesamtheit ein Symbol darstellt. Eine Fahne kann daher auch kirchlich geweiht werden.“¹⁶¹

¹⁶¹ DIEM 2021.

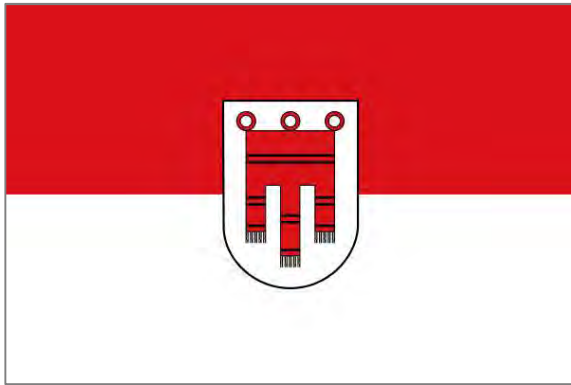


Abbildung 24: Dienstflagge in waagrechter und senkrechter Ausführung.
(Grafik Ulrich Nachbaur)



Folgen wir dieser begrifflichen Unterscheidung der Vexillologie (Flaggenkunde), handelte es sich bei der bis 1929 und seit 1983 verwendeten Landtagsfahne jedenfalls um eine „Flagge“. Die von 1929 bis 1938 und von 1952 bis 1983 verwendeten Standarten waren Unikate. Identitätsstiftend wurden sie nicht, sondern wie kostspieliges Verbrauchsmaterial behandelt. An einem Stock befestigt und wie eine Vereins- oder Truppenfahne verwendet wurden sie auch nicht. So gesehen handelte es sich wohl eher ebenso um „Flaggen“.

Die Rechtssprache ist freilich nicht eindeutig. Im Vorarlberger Gemeindegesetz ist seit 1965 die „Fahne“ geregelt, die auch als „Flagge“ bezeichnet werden kann. *„Jede Gemeinde hat das Recht, eine Fahne (Flagge) zu führen.“*¹⁶² Im Gesetz über die Landessymbole von 1996 ist von „Landesflagge“ und „Dienstflagge“ die Rede.¹⁶³ Diesbezüglich machte wohl das Wappengesetz des Bundes von 1984 Schule.¹⁶⁴ Im Strafgesetzbuch blieb es dagegen beim Schutz der *„Fahne der Republik Österreich oder eines ihrer Bundesländer“*.¹⁶⁵

¹⁶² § 11 Gemeindegesetz (LGBl. Nr. 45/1965), inzwischen § 12 Abs 1 (NK LGBl 40/1985 idF LGBl 34/2018).

¹⁶³ § 8 Abs 1 u. 2, § 9 Abs 1 lit b Gesetz über die Landessymbole (LGBl 11/1996 zgd LGBl 44/2031).

¹⁶⁴ Wappengesetz (BGBl 159/1984 zgd BGBl I 161/2013).

¹⁶⁵ § 248 Abs 2 Strafgesetzbuch (BGBl 60/1974 zgd BGBl I 242/2021).

In der Schweiz setzte sich die Bezeichnung „Flagge“ weder in der Rechts- noch in der Alltagssprache durch.¹⁶⁶ Die „*Schweizer Flagge*“ bleibt auf die Seeschifffahrt und die Luftschifffahrt (Ballon) beschränkt.¹⁶⁷

Auch Landes- und Dienstflaggen können an einem Stock befestigt und aufgestellt und damit als „Fahnen“ verwendet oder geführt werden. Bei der um sich greifenden mediengerechten Inszenierungsmode bleiben Standflaggen freilich ersetzbares Dekorationsmaterial.

In der Geschäftsordnung des Landtags blieb es dabei, dass während seinen Sitzungen „*eine das Landeswappen tragende Fahne*“ zu hissen ist.¹⁶⁸ Streng nach dem Wortlaut könnte das Fahnentuch beliebig gestaltet sein. Gemeint ist inzwischen eine das Landeswappen tragende Landesflagge. Konsequenter wäre es, in der Geschäftsordnung auf die Dienstflagge des Landes Vorarlberg abzustellen, zu deren Führung der Landtag als Dienststelle des Landes durch das Gesetz über die Landessymbole berechtigt wurde.¹⁶⁹

In Österreich haben bisher der Bund (1984)¹⁷⁰ sowie die Länder Burgenland (1990),¹⁷¹ Vorarlberg (1996),¹⁷² Oberösterreich (1997),¹⁷³ Wien (1998),¹⁷⁴ Kärnten (2003)¹⁷⁵ und Steiermark (2016)¹⁷⁶ die Gestaltung ihrer Flaggen gesetzlich geregelt – Flaggen, die Wappen beinhalten, der Bund (Dienstflagge), Vorarlberg (Dienstflagge), Burgenland (Landesflagge) und Steiermark (Landesflagge). In der Regel wurde das Größenverhältnis definiert: Höhe der Flagge zu ihrer Länge zwei zu drei. Der Bund, Burgenland und Steiermark haben ihre Flaggen in Anlagen auch bildlich dargestellt. Obwohl sich Vorarlberg am Bund orientierte, hat es auf

¹⁶⁶ MÄDER 2006. Vgl. MADER 1942, S. 16–17 und Anm. 106. Aufschlussreich FAHNENREGLEMENT 2008.

¹⁶⁷ Bundesgesetz vom 23.09.1953 über die Seeschifffahrt unter der Schweizerflagge (Seeschifffahrtsgesetz) (Stand am 14.10.1997) (AS 1956 1305); Art 6 Abs 4 Verordnung des Bundesamts für Zivilluftfahrt vom 06.06.1984 über die Kennzeichen der Luftfahrzeuge (Stand am 01.04.2011) (AS 1984 1179). Vgl. MADER 1942, S. 35–37.

¹⁶⁸ Wie Anm. 138.

¹⁶⁹ ErIRV 52/1995 26. VLT zu § 4.

¹⁷⁰ § 3 Wappengesetz (BGBl 159/1984 zgd BGB I 161/2013).

¹⁷¹ § 1 Gesetz über die burgenländischen Landessymbole (LGBl 36/1991 zgd LGBl 79/2013).

¹⁷² Verabschiedet wurde das Gesetz 1995, in Kraft trat es am 13.03.1996 (Kundmachung 12.03.1996).

¹⁷³ § 2 Landesgesetz über die oberösterreichischen Landessymbole (LGBl 126/1997 zgd LGBl 90/2013).

¹⁷⁴ § 3 Gesetz über die Symbole der Bundeshauptstadt Wien (LGBl 10/1998 idF LGBl 29/2000).

¹⁷⁵ § 2 Gesetz, mit dem ein Kärntner Landessymbolegesetz erlassen und das Kärntner Wappengesetz und das Gesetz über die Kärntner Landeshymne aufgehoben werden (LGBl 12/2003 idF LGBl 85/2013).

¹⁷⁶ § 3 Steiermärkisches Landessymbolegesetz (LGBl 104/2016 idF LGBl 103/2019).

beides verzichtet. Damit ist nicht ganz sicher, ob die beim Landhaus aufgezogenen Flaggen tatsächlich als Dienstflaggen anzusehen sind. Das Gesetz besagt (§ 8 Abs 1 und 2):

„Die Farben des Landes sind rot-weiß. Sie bilden die Landesflagge, die aus zwei gleich breiten Querstreifen besteht, von denen der obere rot und der untere weiß ist. [...] Als Dienstflagge des Landes dient die Landesflagge, mit dem Landeswappen in der Mitte.“

Demnach wäre wohl von einem Querformat auszugehen, wobei die obere Hälfte des Wappenschildes im roten, der untere im weißen Querstreifen platziert ist. Das entspräche der bildlichen Darstellung der Dienstflagge des Bundes. Beim Landhaus in Bregenz werden dagegen überlange Bannerfahnen in den Landesfarben aufgezogen, auf die das Landeswappen in einem 90-Grad-Winkel zu den Landesfarben aufgebracht ist. Das Steiermärkische Gesetz lässt durch eine entsprechende Abbildung neben der waagrechten ausdrücklich auch diese senkrechte Ausführung zu (beide im Größenverhältnis zwei zu drei). Das Vorarlberger Gesetz schließt sie nicht aus (vgl. Abb. 24) und die senkrechten Bannerfahnen waren schon etliche Jahre vor der Beschlussfassung üblich.

1.14 Beflaggungsordnung

Präsidialchef Grabherr nervten Anweisungen der Bundesregierung, bei bestimmten Anlässen alle „staatlichen Gebäude“ zu beflaggen, und die ausschließlich mit den Bundesfarben.¹⁷⁷ Die Beflaggung der der Amtsgebäude des Landes war allein Sache der Landesregierung. 1973 erließ Grabherr als Landesamtsdirektor ein entsprechendes Merkblatt: Bei festlichen Anlässen ist in der Regel nur mit den Landesfarben zu beflaggen, bei „*Bundesanlässen*“ – das sind festliche Anlässe, die über das Land hinausreichen – ist daneben die Bundesflagge anzubringen. Das ist jährlich wiederkehrend am 1. Mai (Staatsfeiertag) und am 26. Oktober (Nationalfeiertag) der Fall, zu besonderen Bundesanlässen aber nur über Anordnung des Landesamtsdirektors oder dessen Stellvertreter.¹⁷⁸

In einer Neufassung 1986 wurden die „*Allgemeinen Beflaggungstage*“ erweitert: abgesehen von den wiederkehrenden Bundesanlässen (1. Mai, 26. Oktober) war

¹⁷⁷ Dokumentiert in: VLA: AVLReg PrsA-253/1981.

¹⁷⁸ VLA: AVLReg PrsA-253/1981: Merkblatt für die Beflaggung der Amtsgebäude des Landes, Bregenz 03.08.1973.

nun auch bei zwei „lokalen Anlässen“ – Fronleichnam und (beschränkt auf Bregenz) Bregenzer Festspiele – ohne besondere Anweisung zu beflaggen; bei besonderen Anlässen nur über Anordnung des Amtes der Landesregierung. Die Beflaggung hatte weiterhin in der Regel ausschließlich mit den Landesfarben zu erfolgen, bei Bundesanlässen zusätzlich die Bundesflagge anzubringen; aber nur wenn die Fassade eines Amtsgebäudes über mindestens zwei Fahnenhalterungen verfügt. Bei Trauerfällen (vgl. Abb. 53) ist auf Anordnung durch das Amt der Landesregierung eine schwarze Fahne anzubringen.¹⁷⁹

Am Nachmittag des 24. Juni 1994, als zur Gewissheit wurde, dass zwei Drittel der Stimmbürger für einen Beitritt zur Europäischen Union gestimmt haben, zogen wir vor dem Landhaus spontan die Farben Vorarlbergs und Europas auf.¹⁸⁰ Die Europaflagge war vorrätig und demnach offenbar schon gelegentlich in Verwendung gewesen. 2003 wurde sie im Beflaggungserlass offiziell berücksichtigt. Sie ist bei Bundesanlässen (1. Mai, 26. Oktober) neben der Landes- und der Bundesflagge anzubringen.¹⁸¹

Die Landtagsfahne wurde im Beflaggungserlass für das Landhaus nicht berücksichtigt.¹⁸² Ihre Hissung ist in der Geschäftsordnung des Landtages geregelt. An der Beflaggung vor dem Landhaus ist nicht mehr zu unterscheiden, ob Landtagsitzungen oder die Bregenzer Festspiele über die Bühne gehen.

Vom Frühjahr 2021 bis Februar 2022 wurde die Außenhülle des Landtagstrakts saniert. Während der Baustelle musste vorübergehend das vorgelagerte Fahnenrondell weichen. Als Landtagsfahne wurde auf dem Vordach eine kleine Hissflagge im Hochformat aufgezogen (Abb. 1, 40).

Spannender und ästhetischer als die Beflaggung beim Landhaus in Bregenz ist jene auf dem Parlamentsgebäude in Wien. Die Hausordnung (Z 65) schreibt vor:

„a. Die Beflaggung der Parlamentsgebäude als Bundesgebäude erfolgt auf dem Giebelmast des Mittelbaues des historischen Parlamentsgebäudes.

b. Die Beflaggung mit der Fahne jenes Bundeslandes, das den/die Präsidenten/in des Bundesrates entsendet hat, erfolgt auf dem rathausplatzseitig gelegenen vorderen Seitengiebel.

¹⁷⁹ LA: AVLReg PrsR-105/2005: Erlass betreffend Beflaggung der Amtsgebäude des Landes, Bregenz 26.02.1986.

¹⁸⁰ VN 13.06.1994, S. A5.

¹⁸¹ VLA: AVLReg PrsR-105/2005: Erlass betreffend Beflaggung der Amtsgebäude des Landes, Bregenz 17.12.2003; Erlass betreffend Beflaggung des Landhauses in Bregenz, Bregenz 17.12.2003.

¹⁸² VLA: AVLReg PrsR-105/2005: Erlass betreffend Beflaggung des Landhauses in Bregenz, Bregenz 17.12.2003.



Abbildung 25: Vorarlberg übernimmt den Vorsitz im Bundesrat, 13. März 2013.

(Foto Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Leo Hagen 2013)

c. Die Beflaggung mit der EU-Fahne erfolgt auf dem schmerlingplatzseitig gelegenen vorderen Seitengiebel.“¹⁸³

Solange Vorarlberg im Turnus die Präsidentin oder den Präsidenten des Bundesrats stellt, flattert über dem Parlamentsgebäude eine ungebändigte Vorarlberger Hissflagge im Querformat (Abb. 25, 27, 28). Zur Führung der Dienstflagge ist der Bundesrat oder sein Präsident nicht berechtigt, aber wie jede Person zur Verwendung dieser Form.¹⁸⁴

Seit 2017 wird auf Dauer des Umbaus des Parlamentsgebäudes vor dem Ausweichquartier in der Hofburg geflaggt (Abb. 26),¹⁸⁵ wo auf dem Josefsplatz drei Fahnenmasten stehen. Auch hier darf die Flagge frei im Wind wehen.

¹⁸³ Vgl. Anm. 143.

¹⁸⁴ Gemäß § 9 Abs 1 lit b Gesetz über die Landessymbole ist die Verwendung der Landesflagge, einschließlich der als Dienstflagge dienenden Form und von Nachbildungen, unzulässig, soweit sie geeignet ist, eine staatliche Berechtigung oder die Betrauung mit öffentlichen Aufgaben vorzutäuschen oder das Ansehen des Landes zu beeinträchtigen.

¹⁸⁵ NVT 04.02.2002, S. 14 (Parlament unter Vorarlberger Flagge).



Abbildung 26: Beflaggung vor dem Ausweichquartier des Parlaments am Josefsplatz, während Vorarlberg im ersten Halbjahr 2022 im Bundesrat den Vorsitz führt.
(Foto Laurenz Mathei 2022)



Abbildung 27 und 28: Vorsitz im Bundesrat und in der Landeshauptleutekonferenz. Landeshauptmann Herbert Sausgruber, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundesratspräsident Jürgen Weiss, 10. Juli 2008.
(Fotos Zöris Trömm; VLK / Dragan Tatic)

2 Parlamentarische Bannmeile

2.1 Ein Hoheitszeichen mit Rechtswirkung?

Zweifellos kam Fahnen immer eine Symbol- und bisweilen auch Rechtswirkung zu, war die Fahne ursprünglich doch ein Herrschaftssymbol.¹⁸⁶ Ein schönes historisches Beispiel dafür bietet das Vorarlberger Landeswappen selbst. Sein Kernsymbol geht auf die Gerichtsfahne der Pfalzgrafen von Tübingen zurück.¹⁸⁷ Bei der Erbteilung 1182 fiel die Pfalzgrafschaft samt Gerichtsfahne an den älteren Grafensohn, während Bregenz und Rätien an den jüngeren Sohn Hugo kamen, an den Stammvater der Montforter, der die rote Fahne als Wappensymbol für seine neue Dynastie übernahm. Diese Gerichtsfahne war kein militärisches Feldzeichen. Deshalb war die Bezeichnung als „Kriegsbanner“ in der Landesverfassung tatsächlich verfehlt, wie Grabherr bereits 1948 vermutete.¹⁸⁸ „Die rote Farbe versinnbildlicht die oberste richterliche Gewalt;“¹⁸⁹ die Blutgerichtsbarkeit.¹⁹⁰ Doch diese Erkenntnis sollte auch Grabherr erst Jahre später gewinnen.

Die Landesfarben zeigen an, dass der Landtag versammelt ist. Sie sollen die Bedeutung des Landtags unterstreichen. Mehr wurde in die Landtagsfahne auch in Vorarlberg bis 1950/1952 nicht hineininterpretiert.

Man könnte die Landtagsfahne zudem als Einladung an die Landesbürger, später auch Landesbürgerinnen, verstehen, die öffentlichen Plenarsitzungen zu besuchen. Doch davon war bis heute nicht die Rede.

„Dieser Landtagsfahne kommt nicht nur inhaltliche Bedeutung als staatliches Hoheitszeichen der frei gewählten Vertretung des Vorarlberger Volkes zu,“ – wurde der Bevölkerung in der Presseaussendung von 1952 erklärt –, „sondern auch eine rechtliche Wirksamkeit insofern, als nach dem Versammlungsgesetz aus dem Jahre 1867 zu einer Zeit, wenn der Landtag versammelt ist, an diesem Orte (und

¹⁸⁶ Vgl. z. B. ERLER 1971; LÜCK 2008.

¹⁸⁷ BURMEISTER 2004, S. 33–34.

¹⁸⁸ Weder für „Kirchenfahne“ noch für „Kriegsbanner“ sei ein historischer Beleg vorhanden, „ganz abgesehen davon, daß die Betonung des Kriegerischen des Wappens nicht einzusehen ist“. (VLA: AVLReg PrsG-010.02/2000: Elmar Grabherr an Ignaz Tschofen, Bregenz 07.05.1948). Vgl. BUßJÄGER 2004a, S. 12–13.

¹⁸⁹ GRABHERR 1986, S. 35; VLA: AVLReg PrsG-010.02/2000: Stellungnahme Vorarlberger Landesarchiv zum Entwurf eines Gesetzes über die Landessymbole, Bregenz 31.03.1995.

¹⁹⁰ Vgl. DIEM 1995, S. 31.

*sogar noch in einem Umkreis von 5 Meilen = 38 km!) keine Versammlung unter freiem Himmel gestattet ist. Es muss also dafür gesorgt sein, dass die Sitzungszeiten des Landtages auch bekannt sind, was am Orte selbst eben durch die Landtagsfahne geschieht.*¹⁹¹

Wappen und Farben des Landes Vorarlberg, seit 1923 in der Landesverfassung verankert, waren und sind Hoheitszeichen, repräsentieren Landes- und Staatshoheit. Das gilt für jede Landesflagge und erst recht für jede, die das Landeswappen beinhaltet. Die Führung des Landeswappens war gesetzlich beschränkt und geschützt. 1965 wurde die *„aus einem öffentlichen Anlaß oder bei einer allgemein zugänglichen Veranstaltung gezeigte Fahne der Republik Österreich oder eines ihrer Bundesländer, ein von einer österreichischen Behörde angebrachtes Hoheitszeichen, die Bundeshymne oder eine Landeshymne“* gegen eine Herabwürdigung auch strafrechtlich geschützt.¹⁹²

Das alles galt und gilt auch für die Landtagsfahne. Ob sie als ein spezielles Hoheitszeichen des Landtags anzusehen war, ist eine andere Frage. Eine landesrechtliche Verankerung fand sie jedenfalls erst 1973 durch die Berücksichtigung in der Landtagsgeschäftsordnung; die freilich nur vorschreibt, dass *eine* das Landeswappen tragende Fahne zu hissen ist und nicht eine bestimmte. Von 1929 bis 1938 und von 1952 bis 1983 verfügte der Landtag über eine ganz spezielle Landtagsfahne, auf die sich ab 1952 Kundmachungen des Sicherheitsdirektors bezogen (vgl. 2.4, 2.5). In diesem Zusammenhang werden wir uns die Frage stellen, ob die Landtagsfahne tatsächlich auch eine Rechtswirkung in Zusammenhang mit dem Versammlungsgesetz zukam und zukommt.

Für die ersten Jahre des konstitutionellen Landtags konnte das schon deshalb nicht gelten, weil die Bannmeile eine Folge und Einschränkung der Versammlungsfreiheit war, die erst 1867 wieder garantiert wurde.¹⁹³

¹⁹¹ VLK – Landesdienst Nr. 90, Bregenz 16.07.1952. Die Presseaussendung folgt wörtlich dem Entwurf des Präsidiums.

¹⁹² § 299a österreichisches Strafgesetz 1945 (Amtl Slg Nr 2 idF BGBl 79/196); RV 650 BlgNR 10. GP. – Heute: § 248 Abs 2 Strafgesetzbuch (BGBl 60/1974 zgd BGBl I 112/2015). Zur Rechtsentwicklung in Bezug auf das Vorarlberger Landeswappen vgl. ALBERTANI/NACHBAUR 2004, S. 36–42.

¹⁹³ Ältere Darstellungen zur geschichtlichen Entwicklung des Versammlungsrechts in Österreich bis 1867 bieten u. a. TEZNER 1909, S. 746–748, HUGELMANN 1879, S. 24–26;

2.2 Von der Paulskirche zum Versammlungsgesetz 1867

Der Begriff „Bannmeile“ reicht ins Spätmittelalter zurück und wurde, wie der Begriff „Bann“ selbst, in sehr vielfältiger Weise verwendet. Vom Recht der Umwohner, in eine Burg zu flüchten, die im Gegenzug verpflichtet waren, sie zu bauen und zu beliefern (Burgbann), bis zur Sicherung von Monopolen (Markt-, Mühl-, Braubann), ähnlich dem heutigen Gebietsschutz.¹⁹⁴ „Im Kern ist mit dem Wort ein Bannbezirk geeint, also ein Raum, in dem ein Bannrecht bestand, auf Grund dessen ein Herrschaftsträger bestimmte Ge- und Verbote aussprechen konnte,“¹⁹⁵ die mit Sanktionen durchsetzbar waren.

Als Ursprung der parlamentarischen Bannmeile gilt der britische Seditious Meeting Act 1817, wonach innerhalb einer Meile vom Parlamentsgebäude Versammlungen von mehr als 50 Personen untersagt waren.¹⁹⁶

In Deutschland und Österreich geht diese Rechtstradition auf die bürgerliche Revolution von 1848 zurück. Am 18. September errichteten unzufriedene radikale Demokraten in Frankfurt am Main Barrikaden. Eine Volksmenge versuchte, die Paulskirche zu stürmen, in der die Deutsche Nationalversammlung tagte, wurde aber von hessischen Truppen zurückgeschlagen. Die Kämpfe forderten 44 Tote, darunter zwei Abgeordnete, die zu vermitteln versuchten und vor den Stadttoren von Aufständischen ermordet wurden (Abb. 29). Als Folge beriet die Nationalversammlung sehr ausführlich und leidenschaftlich ein Gesetz betreffend den Schutz der konstituierenden Reichsversammlung und der Beamten der Zentralgewalt.¹⁹⁷ Vorarlbergs Abgeordnete Jodok Stülz (1792 bis 1872) und Anton Vonbun (1799 bis 1864) stimmten mit der Mehrheit.¹⁹⁸ Heftig umstritten war unter anderem die Errichtung einer Bannmeile generell und ihre Ausdehnung im Besonderen. Ausgerechnet ein Parlament, das revolutionär erstritten worden war, soll das Versammlungsrecht beschneiden? Der vorberatende Ausschuss schlug 5 Meilen (ca. 38 km) vor. Gegenanträge wurden auf 3 Meilen (ca. 23 km) und auf

¹⁹⁴ Tabakfabrikanten (§ 24 Tabakmonopolgesetz 1996, BGBl 830/1995 idF BGBl I 104/2019), Apotheken (§ 10 Apothekengesetz, RGBI 5/1907 zgd BGBl I 50/2021), öffentlich zugelassene Rauchfangkehrerbetriebe (§ 123 Gewerbeordnung, BGBl 194/1994 zgd BGBl I 65/2020).

¹⁹⁵ SIMON 2008, Sp. 441.

¹⁹⁶ § XXIII Seditious Meetings Act 1817 (57 Geo. III c. 19). HEYER/PORNIEN 2000.

¹⁹⁷ DNV 92. Sitzung 06.10.1848, S. 2468–2500, DNV 93. Sitzung 09.10.1848, S. 2509–2529.

¹⁹⁸ Jedenfalls bei namentlichen Abstimmungen: DNV 93. Sitzung 09.10.1848, S. 2516, 2523. Stülz war Chorherr des Stifts St. Florian (Oberösterreich), Vonbun Kammeralkommissär in Feldkirch.



Abbildung 29: Ermordung zweier Abgeordneter in Frankfurt am 18. September 1848.
(kolorierte Lithografie nach einer Vorlage von Johann Wilhelm Völker, 1848)

2 Meilen (ca. 15 km) eingebracht.¹⁹⁹ Mit einem Umkreis von 5 Meilen wurden sechs Staaten des kleinteiligen Deutschen Bundes ganz oder zum Teil erfasst.²⁰⁰ Ein Abgeordneter verwies darauf, dass auch „in einem der freiesten Länder der bekannten Welt“, in Nordamerika, in einem Umkreis von zwanzig englischen Meilen Volksversammlungen untersagt seien, während der Kongress tage.²⁰¹ Der Berichterstatter räumte ein, er habe im Ausschuss nur schweren Herzens dieser Beschränkung des Versammlungsrechts zugestimmt. Wenn schon, seien aber fünf Meilen notwendig, um rechtzeitig reagieren zu können, sollte sich eine Volksversammlung in Richtung Parlament in Bewegung setzen. Es sei aber ein

¹⁹⁹ Unklar bleibt in den Quellen, welche Meilen konkret gemeint waren. Im Großherzogtum Hessen war 1821 die Neue Postmeile mit 7.500 m eingeführt worden (anstelle der Alten Postmeile mit 9.868 m). In Österreich maß die Postmeile 7.585,9 m; die Preußische oder Deutsche Landmeile 7.532,5 m, nach 1871 7.500 m.

²⁰⁰ Freie Stadt Frankfurt, Kurfürstentum Hessen (Hessen-Kassel), Großherzogtum Hessen (Hessen-Darmstadt), Landgrafschaft Hessen-Homburg, Herzogtum Nassau, Königreich Bayern.

²⁰¹ Friedrich Ernst Scheller, Frankfurt an der Oder, DNV 92. Sitzung 06.10.1848, S. 2487.

„transitorisches Gesetz“, nur auf die Dauer der konstituierenden Nationalversammlung bestimmt, der Himmel wolle es, nur für drei oder vier Monate.²⁰² Am 9. Oktober wurde das Gesetz verabschiedet, mit Art III:

*„Es ist während der ganzen Dauer der Reichsversammlung verboten, eine Volksversammlung unter freiem Himmel innerhalb einer Entfernung von fünf Meilen von dem Sitze der Versammlung zu halten. Die öffentliche Aufforderung zur Abhaltung einer solchen Versammlung, die Führung des Vorsitzes oder das öffentliche Auftreten als Redner in derselben wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.“*²⁰³

In Feldkirch hatte bereits am 18. April 1848 der Fabrikant Carl Ganahl (1807 bis 1889) mit Anhängern und der Forderung nach Urwahlen die Konstituierung der landständischen Versammlung im Feldkircher Rathaus gesprengt. Den daraufhin gewählten Landtag hatte Kreishauptmann Johann von Ebner (1790 bis 1876) als ständischer Präses nach Bregenz einberufen, wo er ungestört tagen konnte.²⁰⁴

Ungleich dramatischer und nachhaltig radikal entwickelte sich die Revolution in Wien. Als am 6. Oktober 1848 kaiserliche Truppen gegen die aufständischen Ungarn zogen, versuchten Arbeiter, Studenten und aufständische Truppen den Abmarsch zu verhindern. Der Beginn der Oktoberrevolution. Der Kriegsminister wurde an einem Laternenpfahl gelyncht. Tags darauf flohen Kaiser Ferdinand I. (1835 bis 1848) und sein Hof nach Olmütz (Mähren). Kaiserliche Truppen bereiteten sich auf den Sturm vor. In dieser Situation stand am 17. Oktober 1848 in der Winterreitschule ein Gesetz zur Hintanhaltung gewaltsamer Störungen des konstituierenden Reichstags auf der Tagesordnung. Doch ein Abgeordneter aus Prag sprach sich dagegen aus, überhaupt darüber zu beraten:

„Es sind nur zwei Fälle möglich, entweder man fürchtet die Anarchie oder man fürchtet die Reaction, physische Gewalt da wie dort. Eine physische Gewalt hat aber noch niemals Gesetze gehalten, niemals sie geachtet. Ich glaube, Anarchie vorauszusetzen, nach den nun schon zehntägigen Erfahrungen, wäre, weiß Gott, eine Beleidigung an der hochherzigen Bevölkerung Wiens. (Beifall.) Setzt man die Möglichkeit — obwohl es in meinem Innern fest lebt, es ist eine Unmöglichkeit —

²⁰² Adolph Xaver Paur, Augsburg, DNV 92. Sitzung 06.10.1848, S. 2497.

²⁰³ Beschlusstext, DNV 92. Sitzung 06.10.1848, S. 2468–2500, DNV 93. Sitzung 09.10.1848, S. 2528–2529; Patent vom 17.10.1848 über die Publikation des Reichsgesetzes zum Schutz der verfassungsgebenden Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Centralgewalt (GS 1848 S. 311).

²⁰⁴ VOLAUCNIK 1998, S. 145–153; NACHBAUR 1998, S. 91–95.

daß die Reaction siege, dann, meine Herren, würden Ihnen auch derartige Gesetze nichts helfen. [...] Es soll dieses beantragte Gesetz einen Paragraph enthalten, über gewaltsame Störungen der Berathungen. Ich denke mir einen solchen Fall — was dann? Der Reichstag kann nicht aufgelöst werden, er selbst kann sich nicht auflösen — man kann nur den Leib tödten, den geistigen Selbstmord kann man nicht begehen — er würde sich höchstens auf eine Stunde vertagen — er würde ohnehin, erfüllt von seiner heiligen Pflicht, niemals irgend einer Beeinträchtigung seiner vollen Beschlußfreiheit weichen. Ich aber müßte es — noch einmal gesagt — für eine Schmach erachten, den Reichstag irgendwie mit Gesetzesparagraphen zu umschanzen. Das vollste Vertrauen dem Volke und männlichen Freimuth Jenen gegenüber, die hoffentlich nicht siegen werden, sonst würden — nochmals wiederholt — derlei Gesetze uns nicht schützen.“²⁰⁵

Revolutionärer Pathos, der sich als realistische Einschätzung erweisen sollte. Mit Zustimmung der Mehrheit wurden die Beratungen auf eine spätere Zeit vertagt. Am 22. Oktober wurde der Reichstag nach Kremsier (Mähren) verlegt, der Aufstand in Wien bald niedergeschlagen, 2.000 Menschen kamen ums Leben. Der Anfang vom Ende der bürgerlichen Revolution über Österreich hinaus. Am 2. Dezember wurde der 18-jährige Franz Joseph (1848 bis 1916) auf den Thron gehievt. Am 4. März 1849 oktroyierte der blutjunge Kaiser eine Verfassung, drei Tage später ließ er den Reichstag mit militärischer Unterstützung auflösen. Ein Stück weit garantierte der Kaiser auf dem Papier Versammlungsfreiheit.²⁰⁶ Mit Patent vom 17. März 1849 regelte er die Ausübung des freien Vereinigungs- und Versammlungsrechtes und bestimmte unter anderem (§ 34):

„Während der Reichstag oder ein Landtag versammelt ist, darf an dem Orte seines Sitzes und in dem Umkreise von fünf Meilen keine wie immer geartete Volksversammlung stattfinden.“²⁰⁷

Im Vergleich zum Beschluss der Frankfurter Nationalversammlung wären damit also nicht nur Volksversammlungen unter freiem Himmel, sondern auch allgemein zugängliche Versammlungen in Gebäuden verboten gewesen, die, im Unterschied zu Sitzungen politischer Vereine, nicht auf geladene Gäste beschränkt

²⁰⁵ Alois Borrosch (1797 bis 1869), Buch- und Kunsthändler in Prag, ÖRT 52. Sitzung 17.10.1848, S. 185–186.

²⁰⁶ § 7 Kaiserliches Patent vom 04.03.849, über die, durch die constitutionelle Staatsform gewährleisteten politischen Rechte, RGBI 151/1849, aufgehoben durch Kaiserliches Patent vom 31.12.1851 (RGBI 3/1852).

²⁰⁷ Kaiserliches Patent vom 17.03.1849, womit die Ausübung des freien Vereinigungs- und Versammlungsrechtes geregelt wird (RGBI 171/1848).

waren.²⁰⁸ Dieses Gesetz konnte nicht mit Leben erfüllt werden. Zu Sylvester 1851 wurden sämtliche konstitutionellen Zugeständnisse zurückgenommen, das Patent von 1849 dem Inhalt nach durch das Vereinsgesetz von 1852 beseitigt.²⁰⁹

Die Niederlagen auf den Schlachtfeldern von Solferino 1859 und Königgrätz 1866 zwangen das autoritäre Regime zum Kurswechsel, bereits 1861 zur Rückkehr zur konstitutionellen Monarchie. Zu den ersten Forderungen im neuen Reichsrat zählte eine liberale Revision des Vereins- und Versammlungsrechts. Doch der dafür eingesetzte Ausschuss des Abgeordnetenhauses kam über Gesetzesentwürfe nicht hinaus. 1867, nach einer Sistierung des Parlaments, wurden sie wieder hervorgezogen, worauf die Regierung noch schnell selbst Vorlagen einbrachte.²¹⁰ Mit dem Staatsgrundgesetz über die allgemeine Rechte der Staatsbürger, das mit weiteren Staatsrundgesetzen die „Dezemberverfassung“ 1867 bildete, sollte unter anderem die Versammlungsfreiheit garantiert werden.²¹¹ (Für die Republik Österreich ist es heute noch in Kraft.)²¹² Schon Wochen zuvor ergingen die Ausführungsbestimmungen in Form des Gesetzes über das Versammlungsrecht, mit dem die Versammlungsfreiheit ein Stück weit eingeschränkt wurde.²¹³ So waren allgemein zugängliche Versammlungen mindestens drei Tage vor der beabsichtigten Abhaltung unter Angabe des Zwecks, des Ortes und der Zeit der Versammlung der zuständigen Behörde schriftlich anzuzeigen (§ 2). Für Versammlungen „unter freiem Himmel“ galt verschärfend (§ 3), dass sie nicht nur anzeigepflichtig, sondern zudem genehmigungspflichtig waren (Konzessionssystem). Versammlungen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet, waren von der Behörde zu untersagen (§ 6). Für einen Fall bestimmte bereits das Gesetz selbst ein Genehmigungsverbot. § 7 lautete:

²⁰⁸ Vgl. TEZNER 1909, S. 747.

²⁰⁹ § 27 Kaiserliches Patent vom 26.11.1852, wirksam für den ganzen Umfang des Reiches, mit Ausnahme der Militärgränze, wodurch neue gesetzliche Bestimmungen über Vereine (Vereinsgesetz) angeordnet werden (RGI 253/1852).

²¹⁰ TEZNER 1909, S. 747–748; HUGELMANN 1879, S. 27–28.

²¹¹ Art 12 StGG (Staatsgrundgesetz vom 21.12.1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, RGI 142/1867): „Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden. Die Ausübung dieser Rechte wird durch besondere Gesetze geregelt.“

²¹² Das Staatsgrundgesetz (RGI 142/1867) wurde 1920 als Verfassungsgesetz übernommen (Art 149 Abs 1 B-VG) und mehrfach novelliert (zgd BGBl 684/1988).

²¹³ VersG (Gesetz vom 15.11.1867 über das Versammlungsrecht, RGI 135/1867).

„Während der Reichsrath oder ein Landtag versammelt ist, darf an dem Orte ihres Sitzes und in einem Umkreise von 5 Meilen keine Versammlung unter freiem Himmel gestattet werden.“

Im Unterschied zum Kaiserlichen Patent von 1849 war dieses Verbot nun auf Versammlungen unter freiem Himmel beschränkt. Ein Konzessionssystem für solche Versammlungen hatte auch der Ausschussentwurf von 1863 vorgesehen, ein gesetzliches Versammlungsverbot zugunsten parlamentarischer Versammlungen dagegen nicht.²¹⁴ Dennoch stimmten ihm beide Häuser des Reichsrats im Plenum ohne Debatte zu.²¹⁵ Die Erinnerung an die Revolution war noch frisch, das Misstrauen in Regierungskreisen wohl noch groß. Dass die Bannmeile im liberal dominierten Abgeordnetenhaus nicht öffentlich hinterfragt oder begründet wurde, erstaunt jedoch – zumal mit einem Radius von 5 Meilen, der von Wien aus über die Leitha hinweg sogar noch Ungarn streifte. 1876 wurde er mit Verordnung in 38 Kilometer umgerechnet und umgewandelt.²¹⁶ Vom Misstrauen gegenüber dem Volk zeugt auch die 1865 eröffnete Ringstraße. Sie wurde nicht ringförmig konzipiert, sondern aus sechs geraden und 57 Meter breiten Segmenten gebildet, die dem Militär freie Schusslinien eröffneten. 1884 bezog der Reichsrat das neue Parlamentsgebäude an einem Eckpunkt dieses Polygons.

In Berlin war man schon 1850 von den Frankfurter 5 Meilen abgekommen. Für die Dauer der Sitzungsperiode der beiden Kammern des preußischen Landtags durften innerhalb *zweier* Meilen keine Volksversammlungen unter freiem Himmel stattfinden.²¹⁷ Als Motiv für diese Bestimmung, die auch auf den 1871 errichteten Reichstag Anwendung finden sollte,²¹⁸ wurde hervorgehoben, „daß von den Entschlüssen der höchsten Staatsgewalten selbst der Schein ferngehalten werden müsse, als könnten sie unter dem Einflusse von Versammlungen

²¹⁴ Die Laibacher Zeitung 23.12.1863, S. 1163, teilte den Entwurf eines Gesetzes über das Versammlungsrecht mit. § 3 regelte Versammlungen unter freiem Himmel.

²¹⁵ AH 2. WP 4. Session, 25. Sitzung 24.07.1867, S. 579; HH 4. Session, 11. Sitzung 18.10.1867, S. 162.

²¹⁶ Verordnung des Ministeriums des Innern im Einvernehmen mit den Ministerien des Handels und der Justiz, betreffend die Umwandlung der in dem Gesetze vom 15.11.1867 (RGBl 135) über das Versammlungsrecht enthaltenen alten Maßbestimmung (RGBl 101/1876).

²¹⁷ § 11 Verordnung vom 11.03.1850 über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdende Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts (GS 1850 S. 277): „*Innerhalb zweier Meilen von dem Orte der jedesmaligen Residenz des Königs, oder von dem Orte des Sitzes beider Kammern dürfen Volks-Versammlungen unter freiem Himmel von der Orts-Polizeibehörde nicht gestattet werden. Das letztere Verbot besteht nur für die Dauer der Sitzungsperiode der Kammern.*“ Vgl. THILO 1865, S. 75–76.

²¹⁸ DELIUS 1891, S. 42.

gefaßt sein, welche sich als Vertreter des Volkswillens aufwerfen möchten, während sie nur die Ansicht solcher darstellen, denen eine Einwirkung auf die Gesetzgebung und die Ausübung der vollziehenden Gewalt verfassungsmäßig nicht zusteht.“²¹⁹ Da sich der Monarch und der Landtag die Gestaltungsmacht teilten, war es konsequent, dass das Versammlungsverbot ebenso im Umkreis des jeweiligen Aufenthaltsorts des Königs galt, zeitlich unbegrenzt.²²⁰ In Österreich wurde es unterlassen, eine ähnliche „Bestimmung zugunsten der Freiheit der Entschließung des Monarchen“ zu normieren.²²¹

Die für Österreichs Parlamente seit 1867 geltende temporäre Bannmeile bedeutet formal den stärksten Eingriff in das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, im Ergebnis ein auf den Anlass zeitlich und örtlich beschränktes absolutes Versammlungsverbot. Vom Gesetz generell ausgenommen waren und blieben allerdings *„öffentliche Belustigungen, Hochzeitszüge, volksgebräuchliche Feste oder Aufzüge, Leichenbegräbnisse, Prozessionen, Wallfahrten und sonstige Versammlungen oder Aufzüge zur Ausübung eines gesetzlich gestatteten Kultus, wenn sie in der hergebrachten Art stattfinden“* (§ 5).

Wurden Versammlungen in dieser Verbotszone widerrechtlich durchgeführt, waren sie von den Behörden wohl nicht nur *„nach Umständen“*, sondern jedenfalls aufzulösen (§ 13). Übertretungen des Gesetzes waren mit Strafe bedroht.

Das Versammlungsverbot habe *„nur locale Bedeutung und zwar, bei der kurzen Sessionsdauer der meisten Landtage, in empfindlicher Weise fast nur in Wien“*, befand ein Rechtsgelehrter 1879.²²² Die Landtage berief der Kaiser bis 1914 für gewöhnlich jährlich nur für eine Session von drei, vier Wochen ein. Der enorme Radius von 38 km war im Fall des Vorarlberger Landtags dennoch besonders kurios, weil er nicht nur halb Vorarlberg abdeckte und zudem Gebiet von sechs Staaten (Österreich, Liechtenstein, Schweiz, Baden, Württemberg, Bayern) berührte, nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 immer noch vier. Jenseits der Staatsgrenzen war er freilich nicht rechtswirksam. Und er deckte halb Vorarlberg ab (Abb. 30).

²¹⁹ THILO 1865, S. 75.

²²⁰ Vgl. Anm. 217.

²²¹ TEZNER 1909, S. 750.

²²² HUGELMANN 1879, S. 36.

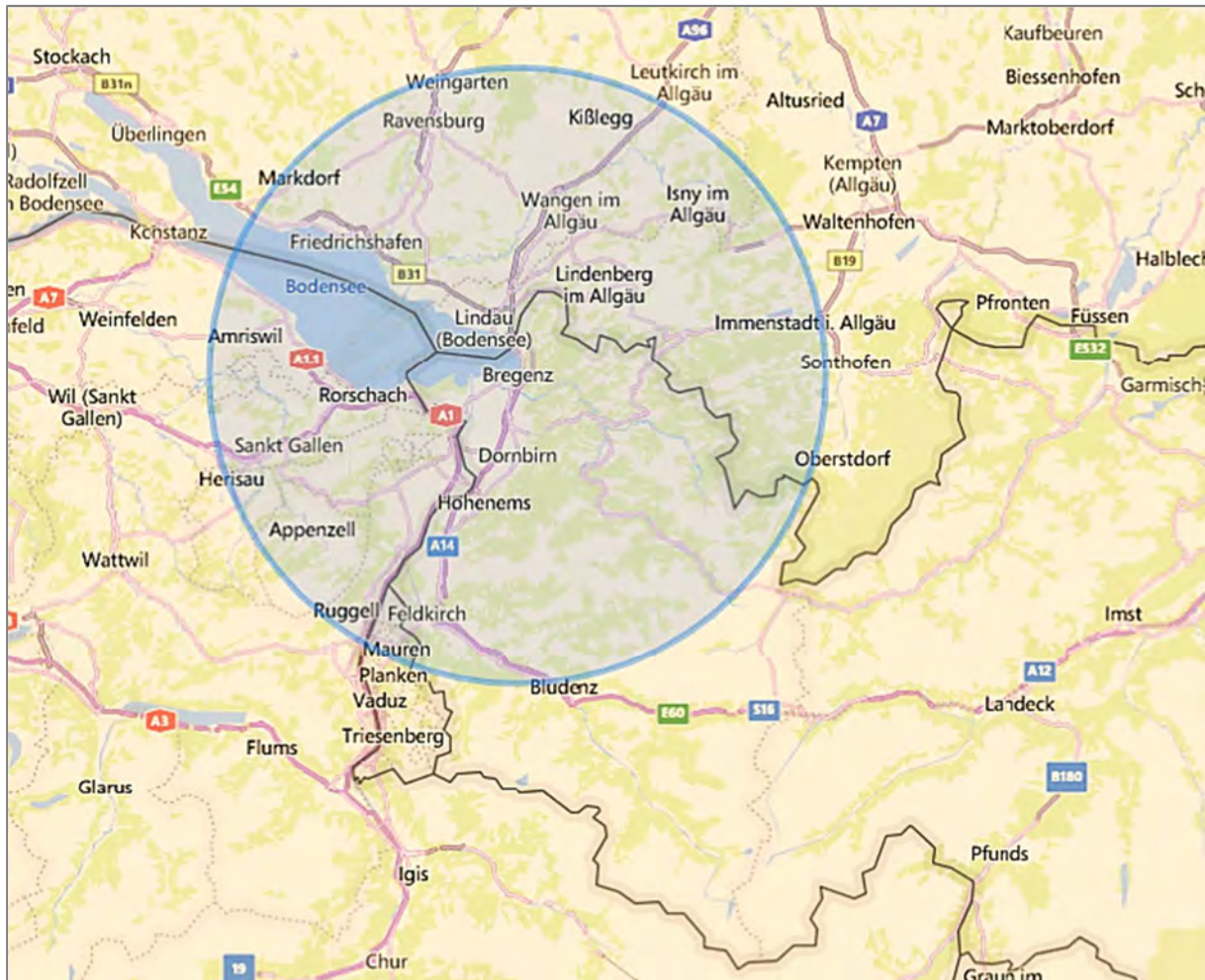


Abbildung 30: Bannkreis des Vorarlberger Landtags 1867 bis 1968.

In der Landtagsdebatte über die Staatsgrundgesetze 1867 und die Ausführungsgesetze war die Versammlungsfreiheit kein Thema.²²³ Als der „Katholische Volkskalender“ des Christlichsozialen Volksvereins für das Land Vorarlberg 1895 über das Versammlungsrecht aufklärte, wies er nur darauf hin, dass Versammlungen unter freiem Himmel stets einer behördlichen Zustimmung bedürfen. Die Bannmeile war keiner Erwähnung wert.²²⁴ Auch in der verwaltungsrechtlichen Handbüchern und Kommentaren spielte und spielt sie keine besondere Rolle.²²⁵

²²³ 2. VLT 2. Session 1868, 8. Sitzung 10.09.1868, S. 78–83, u. 16. Sitzung 26.09.1868, S. 277–289.

²²⁴ Katholischer Volkskalender 1895, S. 93 (Ueber das Versammlungsrecht).

²²⁵ Vgl. MAYRHOFER 1888, S. 57; MAYRHOFER 1898, S. 125; FREUND 1885, S. 99 u. 103; FREUND 1900, S. 313 u. 322; BÜRNER 1897, S. 39; TEZNER 1909, S. 748; FESSLER 1981, S. 31–32, 61–62 u. 69–70; FESSLER/KELLER 1993, S. 54; FESSLER/KELLER/SCHERHAK 2000, S. 61–62; FESSLER/KELLER 2013, S. 283; GIESE 2004, S. 66; KHAKZADEH 2005, S. 265; KOLONOVITS/WIMBERGER 2017, S. 157–158. Ausführlicher EIGNER/KEPPLER 2019, S. 99–102. SKARWADA 1950, S. 62–64, oder BERAN 1992, S. 41–50, fand die Bannmeile keiner Erwähnung wert.

Am 30. Oktober 1918 beschloss die Provisorische Nationalversammlung:

*„Die Ausnahmsverfügungen betreffs des Vereins- und Versammlungsrechtes sind aufgehoben. Die volle Vereins- und Versammlungsfreiheit ohne Unterschied des Geschlechts ist hergestellt.“*²²⁶

Damit wurde das Versammlungsgesetz 1867 nicht aufgehoben, auch die Bannmeilenbestimmung nicht. Aber die Provisorische Nationalversammlung fühlt sich offenbar sicher.

Für 12. November stand die Erklärung Deutschösterreichs zur demokratischen Republik und zu einem Bestandteil der Deutschen Republik auf dem Programm. Der Staatsrat hatte die Bevölkerung zu einer feierlichen Inszenierung vor dem Parlamentsgebäude eingeladen und die Filmstelle mit der Dokumentation zu Propagandazwecken beauftragt. Der Präsident der Nationalversammlung unterbrach die Sitzung, um den „Volksgenossen“ die „frohe Botschaft“ zu überbringen.²²⁷ Als er das Zeichen gab, auf den beiden Flaggenmasten rot-weiß-rot, die Farben des neuen Staates, aufzuziehen, setzte Unruhe ein. Kommunistische Rotgardisten rissen aus eine Flagge die weiße Bahn heraus. Der Kameramann hielt fest, wie die zusammengeknöteten roten Stoffbahnen hochgezogen wurden.²²⁸ Eine Ikone österreichischer Geschichte. Rotgardisten versuchten, in das Parlamentsgebäude einzudringen, schossen. In der Massenpanik kamen zwei Menschen ums Leben.²²⁹ Ohne jeden Kommentar setzte die Nationalversammlung nach 40 Minuten ihre Beratungen mit dem Gesetz über die Einrichtung eines Staatsgesetzblattes fort.

Sinn der Bannmeile war und ist es, die Parlamente in ihrer Entschlussfähigkeit und freien Willensbildung nicht dem Druck der Straße auszusetzen und einen ungestörten Verlauf der Beratungen und die Sicherheit der Abgeordneten zu garantieren.

²²⁶ Z 3 Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung vom 30.10.1918 (StGBI 3/1918, Art 149 Abs 1 B-VG); PNV 2. Sitzung 30.10.1918, S. 57–58.

²²⁷ PNV 3. Sitzung 12.11.1918, S. 69.

²²⁸ Filmdokument von der Massenkundgebung am 12.11.1918, aufgenommen von der Filmstelle im Auftrag des Staatsrates, URL: <http://stadtfilm-wien.at/film/119/> (Abfrage 22.01.2022).

²²⁹ Z. B. AZ 14.11.1918, NFP 14.11.1918, VLZ 13.11.1918, VVB 14.11.198.

2.3 Versammlungsbehörden: Sonderfall Bregenz

Bei der Behördenzuständigkeit war und blieb Vorarlberg ein Sonderfall. Nach dem Versammlungsgesetz 1867 (§ 16) waren an Orten, die zum Wirkungsbereich einer „*landesfürstlichen Sicherheitsbehörde*“ gehören, diese zuständig; am Sitz der „*politischen Landesstelle*“, wenn sich dort keine landesfürstliche Sicherheitsbehörde befindet, die Landesstelle; an allen anderen Orten die „*politische Bezirksbehörde*“.

In Vorarlberg gab es seit der Auflösung des k. k. Polizeikommissariats Bregenz 1868 keine landesfürstliche Sicherheitsbehörde mehr und nach 1918 wurden keine Bundespolizeibehörden eingerichtet. Bis 1918 hatte die für Vorarlberg zuständige politische Landesstelle, die k. k. Statthalterei, ihren Sitz in Innsbruck. Zudem gab es keine Städte mit eigenem Statut. Deshalb waren in Vorarlberg von 1868 bis 1918 allein die Bezirkshauptmannschaften Versammlungsbehörden.

Nach der ursprünglichen Verfassungskonzeption der Republik Österreich war das Sicherheitswesen in Gesetzgebung und Vollziehung weitgehend Landessache. Das Vereins- und Versammlungsrecht behielt sich der Bund jedoch von Beginn an vor.²³⁰ Es wurde von den Landeshauptmännern und den ihm unterstellten Behörden in mittelbarer Bundesverwaltung vollzogen. Im Rahmen der Bundesverfassungsnovelle 1929 wurden weite Bereiche des Sicherheitswesens in Bundeskompetenz übertragen und zudem sollten sie „*unter außerordentlichen Verhältnissen*“ unmittelbar von Bundesbehörden vollzogen werden können.²³¹ Davon machte die Bundesregierung 1933 Gebrauch. Sie ernannte Sicherheitsdirektoren des Bundes in den Bundesländern,²³² denen im Bereich der Sicherheitsverwaltung auch die Bezirkshauptmannschaften direkt unterstellt wurden.

Diese nur für Notzeiten gedachte Zentralisierung des Sicherheitswesens wurde 1946 durch eine provisorische Übergangsregelung verfassungsrechtlich einzementiert.²³³ Im Bundes-Verfassungsgesetz sollten die Sicherheitsdirektionen erst

²³⁰ Art 10 Abs 1 Z 7 B-VG 1920 (BGBl 1/1920).

²³¹ Art 10 Z 7 und 102 Abs 2 B-VG (BGBl 1/1920 idF BGBl 392/1929, WV BGBl 1/1930).

²³² Verordnung der Bundesregierung vom 13. Juni 1933 über die Bestellung von Sicherheitsdirektoren des Bundes in den Bundesländern (BGBl 226/1933).

²³³ Mit § 15 Abs 1 Behörden-Überleitungsgesetz (StGBI 94/1945), wurden die Aufgaben, die von den Reichsstatthaltern auf dem Gebiet des öffentlichen Sicherheitswesens geführt wurden, in Unterordnung unter die im Staatsamt für Inneres eingerichtete Generaldirektion für öffentliche Sicherheit auf Sicherheitsdirektoren übergehen, deren Sprengel durch Verordnung bestimmt werden. Mit dem Inkrafttreten des B-VG am

1991 Berücksichtigung finden.²³⁴ Bei der Wiederverlautbarung des Versammlungsgesetzes 1953 wurde die „politischen Landesstelle“ nominell durch den „Landeshauptmann“ ersetzt, der an seinem Sitz selbst zuständig sein soll, wenn sich dort keine Bundespolizeibehörde befindet,²³⁵ was nur in Bregenz der Fall war. Gleichzeitig wurde aber klargestellt, dass die dem Landeshauptmann zukommenden Aufgaben von der Sicherheitsdirektion besorgt werden.²³⁶ Erst mit dem Strukturanpassungsgesetz 1996 erfolgte aus Anlass der Verkürzung des Instanzenzuges die Abänderung auf „Sicherheitsdirektion“.²³⁷

Für die Stadt Bregenz war demnach von 1918 bis 1933 der Landeshauptmann Versammlungsbehörde, 1933 bis 1938 und 1946 bis 2012 die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Vorarlberg. Mit 1. September 2012 wurden die bisherigen Sicherheitsdirektionen, Bundespolizeidirektionen und Landespolizeikommanden durch neun Landespolizeidirektionen mit Sitz in der jeweiligen Landeshauptstadt ersetzt. Seither ist die Landespolizeidirektion in allen Landeshauptstädten Versammlungsbehörde; in Bregenz aufgrund einer Sonderbestimmung.²³⁸ Für die anderen Gemeinden blieb es bei der örtlich zuständigen Bezirkshauptmannschaft. Für Bregenz galt damit auch ein spezieller Instanzenzug: Über

19.12.1945 wurde diese Bestimmung verfassungswidrig, worauf sie das Bundesparlament in den provisorisch in den Verfassungsrang erhob: § 1 BVG vom 25.07.1946, womit auf dem Gebiete der allgemeinen Verwaltung Bestimmungen getroffen werden (BGBl 142/1946): „Die Bestimmungen des § 15 des Gesetzes vom 20. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 94, über die Überleitung der Verwaltungs- und Justizeinrichtungen des Deutschen Reiches in die Rechtsordnung der Republik Österreich (Behörden-Überleitungsgesetz, gelten bis zu einer anders lautenden verfassungsgesetzlichen Regelung als Verfassungsbestimmungen.“ ErlRV 154 BlgNR 5. GP: „Bei den gegenwärtigen Verhältnissen ist eine solche Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben in der Mittelinstanz erforderlich. Ohne in die verfassungsmäßige gewährleisteten Rechte des Landeshauptmannes zur Führung der mittelbaren Bundesverwaltung dauernd eingreifen zu wollen, sollen diese Bestimmungen des Behörden-Überleitungsgesetzes bis zu einer anders lautenden verfassungsgesetzlichen Regelung aus den Bedürfnissen des Augenblickes heraus aufrechterhalten bleiben. Die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres stattgefundenen Länderkonferenzen auf dem Gebiet des öffentlichen Sicherheitswesens haben die Zustimmung der Länder hiezu zum Ausdruck gebracht.“ Vgl. GRABHERR 1986, S. 282–283.

²³⁴ Art 78a–78d und 102 Abs 2 B-VG (BGBl 1/1930 idF BGBl 562/1991).

²³⁵ § 16 lit b VersG (Versammlungsgesetz 1953, BGBl 98/1953).

²³⁶ Art 2 Kundmachung der Bundesregierung vom 19.05.1953, womit das Gesetz vom 15.11.1867 über das Versammlungsrecht wiederverlautbart wird (BGBl 98/1983): „Im Hinblick auf § 15 des Behörden-Überleitungsgesetzes, StGBI 94/1945, in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes BGBl 142/1946, sind die Aufgaben, die nach dem wiederverlautbarten Versammlungsgesetz dem Landeshauptmann zukommen, bis zum Inkrafttreten des im § 1 des Bundesverfassungsgesetzes BGBl 142/1946 angekündigten Bundesverfassungsgesetzes von den Sicherheitsdirektionen zu besorgen.“

²³⁷ §§ 16 lit b u. 18 VersG (BGBl 98/1953 idF BGBl 201/1996. – In der Regierungsvorlage wurde nur die Verkürzung des Instanzenzuges erläutert: ErlRV 72 BlgNR 20. GP.

²³⁸ Gemäß § 8 Sicherheitspolizeigesetz (BGBl 505/1994 idF BGBl I 190/2021), ist in Eisenstadt, Klagenfurt, Linz, St. Pölten, Salzburg, Graz, Innsbruck und Wien die jeweilige Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz. Damit ist sie § 16 Abs 1 lit a VersG (BGBl 98/1953 zgd BGBl I 63/2017), Versammlungsbehörde, in Bregenz

Berufungen gegen Verfügungen der Sicherheitsdirektionen/Landespolizeidirektionen der Bundesminister für Inneres.²³⁹ Seit 1. Jänner 2014 entscheidet generell das Landesverwaltungsgericht über Beschwerden gegen Bescheide nach dem Versammlungsgesetz.²⁴⁰

2.4 Kundmachung des Sicherheitsdirektors 1952/1954

Das Versammlungsgesetz 1867 trat 1945 wieder in Kraft, soweit es die Besatzungsbehörden in der Praxis zuließen. In Gesetzeseditionen wurde in § 7 „Reichsrat“ durch „Nationalrat“ und „Bundesrat“ ersetzt oder interpretiert.²⁴¹ Bis 1965 blieb aber strittig, ob das Konzessionssystem für Versammlungen unter freiem Himmel mit diesem Beschluss noch in Einklang zu bringen ist oder nicht. 1949 schärfte auch das Innenministerium, wohl im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlkämpfe, den Sicherheitsdirektionen ein, dass die Genehmigungspflicht für Versammlungen unter freiem Himmel nach wie vor bestehe.²⁴²

Präsidialchef Grabherr gelang es, Sicherheitsdirektor Johann Sternbach (1906 bis 1973) für eine behördliche Kundmachung zu gewinnen, mit der ein Zusammenhang zwischen Landtagsfahne und Versammlungsverbot hergestellt wurde. Am 6. August 1952 erschien im „Amtsblatt für das Land Vorarlberg“ folgender Hinweis:

dagegen aufgrund § 16 Abs 1 lit b: am Sitze des Landeshauptmannes, wenn es sich dabei nicht um das Gebiet einer Gemeinde, für das die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz ist. Die Änderung erfolgte durch BGBl I 50/2012, Art 77. Vgl. EIGNER/KEPLINGER 2019, S. 160; FESSLER/KELLER 2013, S. 283; KOLOVITS/WIMBERGER 2017, S. 162–163.

²³⁹ § 18 VersG (BGBl 98/1953 idF BGBl I 50/2012).

²⁴⁰ § 18 VersG (BGBl 98/1953 idF BGBl I 161/2013).

²⁴¹ Z. B. ALTMANN/JACOB/WEISER 1927, S. 441: „§ 7. Während der [Reichsrat] Nationalrat, der Bundesrat oder ein Landtag versammelt ist [...]“. LIEHR/MARKOVICS 1952: „§ 7. Während der Reichsrat [Nationalrat oder Bundesrat] oder ein Landtag versammelt ist [...]“. Ohne Auflösung dagegen SKARWADA 1950, S. 60.

²⁴² VLA: AVLReg PrsG-349/1969: Rundschreiben Bundesministerium für Inneres an Sicherheitsdirektionen, Wien 23.06.1949 und 06.07.1949 (Abschriften).

**Versammlungsverbot
während der Landtagssitzungen**

Kundmachung

**über die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel während der
Sitzungen des Vorarlberger Landtages**

Nach § 7 des Gesetzes vom 15. November 1867, RGrBl. Nr. 135, über das Versammlungsrecht bzw. der Verordnung RGrBl. Nr. 101/1876 sind dann, wenn der Landtag versammelt ist, am Orte seines Sitzes und in einem Umkreis von 38 km Versammlungen unter freiem Himmel nicht gestattet. Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Die Sitzungen des Vorarlberger Landtages werden jeweils durch Presse und Rundfunk bekanntgegeben. In Bregenz selbst wird auf dem Regierungsgebäude eine eigene Fahne im Ausmaße von 2.50 x 2.50 m mit dem Vorarlberger Landeswappen auf weißem Grund mit roter Umrahmung gehißt.

Bregenz, den 28. Juli 1952

Sicherheitsdirektion für das Bundesland Vorarlberg²⁴³

Im November 1954 wurde diese Kundmachung ohne Datierung auch im Landesgesetzblatt abgedruckt.²⁴⁴ Ob dabei übersehen wurde, dass das Gesetz inzwischen als Versammlungsgesetz 1953 wiederverlautbart worden war?²⁴⁵

Interessanter ist die Frage, ob der Landtagsfahne konstitutive (rechtsbegründende) Wirkung zugemessen wurde oder werden konnte. Denken wir zum Beispiel an Verordnungen aufgrund der Straßenverkehrsordnung, die durch Straßenverkehrszeichen oder Bodenmarkierungen kundzumachen sind und erst mit deren Anbringung in Kraft treten.²⁴⁶ Für Vergleichbares bietet das Versammlungsgesetz keinen Anhaltspunkt. Das Versammlungsverbot nach § 7 gilt, ob beim Sitzungsort eine Fahne aufgezogen ist oder nicht.²⁴⁷ Es bedurfte keiner Kundmachung.

²⁴³ ABI 33/1952. – Sternbach übermittelt dem Präsidium des Amtes der Vorarlberger Landesregierung die Kundmachung „mit Beziehung auf das i. k. W. [vermutlich: in kollegialer Weise] hergestellte Einvernehmen zur gefl[issentlichen] Kenntnis“ (VLA: AVLReg PrsG-349/1969; VLA: AVLReg PrsA-252/1981).

²⁴⁴ LGBl 33/1954.

²⁴⁵ § 7 VersG: „Während der Nationalrat, der Bundesrat oder ein Landtag versammelt ist, darf an dem Ort ihres Sitzes und in einem Umkreise von 38 km keine Versammlung unter freiem Himmel gestattet werden.“

²⁴⁶ § 44 Straßenverkehrsordnung 1960 (BGBl 1959/1960 zgd BGBl I 154/2021).

²⁴⁷ Vgl. BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2004, BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2007, BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2009 und SCHNEIDER UA 2014, zu § 32 Abs 6: „Die Tatsache, dass der Landtag versammelt ist, ist aus der Beflaggung vor dem Landhaus ersichtlich.“ Wenn man weiß, dass die Beflaggung das anzeigen soll.

Der Landtagsfahne konnte allenfalls nur eine deklarative (rechtsbekundende) Wirkung zukommen. Erst recht, so lange für Versammlungen unter freiem Himmel das Konzessionssystem galt. Die Versammlungsbehörde musste mindestens drei Tage im Voraus wissen, ob der Landtag zusammentritt.

Nebenbei bemerkt gab und gibt es den Brauch, mit Fahnen seltene Ereignisse anzuzeigen. Bis heute hängen Schulen weiße Fahnen aus, wenn alle Maturantinnen und Maturanten die Reifeprüfung bestanden haben. In Vergessenheit geriet dagegen die weiße Fahne, mit der Gefängnisse auch in Vorarlberg zumindest bis 1938 verkündete, dass ausnahmsweise keine Arrestanten oder Häftlinge einsitzen.²⁴⁸

2.5 1968: erweiterter Kreis geschützter Verfassungsorgane und Verkürzung des Bannkreises auf 300 Meter

1965 hob der Verfassungsgerichtshof den § 3 des 1953 wiederverlautbarten Versammlungsgesetzes als verfassungswidrig auf: Im Hinblick auf den Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung von 1918 hätte die Bundesregierung die Genehmigungspflicht für Versammlungen unter freiem Himmel nicht wiederverlautbaren dürfen. Sie waren daher nur noch der Behörde anzuzeigen.²⁴⁹

Am absoluten Versammlungsverbot unter freiem Himmel während Parlaments-sitzungen änderte das Erkenntnis des Verfassungsgerichts nichts. Allerdings wurde zumindest der für eine gefestigte Demokratie weit überzogene Radius von 38 km politisch in Frage gestellt. Im November 1967 berichtete Sicherheitsdirektor Sternbach an den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, dass das Präsidium des Amtes der Vorarlberger Landesregierung schon immer größten Wert

²⁴⁸ Z. B. Bezirksgericht Bezau (VTB 07.09.1927, S. 5; VTB 07.08.1931, S. 5; VLZ 08.08.1931, S. 4; VLS 13.08.1931, S. 5), Bezirksgericht Bludenz (VVB 11.01.1929, S. 1929; VLZ 14.01.1929, S. 3; VLB 29.08.1929, S. 5; VLS 08.09.1929, S. 5; VTB 30.04.1938, S. 6), Bezirksgericht Dornbirn (VVB 29.08.1929, S. 5; VTB 29.08.1929, S. 6; VVB 30.08.1929, S. 9-10). Vgl. auch Bezirksgericht Landeck (VTB 31.08.1938, S. 6), Bezirksgefängnis St. Gallen (VLZ 17.09.1931, S. 5), Bezirksgefängnis Kreuzlingen (VTB 21.01.1926, S. 5), Polizeigegefängnis Romanshorn (VLZ 06.05.1924, S. 4; VTB 27.04.1928, S. 6). Schloss Burgdorf (Bern): „Da letzten Dienstag 23 Gefangene vom Schloss ins neue Regionalgefängnis verlegt worden sind, weht seither die weisse Fahne vom Bergfried. In den letzten Jahrzehnten ist es einmal vorgekommen, dass die Zellen leer waren.“ (D'Region 21.05.2012, URL: www.dregion.ch/2012/05/weisse-fahne-auf-dem-schloss.html, 22.01.2022).

²⁴⁹ VfSlg 4885/1964 (V 25/64); BGBl 69/1969.

auf die Beachtung und Durchführung dieser Bestimmungen gelegt habe. In Bregenz seien sie in der Praxis ohne weiteres durchzusetzen, jedoch könne natürlich eine Verkleinerung der Verbotszone, etwa auf einen Umkreis von 10 km, in Betracht gezogen werden.²⁵⁰

Der Ministerialentwurf für eine Novellierung des Versammlungsgesetzes, der im April 1968 folgte, sah eine Einschränkung der Bannmeile auf 500 m vor, und zudem als wesentliche Neuerung die Bundesversammlung (Art 38 bis 40 B.-VG.) in den Kreis der geschützten Institutionen einzubeziehen, da dieser durch den gemeinsamen Zusammentritt des Nationalrates und des Bundesrates gebildeten Körperschaft durch die Verfassung sehr bedeutungsvolle Aufgaben übertragen seien.²⁵¹ Damit sollte ein parlamentarisches Verfassungsorgan geschützt werden, das keinen Anteil an der Gesetzgebung hat.

Andere Bundesländer erhoben keinen Einwand, die Wiener Landesregierung sah eine parlamentarische Schutzbanne überhaupt für entbehrlich, nur die Vorarlberger Landesregierung erhob Bedenken gegen die Einschränkung, wobei sie die rigiden Einwände ihrer Beamten allerdings erheblich abmilderte.

Sicherheitsdirektor Sternbach sprach sich nun für einen Radius von 1 km aus. Auch die Bezirkshauptmänner bezeichneten den bisherigen Umkreis von 38 km als nicht praktikabel. Andererseits legte der Bezirkshauptmann von Bregenz Wert darauf, dass wenigstens die Hauptgebiete der Stadt Bregenz erfasst würden. Deshalb schlugen die Bezirkshauptmänner einen Radius von 3 km vor. Doch der Leiter der Polizeiabteilung (Ia) im Amt der Landesregierung war skeptisch: „*Wie weit sich eine solche Regelung unter gesamtösterreichischem Aspekt vertreten lässt, soll dahingestellt bleiben.*“²⁵²

Die Abteilung Gesetzgebung (PrsG) entwarf die Stellungnahme der Landesregierung und übernahm die 3 km-Regelung. Wenn § 7 Versammlungsgesetz gewährleisten solle, dass Sitzungen der gesetzgebenden Körperschaften durch Versammlungen unter freiem Himmel nicht beeinträchtigt werden sollen, sei es nötig, dass der Verbotsbereich die dicht verbauten Gebiete der Tagungsorte umschließe, weil das Auflösen von Versammlungen innerhalb der Städte weit

²⁵⁰ VLA: AVLReg PrsG-349/1969: Sicherheitsdirektor Hans Sternbach an Generaldirektion, Bregenz 29.11.1967.

²⁵¹ Ebenso in der RV 874 BlgNR 11. GP.

²⁵² VLA: AVLReg PrsG-349/1969: Abteilung Polizei (Ia) an Abteilung Gesetzgebung (PrsG), Bregenz 08.05.1968. Ia-Vorstand war Gustav Bargehr. Bezirkshauptmänner waren Julius Längle (Bludenz), Josef Graber (Feldkirch) und Anton Allgeuer (Bregenz).

schwieriger sei als in mehr offenem Gelände. Zudem bestehe für die Einbeziehung der Bundesversammlung in den Kreis der geschützten Institutionen kein Grund. Es sollten weiterhin nur die gesetzgebenden Körperschaften erfasst werden. „*Wollte man die Wichtigkeit der zu erledigenden Aufgaben als Maßstab heranziehen, so wären die Bundesregierung und die Landesregierungen eher unter Schutz zu stellen als die Bundesversammlung.*“²⁵³

Die Landesregierung strich diese Bemerkungen und trat in ihrer Stellungnahme nur für einen Verbotskreis von 1 km ein, damit ein entsprechendes Handlungsfeld bestehe, um gegen Versammlungen, die die Verbotszone nicht respektieren, Maßnahmen zu ergreifen.²⁵⁴

Seit 1966 verfügte die Österreichische Volkspartei (ÖVP) wieder über eine absolute Mehrheit im Nationalrat. Sie regierte erstmals allein, die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) standen in Opposition. Die SPÖ hatte im Nationalrat einen Antrag eingebracht, den § 7 als unzeitgemäßes Relikt – eine „*Angstmeile’ der Herrschenden*“ – ersatzlos zu streichen, wie Zentralsekretär Otto Propst (1911 bis 1978) forderte.²⁵⁵ Bei der Schiffs- taufe in Fußach 1964 hatte er als Verkehrsminister den zivilen Ungehorsam weniger sportlich genommen.²⁵⁶

²⁵³ VLA: AVLReg PrsG-349/1969: Entwurf, abgezeichnet von Landesamtsdirektor Elmar Grabherr, PrsG-Vorstand Franz Vögel und dem Legisten Werner Brandtner, mit handschriftlichen Korrekturen und Zustimmungsvermerk der Landesregierung, gezeichnet von Landesstatthalter Gerold Ratz.

²⁵⁴ VLA: AVLReg PrsG-349/1969: Vorarlberger Landesregierung an Bundesministerium für Inneres, Bregenz 14.05.1968.

²⁵⁵ NR 11. GP, 113. Sitzung 23.10.1968, S. 8973.

²⁵⁶ Otto Propst gab am 21.11.1964 gegenüber der Austria Presse Agentur (AHI0112 5) eine Erklärung ab: „[...] da somit die durchfuehrung des Staatsaktes nicht mehr moeglich war und nach den mitteilungen des Sicherheitsdirektors weitere gewalttaten zu erwarten seien, begab ich mich in das gebaeude des landesgendarmieriekommandos in bregenz, dort beantragte ich bei sicherheitsdirektor dr. sternbach sowie bei bezirkshauptnrahn dr. allgeuer eine anzeige an die staatsanwaltschaft gegen die beiden zeitungen ‚vorarlberger nachrichten‘ und ‚vorarlberger volksblatt‘ wegen aufforderung zum offenen aufruhr, die mir eine beschlagnahme gerechtfertigt erscheinen liess. nach einigem zoegern erklarten sich die beiden genannten herren bereit, den antrag an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten, drei stunden spaeter berichtete mir sicherheitsdirektor dr. sternbach, dass der diensthabende Staatsanwalt keinen anlass sehe, eine beschlagnahme der beiden zeitungen zu verfuegen. ich stehe auf dem standpunkt, dass jeder, der die samstagsausgabe der ‚vorarlberger nachrlchten‘ liest – die an die bevoelkerung sogar kostenlos verteilt wurde – den tatbestand der anstiftung zu gewaltmassnahmen gegen die teilnehmer an einem Staatsakt als gegeben betrachten muss. ich sehe mich daher zu der feststellung gezwungen, dass die leitung der exekutive in vorarlberg nicht gewillt und nicht in der lage war, die sicherheit des lebens von personen und von oeffentllchem eigentum zu gewaehrleisten, das ist umso bedauerlicher, weil sich unter den teilnehmern an dem festakt auch viele auslaender befanden. sie und viele hundert oesterreichische festgaeste waren zeugen der beschaemenden vorfaelle. ich muss ausdruecklich feststellen, dass die demonstrationen sich nicht bloss – was an sich bedauerlich genug waere – gegen die namensgebung das neuen

Nicht zuletzt angesichts der Studentenunruhen in anderen Staaten wollte die ÖVP auf die Bannmeile nicht verzichten. Eine völlige Auflassung der Verbotszone erscheine nicht tunlich, heißt es in der Regierungsvorlage, weil der ungestörte Verlauf der Sitzungen der gesetzgebenden Organe nur dann voll gewährleistet werden könne, wenn während der Dauer der Sitzungen in der unmittelbaren Umgebung keine öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden. Die Möglichkeit der Untersagung eine Versammlung, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet (§ 6), reiche schon aus dem Grund nicht aus, weil erfahrungsgemäß Versammlungen, deren Abhaltung nach dem Inhalt der Anzeige keine begründeten Bedenken bestehen, innerhalb kürzester Zeit einen unfriedlichen Charakter annehmen können. Finde eine solche Versammlung in unmittelbarer Nähe statt, erscheine es zweifelhaft, ob im Ernstfall Sicherheitsorgane in entsprechender Anzahl so zeitgerecht herbeigeführt werden können, um ein Eindringen von Demonstranten in das Sitzungslokal zu verhindern.²⁵⁷ – Diese Begründung sollte auch der Verfassungsgerichtshof als stichhaltig anerkennen.²⁵⁸ – Bei einer Verkleinerung des Radius müssten aber auch die Worte „*an dem Ort ihres Sitzes*“ eliminiert werden, da unter dem Begriff des Ortes im Hinblick auf § 16 das Gebiet der Ortsgemeinde, in dem das gesetzgebende Organ versammelt ist, zu verstehen sei oder doch verstanden werden könne.²⁵⁹

Der Verfassungsausschuss des Nationalrats schlug eine Herabsetzung auf 300 m und der Anzeigefrist auf 24 Stunden vor.²⁶⁰ In der Plenardebatte im Oktober 1968 wies der Vorarlberger Abgeordnete Werner Melter (FPÖ) (1924 bis 2007) darauf hin, dass der eingeschränkte Radius von 300 m zum Beispiel in Bregenz praktische Probleme aufwerfen könnte, da sich der Hauptbahnhof und die Omnibushaltestelle innerhalb dieses Kreises befänden.²⁶¹ ÖVP und FPÖ folgten den

bodenseeschiffes „karl renner“, sondern, wie sprechchoere, schmaehrufe und aufschriften auf transparenten bewiesen, auch deutlich gegen den bund sowie ganz allgemein gegen bundesdienststellen richteten.“ Zu Fußbach 1964 HOLZKNECHT 2018, S. 47–203; WANNER 1980.

²⁵⁷ ErIRV 874 BlgNR 11. GP.

²⁵⁸ VfSlg 14365/1994 (B 1495/94).

²⁵⁹ ErIRV 874 BlgNR 11. GP. § 16 regelt die Behördenzuständigkeit. Dass der „Ort ihres Sitzes“ in § 17 mit den „Orten“ in § 16 gleichzusetzen war, erscheint abwegig. Seit 2012 sind „Orte“ in § 16 jedenfalls auch nicht mehr mit „Ortsgemeinden“ gleichzusetzen: § 16 Abs 1 lit a: „an Orten, die zum Gebiet einer Gemeinde gehören [...]“ (Art 77 Sicherheitsbehörden-Neustrukturierungs-Gesetz, BGBl I 50/2012).

²⁶⁰ Bericht Verfassungsausschuss 995 BlgNR 11. GP.

²⁶¹ NR 11. GP, 113. Sitzung 23.10.1968, S. 8983. Bahnhof und Landtag waren bis 1981 unmittelbar benachbart.

Abänderungsanträgen des Verfassungsausschusses. Die Frage bescherte kurzzeitig sogar dem Bundesrat Aufmerksamkeit, der sich mehrheitlich dem Votum des Nationalrats anschloss.²⁶² Seither lautet § 7:

*„Während der Nationalrat, der Bundesrat, die Bundesversammlung oder ein Landtag versammelt ist, darf im Umkreis von 300 m von ihrem Sitze keine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden.“*²⁶³

Wie in der Bundesrepublik Deutschland auch den Verfassungsgerichtshof durch eine Bannmeile zu schützen, war zumindest offiziell kein Thema.

Im Mai 1969 erließ Sicherheitsdirektor Sternbach einen entsprechend modifizierten Hinweis auf das Versammlungsverbot, der im Amtsblatt für das Land Vorarlberg letztmals kundgemacht wurde.²⁶⁴ Im Landesgesetzblatt wurde dieser neue Kundmachung nicht mehr veröffentlicht.²⁶⁵

Seit der Aufhebung des § 3 im Jahr 1965 waren auch Versammlungen unter freiem Himmel nur noch anzuzeigen. Der Verfassungsgerichtshof hatte sich jedoch nicht dazu geäußert, wie die Versammlungsbehörden zu verfahren haben, wenn die eine angezeigte Versammlung unter das Verbot des § 7 fällt. 1995 stellte der Verfassungsgerichtshof klar, dass solche Versammlungen innerhalb der Bannmeile bereits unmittelbar kraft Gesetzes verboten und damit absolut unstatthaft sind. Demnach seien sie nicht, wie in der Praxis bisher üblich, von den Behörden zusätzlich zu untersagen (§ 6), sondern entsprechende Anzeigen mit Bescheid zurückzuweisen.²⁶⁶ Dabei ist die 300-Meter-Zone von der Außengrenze des Gebäudes zu messen, in dem die gesetzgebende Körperschaft tagt.

Gleichzeitig prüfte und bejahte das Höchstgericht die Grundrechtsverträglichkeit dieses absoluten Versammlungsverbotes vor dem Hintergrund der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950, die in Art 11 die Versammlungs- und Vereinsfreiheit als Jedermannsrecht statuiert.²⁶⁷ Die Verfassungsrichter kamen zum Schluss, dass jede Versammlung unter freiem Himmel, die in unmittelbarer Nähe

²⁶² BR 269. Sitzung 07.11.1968, S. 6925–6933.

²⁶³ § 7 VersG (BGBl 98/1953 idF BGBl 98/1968).

²⁶⁴ ABI 20/1969.

²⁶⁵ Es wurde mit LGBl 14/1969 nur die Aufhebung der Kundmachung LGBl 33/1954 kundgemacht.

²⁶⁶ Vgl. bereits FESSLER 1981, S. 70; FESSLER/KELLER 1993, S. 54.

²⁶⁷ BGBl 210/1958.

einer zusammengetretenen gesetzgebenden Körperschaft stattfindet, uneingeschränkt „zumindest den Interessen der nationalen und öffentlichen Sicherheit und des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer“ widerstreite.²⁶⁸

2.6 In Österreich keine permanenten Sicherheitszonen

Im Dezember 2019 veröffentlichten die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages einen Sachstand zur Außensicherung der Gebäude ausgewählter nationaler Parlamente der Europäischen Union.²⁶⁹ Demnach gab es in Frankreich und im Vereinigten Königreich keine Sicherheitszonen, in Österreich und Spanien temporäre, in Deutschland, Belgien, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Rumänien und Tschechien waren permanente Sicherheitszonen eingerichtet. Die permanenten waren rechtlich unterschiedlich ausgebildet: Betretungsverbot (Italien Hauptplatz vor der Abgeordnetenkammer), permanentes Versammlungsverbot in einem bestimmten Umkreis (Griechenland 200 m, Portugal 100 m, Tschechien 100 m), Sicherheitszonen, in denen Versammlungen ausnahmsweise erlaubt werden können (Belgien, Deutschland), Sicherheitszonen ohne bestimmte Versammlungsbeschränkungen (Polen, Rumänien). In Spanien sind im Parlamentsgebäude Versammlungen nicht erlaubt.

In der Bundesrepublik Deutschland war das Versammlungsrecht bis zur Föderalismusreform 2006 Gegenstand konkurrierender Gesetzgebung. Seither können die Länder ein eigenes Versammlungsgesetz erlassen. Für Länder, die von dieser Gesetzgebungskompetenz nicht Gebrauch machen, gilt uneingeschränkt das Versammlungsgesetz des Bundes fort. Das Versammlungsgesetz 1953 verbot öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge innerhalb des „befriedeten Bannkreises“ der Gesetzgebungsorgane des Bundes oder der Länder sowie des Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ohne zeitlich Beschränkung.

²⁶⁸ VfSlg 14365/1995 (B 1495/94). Zum Grundrecht auf Versammlungsfreiheit vgl. BERKA/BINDER/KNEIHS 2019, S. 748–767 (Bannmeile kurz S. 764); BERKA 2021, S. 530–536 (ohne Erwähnung der Bannmeile).

²⁶⁹ WD 2019.

Das Weitere war durch Bannmeilengesetze des Bundes und der Länder zu bestimmen.²⁷⁰ Heute gilt diese Bestimmung noch für Länder, die kein eigenes Versammlungsgesetz verabschiedet haben.²⁷¹ Der Bund hat das Versammlungsverbot bei einer Neufassung 2008 in sein Gesetz über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes einbezogen.

Mit dem Bannmeilengesetz 1955 war der „*befriedete Bannkreis*“ in Bonn und in Karlsruhe jeweils durch Straßenzüge und Verbindungslinien konkret abgegrenzt, in Bonn weit gezogen worden.²⁷² In diesen Bannkreisen waren öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dauernd verboten. Von diesem Verbot konnte der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit den Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates bzw. dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Ausnahmen zulassen. 1999, anlässlich der Übersiedlung von Bonn nach Berlin, beschloss das deutsche Bundesparlament, eine Liberalisierung.²⁷³ Man wollte die Bevölkerung nicht mehr „verbannen“. Auch innerhalb der neue abgegrenzten „*befriedeten Bezirken*“ sind öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge weiterhin verboten. Ebenso ist es verboten, zu Versammlungen oder Aufzügen aufzufordern. Doch sind sie in Berlin und Karlsruhe zuzulassen, „*wenn eine Beeinträchtigung der Tätigkeit des Deutschen Bundestages und seiner Fraktionen, des Bundesrates oder des Bundesverfassungsgerichts sowie ihrer Organe und Gremien und eine Behinderung des freien Zugangs zu ihren in dem befriedeten Bezirk gelegenen Gebäuden nicht zu besorgen ist. Davon ist im Falle des Deutschen Bundestages und des Bundesrates in der Regel dann auszugehen, wenn die Versammlung oder der Aufzug an einem Tag durchgeführt werden soll, an dem Sitzungen der in Satz 1 genannten Stellen nicht stattfinden. Die Zulassung kann mit Auflagen verbunden werden.*“²⁷⁴ Das bedeutet ein entgegenkommendes Konzessionssystem bei generellem Schutz

²⁷⁰ § 16 Versammlungsgesetz vom 24.07.1953 (BGBl I 1953 S. 684 idF Bek BGBl 1978 I S. 1789 zgd BGBl 2005 I S. 969).

²⁷¹ § 16 Abs 1 Versammlungsgesetz (BGBl I 1953 S. 684 idF Bek BGBl 1978 I S. 1789 zgd BGBl 2020 I S. 2600): „Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind innerhalb des befriedeten Bannkreises der Gesetzgebungsorgane der Länder verboten. Ebenso ist es verboten, zu öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel oder Aufzügen nach Satz 1 aufzufordern.“

²⁷² Bannmeilengesetz vom 06.08.1955 (BGBl 1955 I S. 504 idF BGBl 1969 I S. 449). Vgl. DHB 2018.

²⁷³ Gesetz über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes vom 11.08.1999 (BGBl 1999 I S. 1818), nun Gesetz über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes vom 08.12.2008 (BGBl 2008 I S. 2366 idF BGBl 2020 I S. 1328).

²⁷⁴ § 3 Abs 1 Gesetz über befriedete Bezirke (BGBl 2008 I S. 2366 idF BGBl 2020 I S. 1328).

sämtlicher parlamentarischer Gremien während Sitzungen. Damit haben die Verfassungsorgane in den ersten Jahren gute Erfahrungen gemacht.²⁷⁵

Aufgeschreckt wurde Deutschland, als am 29. August 2020 am Rand von Demonstrationen gegen die Corona-Politik rechtsradikale Demonstranten Absperrgitter am Reichstagsgebäude in Berlin überwandern, lautstark die Treppe zum Besuchereingang hochstürmten und schwarz-weiß-rote Reichsflaggen schwenkten, bis sie von der Polizei zurückgedrängt werden konnten. 100 Jahre nachdem ein Sturm auf den Reichstag, zu dem KPD und USPD aufgerufen hatten, der 42 Tote und 142 Verletzte gefordert und eine Bannmeilenregelung zur Folge gehabt hatte.²⁷⁶ Die Bannmeile war wieder in aller Munde. Ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen forderte auch an Tagen ohne Parlamentsbetrieb ein Demonstrationsverbot.²⁷⁷ Als Greenpeace-Aktivisten im Monat zuvor auf das Dach gelangt waren, um aus Protest gegen das Kohleausstiegsgesetz Transparente zu entrollen, hatte sich die Empörung in Grenzen gehalten.²⁷⁸

Beim Maximilianeum in München waren Greenpeace-Aktivisten 2009 bei einer ähnlichen Aktion festgenommen worden. Ihnen drohten auch Strafen wegen Verstoßes gegen das neue Versammlungsgesetz.²⁷⁹ Der Landtag hat 2008 seinen befriedeten Bezirk im Bayerischen Versammlungsgesetz geregelt. Innerhalb dieses Bezirks sind Versammlungen unter freiem Himmel permanent verboten, ebenso die Aufforderung dazu. Nicht verbotene Versammlungen können innerhalb des befriedeten Bezirks zugelassen werden; allerdings ohne schon im Gesetz selbst Zugeständnisse zu machen.²⁸⁰

Aus föderaler Sicht stellt sich die Frage, weshalb nicht auch im Bundestaat Österreich die Landtage im Rahmen des Versammlungsrechts wenigstens den eigenen Schutz selbst gesetzlich regeln können.

²⁷⁵ Vgl. DHB 2018, Berichte 1999 bis 2002 und 2002 bis 2006.

²⁷⁶ Zur Bannmeilenproblematik im Berlin der Zwischenkriegszeit interessant und amüsant OTTO 2020.

²⁷⁷ Die Welt 31.08.2020, S. 1, zitiert Konstantin von Notz, Bündnis 90/Die Grünen; vgl. auch Die Welt 31.08.2020, S. 4 (Thomas VITZTHUM: Die gefährliche Legende vom „Sturm“); Die Welt 01.09.2020, S. 1.

²⁷⁸ Vgl. Die Welt 08.09.2020, S. 5 (Interview mit Wolfgang Kubicki, FDP, dem Vorsitzenden des Ältestenrats des Bundestags). Der Ältestenrat des Bundestages sprach sich gegen rasche Änderungen aus (FAZ 04.09.2020, S. 4).

²⁷⁹ SZ 09.04.2009, S. 51.

²⁸⁰ Art 17 bis 19 Bayerisches Versammlungsgesetz vom 22.07.2008 (GVBl S. 421, zgd GVBl 2021).




CORONAVIRUS

17 Anzeigen bei Demo gegen CoV-Maßnahmen

Die Polizei hat bei der Demo gegen die CoV-Maßnahmen vor dem Landhaus in Bregenz 150 Menschen kontrolliert und 17 Anzeigen durchgeführt. Nach Angaben der Polizei nahmen am Mittwochmittag 700 Menschen an der Versammlung teil.

2. Dezember 2021, 6.05 Uhr

Teilen 

Die Polizei führte die Kontrollen während und nach der Versammlung durch. Die Demonstration sei friedlich verlaufen, so die Polizei.

ORF Vorarlberg



Abbildung 31: Demonstration vor dem Landhaus am 2. Dezember 2021.
(vorarlberg.orf.at 02.12.2021)

2.7 „Freies Bodenseeufer“ bis „Freitag für Freiheit“

Rund um das Bundesparlament in Wien behielt die Bannmeile praktische Bedeutung. So wurde sie im Februar 2000 aus Anlass der Nationalratssondersitzung, bei der sich die neue ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung vorstellte, von der Polizei vorsorglich sogar mit Tretgittern abgegrenzt.²⁸¹ Auch bei sonstigen Demonstrationen achteten die Sicherheitskräfte auf die Einhaltung der Verbotszone.²⁸²

Vereinzelt wurden auch Demonstrationen im Umkreis von Landtagen untersagt oder aufgelöst; so in Klagenfurt,²⁸³ in Wien²⁸⁴ oder in Graz,²⁸⁵ wo es Studenten 1996 gelang, den Landtagssitzungssaal zu besetzen.²⁸⁶ Auch die Flüchtlingskrise 2015 berührte die Bannmeile. Um vor einer von der FPÖ beantragten Sondersitzung des Steiermärkischen Landtags ein Zeichen zu setzen, versammelten sich rund 500 Menschen, unter ihnen Politiker der SPÖ und der Grünen, um eine halbe Stunde bis Sitzungsbeginn und Inkrafttreten des Versammlungsverbots zu demonstrieren.²⁸⁷

Seit den 1990-er Jahren spielen für die Kommunikation und Organisation von Protesten „Soziale Medien“ eine zunehmend wichtige Rolle. Sie ermöglichen es, sich leicht und schnell im Internet zu vernetzen. 2003 schwappte die zunächst unpolitische Flashmob-Welle auf Europa über: Mit Mobiltelefonen und Internet werden kurze, scheinbar spontane Menschaufläufe auf öffentlichen oder halböffentlichen Plätzen organisiert, bei dem die Teilnehmer einander nicht persönlich kennen und ungewöhnliche Dinge tun. Inzwischen werden Flashmobs jedoch zielgerichtet auch mit politischen, sozialen oder weltanschaulichen Botschaften verbunden (Smart Mobs). Gelegentlich wird auch die parlamentarische Bannmeile bewusst missachtet. So wurde in Klagenfurt 2012 vor einer Sondersitzung des Landtags ein Flashmob behördlich aufgelöst. Die Bundespolizeidirektion sah sich veranlasst, über die Bannmeile aufzuklären.²⁸⁸ In Wien sah man das

²⁸¹ APA 08.02.2000.

²⁸² Z. B. Studenten 1987, 1996, 2003 (APA 26.11.1987, APA 13.03.1996, APA 30.11.2004), Schüler 2000 (APA 05.12.2000), Gewerkschaft 2000, 2003 (APA 05.12.2000, APA 22.10.2003), Besuch von US-Präsident George W. Bush 2006 (APA 22.06.2006), Asylwerber und Aktivisten 2013 (APA 24.09.2013).

²⁸³ Z. B. Anti-FPÖ-Demonstration 2000 (APA 08.06.2000).

²⁸⁴ Gegner des Nationalparks Donau-Auen vor den niederösterreichischen Landtag (APA 05.12.1995).

²⁸⁵ Gedenkmarsch für Opfer der NS-Diktatur (APA 05.04.1995).

²⁸⁶ APA 25.04.1996.

²⁸⁷ APA 07.09.2015.

²⁸⁸ APA 01.08.2012.



Abbildung 32 bis 39: Demonstration der Bürgerinitiative „Freies Bodenseeuf“ vor dem Landesregierungsgebäude am 24. Jänner 1969.
 (Foto Oskar Spang. Vorarlberger Landesbibliothek)

zeitweise gelassener. Als 2012 zu einem Flashmob während einer Nationalratssitzung aufgerufen wurde, weil Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) nicht vor den Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen geladen wurde („Inseratenaffäre“), schaute ein Polizeiaufgebot zu.²⁸⁹ Ebenso 2014, als mit den Grünen eine im Nationalrat vertretene Partei einen Flashmob für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Hypo Alpen Adria bewarb. Mandatäre mischten sich jovial unter die Demonstranten.²⁹⁰ Schluss mit lustig ist, seit die COVID-19-Pandemie oder Corona(Virus)-Pandemie, die im Frühjahr 2019 Österreich erreichte, zunehmend von demonstrierenden, zum Teil radikalen Maßnahmegegnern begleitet wird. Als im Dezember 2021 in Social Media-Kanälen zu einer Demonstration am Rande der Landtagssitzung in Innsbruck aufgerufen wurde, kündigte die Polizei einen verstärkten Einsatz zur Überwachung des Versammlungsverbots und mögliche Strafen bis 720 Euro an.²⁹¹

Vorarlbergs Zivilgesellschaft war schon seit „Fußach“ (Schiffstau) 1964/65 und „Rüthi“ (thermisches Kraftwerk) 1965 demonstrationserprobt. Auch das Landhaus wurde zum Ziel von Protestzügen und Schauplatz von Kundgebungen. Das war am Abend des 24. Jänner 1969 besonders heftig der Fall, als das Aktionskomitee „Freies Bodenseeufer“ mit 5.000 aufgebrachten Bürgerinnen und Bürgern einmal mehr gegen die geplante Unterflurtrasse der Autobahn im Raum Bregenz demonstrierte.²⁹² Die zum Teil drastische Wortwahl auf mitgeführten Transparenten zeugt von einer Radikalisierung: *„DENKT AN FUSSACH“*, *„Faules Obst dem Landespropst“*, jenseitig *„Nieder mit der Diktatur“*, *„KESSLER ANS MESSER“* [SS jeweils mit doppelter Siegrune der SS], als Gruß an die „Vorarlberger Nachrichten“ *„Muß jeder Vorarlberger nach einer RUßigen Pfeife tanzen?“* (Abb. 32 bis 39) Landeshauptmann Herbert Keßler (ÖVP) (1925 bis 2018) habe, *„die Reden einschließlich heftiger Pfuirufe und Pfeifkonzerte gegen ihn, Landesrat Müller und Bürgermeister Dr. Karl Tizian von seinem Schreibtisch aus verfolgen können, da sie mit Hilfe von Lautsprechern verstärkt worden waren“* meldete die „Austria Presse Agentur“. Keßler war nicht ausgewichen. Gemeinsam mit dem Straßenbaureferenten

²⁸⁹ APA 19.09.2012 (2 Meldungen); WZ 20.09.2012, S. 10; NVT 20.09.2012, S. 4–5.

²⁹⁰ APA 25.02.2014: *„Zahlenmäßig gut vertreten beim ‚Flashmob‘ waren die Grünen, allen voran Finanzsprecher Werner Kogler.“*

²⁹¹ APA 14.12.2021. Gleichzeitig gingen Morddrohungen gegen Mitglieder der Landesregierung ein (APA 15.12.2021).

²⁹² APAi135 22.01.1969, APAi265 24.01.1969 (Zitat; gemeint war Straßenbaureferent Landesrat Martin Müller (1915 bis 1989)), APAi281 24.01.1969, APAi292 24.01.1969, APAi83 29.01.1969.

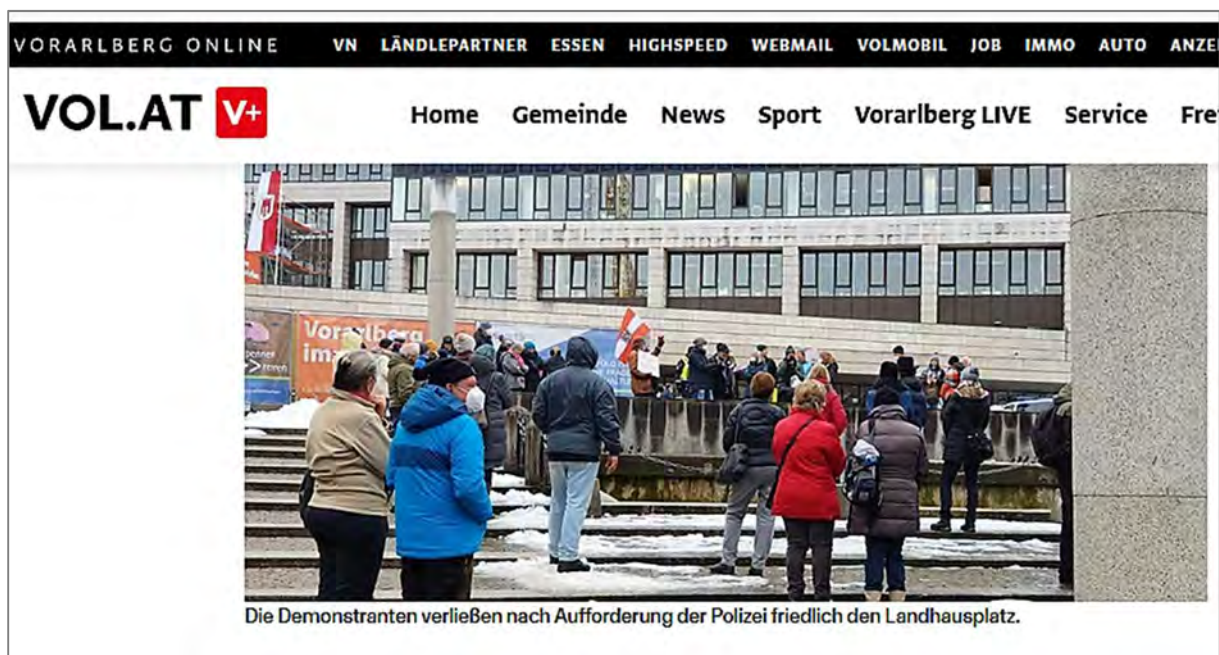


Abbildung 40: „Wegen Bannmeile: Demo vor dem Landhaus friedlich aufgelöst“.
Links oben die Baustellen-Landtagsfahne.
 (vol.at 15.12.2021)

Martin Müller (1915 bis 1989) nahm er vom Vertreter der Bürgerinitiative Josef Kinzel in seinem Büro eine Resolution entgegen.²⁹³ Mit den Jahren folgten weitere Demonstrationen, nicht selten am Samstagnachmittag.²⁹⁴

²⁹³ APAi135 22.01.1969, APAi265 24.01.1969, APAi281 24.01.1969, APAi292 24.01.1969, APAi83 29.01.1969. Zum Unterflurprojekt vgl. KEßLER 1995, S. 288–295.

²⁹⁴ Z. B. Arbeiterkammer und Österreichischer Gewerkschaftsbund gegen Ladenschlussverordnung 1973 (APA 30-04.1973), Anti-Abfangjäger-Aktionskomitee 1985 (APA 06.05.1985), Anti-Waldheim-Demonstration 1988 (APA 05.03.1988), „Anti-Fascho-Demo“ 1990 (APA 07.07.1990), Aktionsgemeinschaft für Frieden im Nahen Osten (APA 26.01.1991), Türkische Frauen gegen Ausländergesetze (APA 07.03.1992), Jugendorganisationen gegen Ausländerfeindlichkeit (APA 05.06.1993), Serben gegen NATO (APA 13.03.1999), „Omofuma-Demonstration“ 1999 (APA 06.06.1999), Kurden 2001 (APA 17.02.2001), Grenzgänger 2001 (APA 24.04.2001), Sozialistische Jugend gegen Irak-Krieg 2003 (APA 15.02.2003), Ärzte gegen Gesundheitsreform 2008 (APA 03.06.2008), Schüler für zusätzliche Bildungsmilliarde 2009 (APA 20.04.2009), gegen Anti-Piraterie-Abkommen ACTA (VN 08.02.2012), Plattform reformpädagogischer Initiativen (VN 25./26.05.2013), Kurden 2014 (APA 11.10.2014), Umbrella-March 2014 (VN 19./20.06.2014, S. A8), Umbrella-March 2015 (VN 18.06.2015, S. A8; VN 20./21.06.2015, S. A8), für gerechte Pensionen für Frauen 2017 (APA 17.05.2017), Elternverein gegen die Auflösung des Pädagogischen Förderzentrums Feldkirch (VN 07.12.2019, VN 10.12.2019), Tierschützer gegen Tiertransporte 2021 (APA 10.09.2021), Netzwerk „Volksabtimmen über Volksabtimmen“ für direkte Demokratie 2021 (VN 15.11.2021).



Abbildung 41: Der gelb markierte Bereich wird seit Dezember 2021 als Zugang zum Landhaus durch Abspermaßnahmen und Polizeipräsenz bestmöglich freigehalten.
(Amt der Vorarlberger Landesregierung)

Mit der internationalen Bewegung „Fridays for Future“, Schulstreiks gegen Klimawandel, wurde der Landhausvorplatz ab 2019 regelmäßig zur Bühne umweltpolitischer Kundgebungen. Im September 2009 gingen 4.000 auf die Straße.²⁹⁵ Freitagdemos könnten sich nur ausnahmsweise mit Landtagssitzungen überschneiden. Das Plenum tagt regelmäßig an einem Mittwoch. Die Sitzungen werden zum Teil am Donnerstag fortgesetzt, Budgetsitzungen mitunter zusätzlich am Freitag.

„Freitag für Freiheit“ statt „Fridays for Future“. Die Coronapandemie hat seit dem Frühjahr 2020 auch in Vorarlberg häufige bis regelmäßige Demonstrationen von Maßnahmegegnern zur Folge, die in Bregenz am Landhaus vorbeiführen oder beim Landhaus stattfinden. Die Veranstalter sind einander nicht grün. Im Unterschied zu Wien oder Innsbruck treten keine prominente Politiker der FPÖ als Wortführer auf, zum Teil aber ehemalige Funktionäre und Mitglieder.²⁹⁶

²⁹⁵ APA 15.03.2019, VN 28.09.2019 (4000 demonstrieren für den Klimaschutz), VN 30.11.2019, VN 20.3.2021, APA 24.09.2021.

²⁹⁶ Vgl. VN 16.12.2021, S. A3 (Knatsch unter Demonstranten); VN 17.12.2021, S. A6 (Bruchlinie in der Demoszene); VN 18.12.2021, S. A3 (Demo-Anführer kein unbeschriebenes Blatt).

Dazu zählen Initiatoren einer im Mai 2020 gegründeten, rechtsgerichteten „Freien Bürgerpartei Österreich“ mit Sitz in Göfis, die, wie die FPÖ, die 1848-er-Tradition, historisch nicht wirklich sattelfest, für sich in Anspruch nimmt und seit November 2020 mit dem Logo „FREITAG FÜR FREIHEIT / KOMPROMISSLOSER WIDERSTAND!“ für ihre Demonstrationen vor dem Landhaus gegen eine angebliche „Corona-Diktatur der Türkis- Grünen Bundesregierung“ wirbt: „DEMOKRATIE RETTEN – IMPFFASCHISMUS BEENDEN!“.²⁹⁷

Als sich am Mittwoch, 15. Dezember 2021, während einer Landtagsitzung rund 120 Personen vor dem Landhaus versammelten, um gegen die Maßnahmen zu demonstrieren, wurde die Versammlung von der Polizei friedlich aufgelöst (Abb. 40).²⁹⁸

Ab Dezember 2021 wurde den Demonstranten die Zufahrt zur Tiefgarage verwehrt und die Kundgebungsfläche vor dem Landhaus, die bereits durch eine Baustelleneinrichtung beschränkt war, im Interesse der Sicherheit durch eine Rettungszufahrt verkleinert (vgl. Abb. 31 und 41).²⁹⁹

2.8 Schutz parlamentarischer Enqueten

Als 1984 Naturschützer eine Demonstration vor dem Landhaus ankündigten, erklärte Landtagspräsident Martin Purtscher eine Enquete des Landtags zum Thema „Zweckdienliche Maßnahmen gegen das Waldsterben“ zu einer Landtagssitzung, um den Bannkreis zu aktivieren. Eingeladen waren nur Abgeordnete, Regierungsmitglieder, National- und Bundesräte, Beamte, die referierenden Experten (Abb. 42). Die Öffentlichkeit werde durch die gleichfalls eingeladenen Medienvertreter sichergestellt.³⁰⁰ Die Aktionsgemeinschaft „Stopp dem Waldsterben“ musste am 18. Jänner mit ihrer Kundgebung auf den Kornmarktplatz ausweichen.³⁰¹

²⁹⁷ www.freiebuergerpartei.at (22.01.2022). Unter „Unser Bekenntnis“: „Die FBP Österreich bekennt sich zur Verfassung der Republik Österreich, deren Schaffung 1848 auf den Straßen unseres Landes erkämpft wurde.“ Das B-VG 1920 auf 1848 zurückzuführen, ist denn doch etwas gewagt. Zur FBP vgl. Berichte Anm. 295, zudem VN 10.07.2020, S. A7; VN Heimat Feldkirch 18.09.2020, S. B1; VN 05.05.2021, S. A3; VN 02.08.2021, S. A5; VN 28./29.08.2021, S. A9; VN 10.11.2021, S. A4; VN 13.11.2020, S. A3; APA 19.11.2021; VN 27.11.2021, S. A3.

²⁹⁸ vol.at 15.12.2021 (www.vol.at/wegen-bannmeile-demo-vor-dem-landhaus-friedlich-aufgeloest/7229796); VN 16.12.2021, S. A3; NVT 16.12.2021, S. 16.

²⁹⁹ VN 04.12.2021, S. A8 (Demonstration und Kontrollen).

³⁰⁰ APA 11.01.1984. Vgl. VN 12.01.1984, S. 5.

³⁰¹ VN 19.01.1984, S. 4 (Kundgebung außerhalb der ‚Bannmeile‘).



Abbildung 42: Martin Purtscher präsidiert am 18. Jänner 1984 die „geschützte“ Landtagsenquete im Montfortsaal des Landhauses.

(Foto Helmut Klapper. Vorarlberger Landesbibliothek)

Abgesehen von der Frage, wie das Geschäftsordnungsmanöver mit der Landesverfassung in Einklang zu bringen war,³⁰² wirft dieser Fall die Frage auf, ob § 7 Versammlungsgesetz nur dann gilt oder gelten darf, wenn die Parlamente Plenarsitzungen abhalten?

„Während der Nationalrat, der Bundesrat, die Bundesversammlung oder ein Landtag versammelt ist [...]“ Konsultierte Gesetzesmaterialien zum Versammlungsgesetz, Judikatur und Kommentare geben keine nähere Auskunft. Was den Vorarlberger Landtag betrifft, spricht die Geschäftsordnung auf den ersten Blick

³⁰² Art 19 Abs 2 LV (NK LGBI 1/1970) bestimmte, dass die Öffentlichkeit nur ausgeschlossen werden kann, *„wenn es vom Vorsitzenden oder von einem Fünftel der anwesenden Mitglieder verlangt und vom Landtag ohne Zuhörer beschlossen wird“*. Es wäre also auch nach damaliger Rechtslage ein Landtagsbeschluss notwendig gewesen. Die Enquete fand nicht im Sitzungsaal, sondern im weit kleineren Montfortsaal statt. Es wäre denkbar, dass die Öffentlichkeit gar nicht ausgeschlossen werden musste, weil die für sie bestimmten Sitzplätze für Medienvertreter reserviert wurden. Bei beschränkten Raumkapazitäten ist eine Bevorzugung von Medienvertretern verfassungskonform (VfSlg 13577).

nur für einen Schutz der Plenarsitzungen. § 32 regelt deren „Öffentlichkeit“, Absatz 6 bestimmt:

*„Während der Sitzungen des Landtages ist beim Landhaus eine das Landeswappen tragende Fahne zu hissen. Das während dieser Zeit geltende Versammlungsverbot richtet sich nach § 7 des Versammlungsgesetzes 1953.“*³⁰³

Parlamentarische Enqueten waren nicht geregelt. Sie fanden erst im Juli 1984 im Rahmen einer großen Reform Eingang in die Geschäftsordnung, und zwar im 6. Abschnitt „Sitzungen des Landtages“, § 52 Abs 1:

„Der Landtag kann in Angelegenheiten seines Wirkungsbereiches zur Information der Abgeordneten parlamentarische Enqueten abhalten. Er kann dazu Sachverständige, Auskunftspersonen und Interessenvertreter einladen und schriftliche Äußerungen einholen. Der Kreis der Teilnehmer und der Zuhörer ist durch den Präsidenten nach Anhörung des erweiterten Präsidiums festzulegen, wobei einer Landtagsfraktion, über deren Antrag oder Anregung die Enquete durchgeführt wird, das Recht zusteht, eine Person namhaft zu machen, die als Referent oder Referentin teilnimmt. [...] Für parlamentarische Enqueten gelten nur der § 32 Abs. 6 [sic!] und die §§ 42 bis 44 dieses Abschnittes,³⁰⁴ die sinngemäß anzuwenden sind. [...]“

Die Geschäftsordnungsreform wurde ohne Plenardebatte beschlossen.³⁰⁵ In parlamentarische Enqueten dürfen keine Beschlüsse gefasst werden. Den Kreis der Zuhörer legt der Präsident fest, Enqueten sind damit nicht grundsätzlich öffentlich. Vorberatende Ausschüsse und Untersuchungsausschüsse des Landtags fassen Beschlüsse. Ausschusssitzungen sind zwar grundsätzlich nicht öffentlich. Im Unterschied zu Enqueten kann aber seit 1984 jeder Ausschuss mit zwei Drittel die Öffentlichkeit der Sitzung beschließen (§§ 26 Abs 1, 55a Abs 7 GOLT),³⁰⁶ abgesehen vom Volksanwaltschaftsausschuss (§ 26 Abs 4 GOLT).³⁰⁷ Weshalb sollen

³⁰³ GOLT 1973 (LGBI 11/1973 idF LGBI 40/1994, 37/1998, 24/1999, 35/2000, 55/2007, 53/2012, 88/2012, 40/2014, 45/2016).

³⁰⁴ § 42: Redeordnung, § 43: Anträge auf Geschäftsbehandlung, § 44: Ordnungsbestimmungen, Unterbrechung der Sitzung.

³⁰⁵ 23. VLT 6. Sitzung 11./12.07.1984, S. 317–318; Vorlage Rechtsausschuss Blg 23/1984. Die Vorlage enthält keine Erläuterung. Die Erläuterungen des Landtagspräsidenten Martin Purtscher als Berichterstatter zu den Enqueten (S. 313, 317) sind für unsere Frage unergiebig.

³⁰⁶ §§ 26 Abs 1, 55a Abs 7 GOLT 1973 (LGBI 11/1973 idF LGBI 36/1984). Auf diese Änderung ging der Berichterstatter nicht ein (23. VLT 6. Sitzung 11./12.07.1984, S. 317).

³⁰⁷ Möglich ist eine Öffentlichkeit jedoch für Sitzungen, in denen der Jahresbericht des Landesvolksanwaltes vorberaten wird. Vgl. zuletzt SCHNEIDER UA 2014, zu § 26 Abs 1 GOLT.

Enqueten durch eine Bannmeile geschützt werden, Sitzungen vorberatender und Untersuchungsausschüsse dagegen nicht? Wenn doch das Versammlungsverbot den Sinn haben soll, „die Mitglieder des Landtages keiner Form von Einschüchterung auszusetzen.“³⁰⁸ Man kann argumentieren, dass zur Teilnahme an Enqueten wie zu Plenarsitzungen *alle* Abgeordneten verpflichtet sind und (nur) damit „*ein Landtag versammelt ist*“ (§ 7 VersG).³⁰⁹ Freilich sind *alle* Abgeordneten auch verpflichtet, an anderen Veranstaltungen des Landtages, wie Fest- und Trauerkundgebungen oder Exkursionen teilzunehmen,³¹⁰ auf die die für Landsitzungen gelten Bestimmungen ausdrücklich nicht Anwendung finden sollen (§ 52 Abs 2 GOLT).

Wie auch immer: Der Vorarlberger Landtag nimmt seit 1984 für seine parlamentarischen Enqueten ausdrücklich das absolute Demonstrationsverbot für sich in Anspruch. Ob das mit dem Versammlungsgesetz vereinbar ist, hätte zunächst die Sicherheitsdirektion als Versammlungsbehörde zu entscheiden, sofern entsprechende Veranstaltungen angemeldet werden oder unangemeldet aufzulösen wären; über Beschwerden das Landesverwaltungsgericht.

2.9 „Die Sitzungen des Landtages sind öffentlich“

Die Sitzungen des Landtags sind gemäß Verfassung öffentlich.³¹¹

Mit dem Einzug grünalternativer Abgeordneter in den Vorarlberger Landtag im Oktober 1984, wurde der Landtag für einige Jahre auch durch Aktionismus „belebt“. Vor der dreitägigen Budgetsitzung im Dezember 1985 rief eine alternative „Privilegienabbaukommission der Vorarlberger Bevölkerung“ dazu auf, in Anbetracht des Demonstrationsverbots während Landtagssitzungen durch zahlreiche

³⁰⁸ BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2004, BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2007, BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2009 und SCHNEIDER UA 2014, zu § 32 Abs 6 GOLT.

³⁰⁹ § 5 Abs 1 GOLT. Für diese Argumentation danke ich Landtagsdirektorin Borghild Goldgruber-Reiner.

³¹⁰ Vgl. SCHNEIDER UA 2014, zu § 5 Abs 1 GOLT.

³¹¹ Art 24 Abs 1 LV; Art 96 Abs 2 iVm Art 32 B-VG.

Anwesenheit bei der Sitzung des Landtags ihren Protest gegen die geplante Erhöhung der Parteienfinanzierung zu demonstrieren.³¹² Statt „Druck der Straße“ „Druck der Galerie“?

In der Bannmeile sind nur Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Aber sind Versammlungen auf der Besuchergalerie im Landtagssitzungssaal erlaubt? Können wir im vorliegenden Fall überhaupt von einer Versammlung ausgehen?

Der Verfassungsgerichtshof wertet eine Zusammenkunft mehrerer Menschen (nur) dann als Versammlung im Sinn des Versammlungsgesetzes, wenn sie in der Absicht veranstaltet wird, die Anwesenden zu einem gemeinsamen Wirken (Debatte, Diskussion, Manifestation usw.) zu bringen, sodass eine gewisse Assoziation der Zusammengekommenen entsteht.³¹³ In unserem Fall stellte sich die Frage, ob ein Protest allein durch (zahlreiche) Anwesenheit als Manifestation zu werten wäre. Dem Aufruf sollen nur rund 30 Personen gefolgt sein. Soweit die Zuschauerplätze nicht bereits durch angemeldete Schulklassen besetzt waren, konnten sie auf der Galerie Platz nehmen. Zu Störungen kam es nicht.³¹⁴ Sehen wir vom Abgeordneten Kaspanaze Simma ab, der aus Protest darüber, dass die Debatte über die Parteienfinanzierung auf die Gebarung der Fraktion Alternative Liste/Vereinte Grüne Österreichs umgeleitet wurde, die Schuhe auszog und sich mit Käse, Brett und Messer in der Mitte des Landtagskreises niederließ.³¹⁵

Dass Gruppen durch Anwesenheit auf der Zuschauergalerie ihrem Interesse an einer bestimmten Erledigung eines Geschäfts Nachdruck verleihen, kommt immer wieder einmal vor, auch in Uniform³¹⁶ (was Landtagsabgeordneten seit 1963 verboten ist).³¹⁷ Das gehört zu einem öffentlichen Landtag dazu. (Auch in einem

³¹² APA 10.12.1985. Hier wird Dieter Macek als Sprecher der Alternativ-PAK zitiert. Laut APA 14.07.1985 gehörte Kaspanaze Simma sowohl der im Frühjahr 1985 vom erweiterten Präsidium des Vorarlberger Landtages berufene Privilegienkommission als auch der selbsternannten Privilegienabbaukommission an.

³¹³ VfSlg 14366 (B 2229/94) mit zahlreichen Verweisen zurück bis VfSlg 4586/1963.

³¹⁴ APA 12.12.1985. Dagegen. VN 13.12.1985, S. 3 (mit Foto): „Die Zuschauergalerie war gestern mit Schulklassen wohlgefüllt, so daß für die angesagten Demonstranten gegen die beschlossene kräftige Anhebung der Parteienfinanzierung kein (Sitz-)Platz frei war.“

³¹⁵ 24. VLT 9. Sitzung 12./13./14.12.1985, S. 510 u. 513–518.

³¹⁶ Ich erinnere mich, wie 1990 die Zuschauergalerie dicht mit uniformierten Funktionären und Mitgliedern des Roten Kreuzes besetzt war, als der Landtag mit der Novellierung des Rettungsgesetzes die Finanzierung der Rettungsorganisationen auf eine neue Basis stellte, wobei das Rote Kreuz kein Interesse daran hatte, dass auch der Arbeiter-Samariterbund vom Rettungsfonds profitieren könnte (25. VLT 8. Sitzung 10.10.1990, S. 526–542).

³¹⁷ § 5 Abs 3 GOLT 1932 (LGBl 24/1932 zgd LGBl 5/1963): „Das Betreten des Landtages in Uniform ist unstatthaft.“ Zur Begründung 19.VLT 1. Sitzung 11.03.1963, S. 13. GOLT 1973 (LGBl 11/1973 zgd LGBl 45/2016): „In Uniform ist die Teilnahme an Sitzungen des Landtages unzulässig.“ APA 18.10.1961.

Land, in dem ein legendäres Rathaus auf der Bezegg idealisiert wird.)³¹⁸ Darüber hinaus dürfen Besucher – in der Geschäftsordnung traditionell als „Zuhörer“ bezeichnet – während einer Sitzung selbstverständlich keinen Einfluss ausüben, „keine aktive Rolle spielen.“³¹⁹ Das bedeutet im Ergebnis ein absolutes Versammlungsverbot im Sitzungssaal. Die entsprechende Ordnungsbestimmung (§ 44 Abs 7 GOLT 1973) wurde seit 1919 nicht wesentlich geändert:

„Wenn Zuhörer die Beratungen stören oder gar die Freiheit derselben beeinträchtigen, hat der Präsident nach vorausgegangener fruchtloser Mahnung die Ruhestörer aus dem Sitzungssaale entfernen oder den Zuhörerraum räumen zu lassen. Die Entfernung der Zuhörer erstreckt sich auf die Berichterstatter von Presse, Hörfunk und Fernsehen nur dann und insoweit, als sie an der Ruhestörung beteiligt sind. Bei Fortsetzung der Sitzung ist Zuhörern der Eintritt nicht mehr gestattet.“

Kommentatoren führen eine Vielfalt an Tatbeständen ins Treffen: „Zwischenrufe, Beifalls- oder Missfallensäußerungen der Zuhörer sind nicht erlaubt.“³²⁰ Eine Störung kann aber auch im Entrollen von Transparenten, demonstrativen Verteilen von Esswaren auf der Galerie, Werfen von Gegenständen ins Plenum, Tragen von Kleidern mit politischen Parolen u.a. bestehen.“³²¹

Zu den Neuerungen von 1919 gegenüber der Geschäftsordnung 1863 hatte die Privilegierung der Berichterstatter der Presse gehört.³²² Nun wurde sie ausdrücklich auf den Rundfunk erweitert. Diese Bevorzugung wird zur Wahrung der Pressefreiheit, mehr noch der Meinungs-, Informations- oder Kommunikationsfreiheit (Art 10 EMRK, Art 13 StGG),³²³ zu verstehen sein. Aber widerspricht es nicht

³¹⁸ Im Landtag beginnend mit Jodok Fink anlässlich einer Wehrvorlage der k. k. Regierung 1895: „Die Bregenzerwälder haben ihr[e] Verhandlungen nicht unter Hochdruck geführt, sondern sie sind auf die Bezegg hinaufgegangen, zwischen die Wälder hinein und haben dort in einem abseits stehenden Bretterhause ganz allein ihre Verhandlungen geführt und zwar so allein, dass, wenn sie in die oberen Gemächer hinaufgestiegen waren, sie die Leiter wegziehen ließen, damit Niemand zu ihnen kommen könne. Sie wollten von Niemanden beeinflusst ihre Beschlüsse fassen und das halte ich heute noch hoch“ (7. VLT 5. Session 12.02.1895, S. 514).

³¹⁹ BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2004, BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2007, BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2009, SCHNEIDER UA 2014, zu § 44 Abs 7 GOLT.

³²⁰ Bis 1973 enthielt noch der entsprechende Paragraph selbst die Bestimmung, dass sich Zuhörer „jeder Aeußerung zu enthalten haben“ (§ 37 Abs 2 GOLT 1932 idF LGBl 6/1955, LGBl 5/1963, 12/1963). Vgl. schon § 21 GOLT 1919.

³²¹ Wie Anm. 318.

³²² § 7 Abs 2 GOLT 1863: „Der Vorsitzende sorgt für die Ordnung in der Versammlung und hat das Recht im Falle einer Störung die Sitzung zu unterbrechen und auch aufzuheben, Ruhestörer entfernen und im äußersten Falle auch die Zuhörerplätze räumen zu lassen.“

³²³ Art 10 Abs 1 EMRK (Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, BGBl 210/1958 zgd BGBl III Nr. 68/2021): „Jedermann hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit



Abbildung 43: Landtagssitzung im alten Sitzungsaal am 14. Dezember 1977.
(Foto Helmut Klapper. Vorarlberger Landesbibliothek)

der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein.“ – Art 13 StGG: „[1] Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern. [2] Die Presse darf weder unter Censur gestellt, noch durch das Concessions-System beschränkt werden. Administrative Postverbote finden auf inländische Druckschriften keine Anwendung.“



Abbildung 44: erste Landtagssitzung im neuen Sitzungsaal am 11. November 1981.
(Foto Helmut Klapper. Vorarlberger Landesbibliothek)

dem Gleichheitsgebot, wenn andere Zuhörer, die nicht an der Ruhestörung beteiligt waren, von der fortgesetzten Sitzung ausgeschlossen bleiben sollen?

Eine Bestimmung eines Tiroler Landesverfassungsgesetzes über Untersuchungsausschüsse: *„Die Sitzungen von Untersuchungsausschüssen sind insoweit öffentlich, als bei Beweiserhebungen nach § 2 Abs 1 Medienvertretern der Zutritt zur Sitzung offensteht“* – hat der Verfassungsgerichtshof 1993 wegen Verstoßes gegen Art 7 Abs 1 B-VG (Gleichheitssatz) sowie gegen Art 10 Europäische Menschenrechtskonvention (Informationsfreiheit) als verfassungswidrig aufgehoben. Das Höchstgericht erkannte an, dass die aus Art 10 EMRK erfließenden Rechte sich im Hinblick auf den höheren Informationsbedarf der Presse im Besonderen im Medienbereich auswirken und daher eine die Medien besonders schützende oder begünstigende Regelung nicht von vorneherein unzulässig sei. Es wäre gerechtfertigt, Medienvertretern bei Beschränktheit der räumlichen Möglichkeiten einen Vorrang beim Zutritt zu öffentlichen Sitzungen einzuräumen.³²⁴ Der Gesetzgeber sei aber nicht berechtigt, andere Personen von einem parlamentarischen Vorgang, den er grundsätzlich der Öffentlichkeit zugänglich macht, völlig auszuschließen;³²⁵ also von vornherein auf eine mittelbare, mediatisierte Öffentlichkeit zu beschränken.

1973 wurde in der Geschäftsordnung der technischen Entwicklung und damit auch den neuen Medien Hörfunk und Fernsehen mit einer einschränkenden Bestimmung Rechnung getragen (§ 44 Abs 8 GOLT): *„Ton- und Bildaufnahmen im Landtag bedürfen der Bewilligung des Präsidenten. Der Präsident kann die Bewilligung widerrufen, wenn der Landtag den Ausschluss der Öffentlichkeit beschließt oder wenn sich zeigt, dass durch die Bild- oder Tonaufnahmen die Freiheit der Beratungen des Landtages beeinträchtigt wird.“*

Im 1981 bezogenen Sitzungssaal des Vorarlberger Landtags steht Medienvertretern, der erheblich erweiterten Besuchergalerie gegenüberliegend, eine Journalistenbank zur Verfügung. Dahinter schließt ein Rundfunkstudio an (vgl. Abb. 44).

2014 wurde das Recht des Präsidenten geregelt, Sitzungen unter anderem aus Gründen der Gesundheit und Sicherheit unterbrechen (§ 44 Abs 9 lit c GOLT),³²⁶

³²⁴ Z. B. § 37a Abs 1 Geschäftsordnungsgesetz 1975 (BGBl 410/1975 zgd BGBl I 178/2021): *„In öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse des Nationalrates wird der Öffentlichkeit nach Maßgabe der räumlichen Möglichkeiten, unter Bevorzugung von Medienvertretern, Zutritt gewährt.“*

³²⁵ VfSlg 13577 (G109/92, G13/93).

³²⁶ § 44 Abs 9 lit c GOLT 1973 (LGBl 11/1973 idF LGBl 40/2014).

zum Beispiel, um aufgebrachte Besucher zu beruhigen oder zu entfernen.³²⁷ Dagegen kann (entsprechend Art 24 Abs 2 LV) die Öffentlichkeit von Sitzungen weiterhin nur mit Landtagsbeschluss ausgeschlossen werden, wenn es vom Präsidenten oder einem Fünftel der anwesenden Mitglieder verlangt wird. Über einen entsprechenden Antrag ist ohne Zuhörer zu beraten (§ 32 Abs 3). Gleiches gilt, wenn der Präsident eine nichtöffentliche Sitzung einberuft (§ 32 Abs 2).

Der Präsident sorgt für Ruhe und Ordnung in den Sitzungen und übt in den Räumen des Landtages das Hausrecht aus (Art 18 Abs 3 LV). Er kann diesbezügliche Regelungen nach Beratung im erweiterten Präsidium in einer Hausordnung erlassen (§ 15 Abs 2 GOLT). Im Fall der Entfernung eines Besuchers aus einer Nationalratssitzung hat der Verfassungsgerichtshof bestätigt, dass es keinen Rechtsschutz gegenüber einer solchen Anordnung des Präsidenten gibt, da er seine Anordnung auf Räumung der Besuchergalerie in Ausübung der ihm als Vorsitzführendem obliegenden Sitzungspolizei, demnach als Organ der gesetzgebenden Gewalt, traf, und nicht als Verwaltungsorgan im Rahmen des ihm zustehenden Hausrechts zur Aufrechterhaltung in anderen Räumen.³²⁸

Was die Räume des Vorarlberger Landtags betrifft, wurde 1984 Einigung erzielt, dass sich das Hausrecht des Präsidenten auf den Landtagssitzungsaal samt Nebenräumen, die Ausschusszimmer, die Räume der Landtagskanzlei und die davorliegenden Gänge sowie „*im Einvernehmen mit den Klubs*“ auch auf die Klubräume bezieht, der Präsident das Hausrecht im Festsaal (Montfortsaal) und im Landtagsfoyer (nur) dann ausübt, wenn Landtagsveranstaltungen stattfinden. Gleiches gilt für das Büffet und die Presserräume.³²⁹

Mit dem Bezug der Klubräume der grünen Landtagsfraktion kam offenbar etwas zu viel Leben ins Landhaus.³³⁰ In Sachen Hausordnung blieb es 1986 dennoch bei

³²⁷ ErISA 33/2014 29. VLT zu § 44 Abs 9 GOLT; entsprechend SCHNEIDER UA 2014, zu § 44 Abs 9 GOLT.

³²⁸ VfSlg 11882/1988 (B 1355/88). Vgl. FACHINFOS 2021; BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2004, BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2007, BRANDTNER/SCHNEIDER/BUßJÄGER 2009, SCHNEIDER UA 2014, zu § 15 Abs 3 GOLT.

³²⁹ Berichterstatter Landtagspräsident Martin Purtscher zu § 15 Abs 2 GOLT 1984, 23. VLT 6. Sitzung 11./12.07.1984, S. 315.

³³⁰ Landtagspräsident Martin Purtscher, NVT 10.07.1986 (Hausordnung): „*Als für diese neue Fraktion 1985 die Klubräume fertiggestellt waren, kam es öfters vor, daß auch spät abends noch Anhänger der Grün-Alternativen im Haus erschienen. Es gab verschiedentlich Klagen des Nachtportiers, da eine Identifikation der Personen nicht möglich war, Kinder von Besuchern des grün-alternativen Klubs im Landhaus herumsprangen, die Alarmanlage auslösten und sich des Kopiergerätes bedienten.*“ Zu NVT 09.07.1986 (Saalschutz für den Landtag).



Abbildung 45: Eingang ins Landhaus, rechts Zugang zum Landtagstrakt.
(Foto Ulrich Nachbaur, 2022)

einem Entwurf der Landtagskanzlei.³³¹ Schon der Landtagsportier, dem wir 1861 und 1863 mit einem Rohrstock begegnet sind (1.4), wird nicht nur für die Kleideretikette zuständig, sondern generell ein Hilfsorgan der präsidentalen Sitzungspolizei gewesen sein.

Der Zugang zum Landtagstrakt, inzwischen auch zu ausgelagerten Klubräumen, erfolgt über das vorgelagerte Landhausfoyer. Für das Amt der Landesregierung

³³¹ Die Abteilung Gesetzgebung (PrsG) wurde am 20.01.1986 um ein Gutachten ersucht, ob es im Rahmen der bestehenden Vorschriften möglich wäre, einen Abgeordneten zu entfernen, der einen anderen Redner trotz Abmahnung durch Aktionen ähnlicher Art, wie sie am 13.12.1985 durch Kaspernaze Simma erfolgten, an seinem freien Rederecht zu behindern, was schon grundsätzlich verneint wurde. Die Abteilung PrsG nahm diese Anfrage zum Anlass, Materialien für die Ausarbeitung einer Hausordnung zu besorgen. Der Leiter der Landtagskanzlei arbeitete einen Entwurf aus. Landtagspräsident Martin Purtscher lehnte jedoch eine Behandlung im erweiterten Präsidium ab, da die Geschäftsordnung ausreichend sei (VLA: AVLReg PrsG-019.03/1984; VLA: AVLReg PrsG-010.01/1993; NVT 10.07.1986). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Aktenvermerk von Landesamtsdirektor Elmar Grabherr vom 17.09.1976: Aufgrund von Lehre und Rechtsprechung werde angenommen, dass eine Geschäftsordnung des Landtags in Beschlussform nur Innenwirkung habe und es sich daher überlegen lasse, diejenigen Bestimmungen, die Außenwirkung haben sollen, durch ein Gesetz mit Gesetzeskraft auszustatten (AVLReg PrsG-019.03/1984).

nimmt der Landesamtsdirektor die Ausübung des Hausrechts für sich in Anspruch. Im Mai 2020 erließ er eine verhältnismäßig strenge Hausordnung, die der Pandemie geschuldet ist.³³² Die Ermordung des Leiters der Sozialabteilung der Bezirkshauptmannschaft Dornbirn im Februar 2019 hatte bereits weitreichende Sicherungsmaßnahmen beim Zugang zum Landhaus zur Folge gehabt.³³³ Es wurden Sicherheitsschleusen wie an Flughäfen eingerichtet (Abb. 45).

In einer Landtagssitzung wurde darauf verwiesen, dass, wenn man es ernst meine, es so wie im Parlament in Wien machen müsse, wo es eine eigene Sicherheitsabteilung gebe, die zum Teil auch bewaffnet sei.³³⁴ Tatsächlich besteht insbesondere bei Sitzungen und Veranstaltungen seit Jahrzehnten eine Zusammenarbeit zwischen der der Parlamentsdirektion und der Polizei, die 2021 in einem Verwaltungsübereinkommen zwischen dem Nationalratspräsidenten und dem Bundesminister für Inneres näher geregelt wurde, unter anderem eine Polizeipräsenz bei öffentlichen Plenar- und Ausschusssitzungen, bei öffentlichen Veranstaltungen und Enqueten sowie die Hilfeleistung bei der sich aus dem Hausrecht ergebenden Aufgaben (zum Beispiel Zutrittskontrollen).³³⁵

2.10 Musikalische Landesverteidigung in der Bannmeile

Wenn wir analysieren wollten, welcher Bereich der umfassenden Landesverteidigung die Landespolitik am meisten zu bewegen vermag, hätte die musikalische gute Chancen. Wird die Wegrationalisierung einer Jägerkompanie zur Kenntnis genommen, bringen Pläne für eine Verkleinerung der Militärmusik das Blut in Wallung. Denn eine elementare Aufgabe des Bundesheeres ist es doch zweifellos, in der Militärmusik Grundwehrdiener zu Kapellmeistern für die Bürgermusik heranzubilden. 2015 führte deren Protest zu einem unbeabsichtigten Konflikt mit der parlamentarischen Bannmeile. Im Rahmen der Heeresreform sollte die Kapelle von 50 auf 20 Mann reduziert werden. Der „Vorarlberger Blasmusikverband“ rief alle, die ein Instrument beherrschen, auf, am Mittwoch, 15. April, 19

³³² Hausordnung [für das Amt der Landesregierung an den Standorten Bregenz: Römerstraße 15, Römerstraße 14, Römerstraße 22, Römerstraße 24, Jahnstraße 13+15, Montfortstraße 4, Josef-Huter-Straße 35, Klostersgasse 20 mit Eingang über die Landwehrstraße 1, Feldkirch: Widnau 12 und Johannitergasse 6] Bregenz, Mai 2020, URL: <https://vorarlberg.at/-/hausordnung> (22.01.2022).

³³³ Vgl. VN 09.02.2019, S. A3; VN 20.02.2019, S. B1; VN 07.03.2019, S. A4; VN 10.04.2019, S. C11.

³³⁴ Michael Ritsch (SPÖ), 30.VLT 3. Sitzung 03.04.2019.

³³⁵ FACHINFOS 2021.

Uhr, bei einem „Protestkonzert“ vor dem Landhaus mitzuwirken.³³⁶ *„Während der Obmann des Blasmusikverbands, Wolfram Baldauf, die Teilnehmer nach Instrumentengruppen zu einer gigantischen Orchesterformation aufreichte, ging denn auch die Sitzung des Landtags zu Ende, so dass Abgeordnete und Landesräte dem Protestkonzert lauschen konnten.“*³³⁷ Buhmann war der Bundesminister für Landesverteidigung Gerald Klug (SPÖ).

Ein SPÖ-Abgeordneter wollte in Sachen Militärmusik von Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) unter anderem wissen, wer entgegen den Bestimmungen des § 7 Versammlungsgesetz die „Genehmigung“ der Versammlung auf dem Landhausvorplatz erteilt habe und welche diesbezüglichen „Ansuchen“ in der Vergangenheit mit dem Hinweis auf diese Bestimmung „abgelehnt“ worden seien. Der Landeshauptmann antwortete auf die parlamentarische Anfrage, dass Versammlungen keiner behördlichen Genehmigung bedürfen und für Versammlungen auf dem Landhausvorplatz die Landespolizeidirektion zuständig sei. Nach Auskunft der Landespolizeidirektion seien für das Protestkonzert keine „Untersagungsgründe“ bekannt gewesen und in den letzten Jahren keine Versammlungsanmeldungen von Nichtregierungsorganisationen eingegangen, die aufgrund des § 7 Versammlungsgesetz bescheidmäßig zurückzuweisen gewesen wären.³³⁸ – Unbekannt wird bleiben, wie viele Veranstalter ohne formellen Hinweis mit Veranstaltungen der Bannmeile auswichen. 2011 könnte das der Fall gewesen sein, als der Landtag den sehr tragischen „Fall Cain“ behandelte, der eine Änderung des Kinder- und Jugendhilferechts zur Folge hatte.³³⁹

Am 9. November 1968 hielt der Landtag *„aus Anlaß des 50. Jahrestages der Wiedererrichtung einer selbständigen politischen Verwaltung des Landes Vorarlberg“* eine kurze Festsitzung ab, an der auch Spitzenvertreter der Republik teilnahmen (Abb. 46, 47).³⁴⁰ Im Anschluss fand ein Festakt der Landesregierung im Kornhaus statt, wo rund 100 Demonstranten die Festgäste erwarteten, die mit

³³⁶ VN 08.04.2015, S. A7.

³³⁷ VN 16.04.2015, S. A5.

³³⁸ Schriftliche Anfragebeantwortung Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) an Reinhold Einwallner (SPÖ), Bregenz 05.05.2015, 30.VLT Anfrage 29.01.064/2015.

³³⁹ Ein dreijähriger Bub war vom Lebensgefährten der Mutter zu Tode geprügelt worden. Am 14.01.2011 trafen sich mehrere hundert Menschen am Hafen in Bregenz zu einer Mahnwache (VN 15.01.2011, S. B1). Am 02.02.2011 sollte vor dem Landhaus eine zweite Mahnwache stattfinden, was aber wegen der Landtagssitzung „untersagt“ worden sei. Sie wurde zum Hafen verlegt. Es waren „nur mehr rund zehn Personen, die Kerzen entzündeten und Wünsche an die Politik richteten“ (APA 02.02.2011. Vgl. VN 03.02.2011, S. A9).

³⁴⁰ 20. VLT 11.1968, S. 216–219. Die Sitzung dauerte von 1:40 bis 11:15 Uhr.



Abbildung 46 und 47: Festsitzung des Landtags aus Anlass des 50. Jahrestages der Wiedererrichtung einer selbständigen politischen Verwaltung des Landes Vorarlberg am 9. November 1968.

(Aus Fotoalbum Ulrich Ilg. Privatbesitz; Foto Oskar Spang. Vorarlberger Landesbibliothek)



Abbildung 48: Protestkonzert vor dem Landhaus am 15. April 2015.
(Vorarlberger Nachrichten 16.04.2015)

das Risiko hinzuweisen, dass die allenfalls angemeldete Veranstaltung dann, wenn der Landtag noch im Gange sei, innerhalb der Bannmeile nicht stattfinden dürfe und daher aufzulösen wäre.³⁴³ – Die Bannmeile reicht freilich über den Landhausvorplatz hinaus.

Plakaten ein Autobahntunnel durch den Pfänder statt der geplanten Unterflurlösung forderten. „Die Demonstration vollzog sich in aller Ruhe, von der Vorarlberger Gendarmerie wurde die leichte Lenkbarkeit der Demonstranten hervorgehoben.“³⁴¹ Gehen wir einmal davon aus, dass sich die Demonstranten erst nach Beendigung der Landtagssitzung innerhalb der 300 m-Zone versammelten.

Zum Protestkonzert 2015 war der Landtag eingeladen und offenbar akkordiert worden, dass die Sitzung rechtzeitig beendet werde. Präsident Harald Sonderegger (ÖVP) hatte sie jedoch erst um 18:52 Uhr schließen können,³⁴² als sich die Musikantinnen und Musikanten bereits vor dem Landhaus aufstellten. Bei der Besprechung der Landtagsanfrage schlug der für Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler (ÖVP) vor, der Polizei mitzuteilen, dass an Landtagssitzungstagen auf dem Vorplatz überhaupt keine Veranstaltung stattfinden dürfe, da man eigentlich nie sagen könne, wann die Sitzung fertig sei. Präsident Sonderegger berichtete, dass er den Landespolizeidirektor bereits ersucht habe, Veranstalter auf

³⁴¹ APA 09.11.1968.

³⁴² 30.VLT 3. Sitzung 15.04.2015, S. 194, mit nochmaligem Hinweis auf die Veranstaltung vor dem Landhaus.

³⁴³ 30.VLT 4. Sitzung 13.05.2015, S. 257–258.



Abbildung 49 und 50: Zur Eröffnung des Landhauses am 7. Mai 1982 spielte die Militärmusik auf. (Foto Helmut Klapper. Vorarlberger Landesbibliothek)

2.11 Bannzone um den Landtagssitz

„[...] darf im Umkreist von 300 m von ihrem Sitze keine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden.“

Unter „Sitz“ im Sinn des § 7 VersG ist das Gebäude zu verstehen, „in dem die gesetzgebende Körperschaft tagt, unabhängig davon, ob dies der übliche Tagungsort ist oder ob es sich – etwa wegen Umbauarbeiten – um ein vorübergehend benutztes Gebäude handelt.“³⁴⁴

Aufgrund einer umfassenden Renovierung des Parlamentsgebäudes am Ring tagen der Nationalrat, der Bundesrat und die Bundesversammlung seit 2017 vorübergehend im Redoutensaal der Hofburg, wodurch sich der parlamentarische Bannkreis verschoben hat und während Sitzungen auf dem Heldenplatz keine Demonstrationen erlaubt sind.³⁴⁵ Ähnliches gilt für den oberösterreichischen Landtag, der im April 2020 auf Dauer der Pandemie im geräumigeren Ursulinenhof tagt.³⁴⁶ Damit gilt auch rund um dieses Gebäude während Landtagssitzungen ein absolutes Versammlungsverbot unter freiem Himmel.³⁴⁷

Die Vorarlberger Landesverfassung bezeichnet mit „Sitz des Landtages“ die Standortgemeinde. Ordentlicher Sitz ist die Landeshauptstadt Bregenz (Art 4). Für die Dauer außerordentlicher Verhältnisse kann er an einen anderen Ort des Landes verlegt werden (Art 14 Abs 1 LV). Unter normalen Verhältnissen sieht die Geschäftsordnung (§ 23 Abs 3 GOLT) nur für Ausschüsse seit 2014 vor, dass sie ausnahmsweise auch an einen außerhalb von Bregenz gelegenen Ort einberufen werden können („Ausschussexkursionen“).³⁴⁸

³⁴⁴ EIGNER/KEPLINGER 2019, S. 99–100.

³⁴⁵ So musste die Bewegung Fridays for Future am 25.09.2020 ihre Abschlusskundgebung wegen einer kurzfristig anberaumten Bundesratssitzung vom Heldenplatz zum Schwarzenbergplatz verlegen (APA 25.09.2020). Vgl. zudem Erk LVwG Wien VGW-001/042/129/2020.

³⁴⁶ APA 09.11.2021.

³⁴⁷ Insofern ist eine APA-Meldung vom 14.12.2021 nicht nachvollziehbar, dass die Polizei aufgrund der Anmeldung einer Demonstration durch einen Coronamaßnahmengegner das Areal rund um den Ursulinenhof zur Bannmeile erklärt habe und ein Platzverbot erlassen werde.

³⁴⁸ ErISA 33/2014 29. VLT zu § 23 Abs 3 GOLT: „Schon bisher war es üblich, die Mitglieder der Ausschüsse im Rahmen sogenannter ‚Ausschussexkursionen‘ über bestimmte Vorhaben in den Regionen zu informieren bzw. wollten sich die Mitglieder in bestimmten Fällen vor Ort ein Bild über bestimmte Einrichtungen, Örtlichkeiten usw. machen. In solchen Fällen war es rechtlich aber nicht möglich, die Exkursion des Ausschusses gleich mit einer Sitzung zu verbinden, um zu diesem Zeitpunkt anstehende Tagesordnungspunkte zu erledigen. Diese Schwierigkeit soll mit



Abbildung 51: Ungefähre Bannzone des Vorarlberger Landtags seit 1981.

der gegenständlichen Änderung überwunden werden. Ausnahmsweise, also nicht regelmäßig und nicht in überwiegender Zahl, sollen die Ausschüsse auch an einen Ort außerhalb von Bregenz einberufen werden können.“

Mit der Bestimmung über die Landtagsfahne (§ 32 Abs 6) lässt sich argumentieren, dass Plenarsitzungen einschließlich Enqueten im Landhaus stattzufinden haben, ein Ausweichquartier einer Änderung der Geschäftsordnung bedürfte.

Die 300-Meter-Zone ist nicht vom Mittelpunkt des Sitzungssaales zu messen, sondern von den Außengrenzen des Gebäudes, in dem die gesetzgebende Körperschaft ihren Sitz hat.³⁴⁹ Diesem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes folgend könnte die Zone nur dann einen Kreis ergeben, wenn das Gebäude selbst rund wäre, was bei keinem Parlamentssitz in Österreich der Fall ist. Für den Vorarlberger Landtag sind demnach wohl die Außengrenzen des gesamten Landhauses maßgebend. Die Grafik (Abb. 51) gibt daher die Bannzone nur annähernd wieder. Sie wird im Südosten relativ gut der Grafik entsprechen, im Übrigen etwas größer sein. So dürfte sie im Nordwesten an die Seestraße nur heranreichen, im Südwesten über den Friedhof hinausreichen, im Süden beinahe bis zum Landeskrankenhaus gehen, im Südosten fast die gesamte Oberstadt abdecken, im Nordosten die Rathausstraße nur bis zum Kornmarktplatz erfassen, aber nicht mehr den Platz selbst.

Das Landhaus muss nicht Ziel oder Etappe eines Demonstrationszuges sein. Jede Route, die die Bannmeile auch nur teilweise verletzt, wäre verboten, zurückzuweisen oder aufzulösen, während der Landtag tagt oder eine parlamentarische Enquete veranstaltet.³⁵⁰

³⁴⁹ VfSlg 14365/1995 (B 1495/94).

³⁵⁰ VfSlg 19423/2011 (B 878/10). Der Verfassungsgerichtshof bestätigte, dass „Grüne und Alternative StudentInnen GRAS“ 2010 durch eine Untersagung einer Versammlung gegen den Ball des rechtsextremen Wiener Korporationsrings im Hinblick auf eine Verletzung der Bannmeile beim Parlament durch die Marschroute nicht im verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf Versammlungsfreiheit verletzt wurden. Die Beschwerde wurde abgewiesen.

2.12 Deputationen und Petitionen

Die konstitutionellen Landesordnungen von 1861 bestimmten:

„Deputationen dürfen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Bittschriften dürfen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.“³⁵¹

Nicht nur die Landtage wurden vor „Sturmpetitionen“ geschützt, sondern auch der Monarch von unangemeldeten oder unerwünschten Abordnungen der Landtage. Das Allerhöchste Hoflager war der Ort, an dem sich der Kaiser mit Hofleuten dauernd oder auf Zeit aufhielt, seine Zelte aufschlug. Das konnte die Hofburg in Wien sein oder 1909 die mondäne Bezirkshauptmannschaft Bregenz.³⁵²

Den ersten der beiden Absätze übernahm der Vorarlberger Landtag 1863 in seine Geschäftsordnung. Auch der Abgeordnete Carl Ganahl, der Sturmpetent von 1848, stimmte schweigend zu.³⁵³ In die Landesverfassungen ab 1919 fand keine entsprechende Bestimmung mehr Eingang. In die Landtagsgeschäftsordnungen 1919 bis 1932 wurde sie jedoch übernommen (nicht dagegen 1934).³⁵⁴ Die Deputationen fielen mit der Geschäftsordnung 1973 weg, die Behandlung von Bittschriften wurde ausführlicher geregelt.³⁵⁵ 1984 wurde *„jedermann [...] berechtigt, Bittschriften an den Landtag zu richten.“³⁵⁶* Seit 2007 sind *„alle Bürgerinnen und Bürger sind berechtigt, Petitionen schriftlich oder in jeder technisch möglichen Weise [seit 2014: Form] an den Landtag zu richten.“³⁵⁷*

Schriftlich bedeutet nicht, dass Petitionen nur auf dem Postweg eingebracht werden können. Mitunter werden Petitionen im oder vor dem Landhaus dem

³⁵¹ Für Vorarlberg § 40 Abs 2 und 3 LO 1861.

³⁵² Vgl. NACHBAUR 2008e, S. 35 und 50.

³⁵³ § 41 GOLT. Diese Bestimmung wurde in 2. Lesung auf Antrag von Generalvikar Bischof Josef Fessler und, weitergehend, des liberalen Abgeordneten Alois Riedl in die GOLT aufgenommen (1. VLT 2. Session 1863 6. Sitzung 27.01.1863, S. 86–87).

³⁵⁴ § 46 GOLT 1919, § 46 GOLT 1930, § 46 GOLT 1932.

³⁵⁵ § 13 GOLT 1973.

³⁵⁶ § 13 Abs 1 GOLT 1973 (idF LGBl 36/1984).

³⁵⁷ § 13 Abs 1 GOLT 1973 (idF LGBl 55/2007, 40/2014).

Präsidenten, der Präsidentin öffentlichkeitswirksam persönlich übergeben,³⁵⁸ noch häufiger Regierungsmitgliedern Petitionen an die Landesregierung.³⁵⁹

Kaum jemandem wird in diesem Zusammenhang eine allgemeine Bestimmung im Versammlungsgesetz (§ 10) bekannt oder bewusst sein, die seit 1867 für jede Versammlung gilt, um Einschüchterungen durch zu große Abordnungen zu verhüten:³⁶⁰

*„Adressen oder Petitionen, die von Versammlungen ausgehen, dürfen nicht von mehr als zehn Personen überbracht werden.“*³⁶¹

Wie ist das mit den höchstens zehn Personen zu verstehen? Wenn vor dem Landhaus bei einer Demonstration von über 400 Ärztinnen und Ärzten der Ärztekammerpräsident eine Petition gegen eine geplante Gesundheitsreform überreicht,³⁶² die Veranstalterin eines Umbrella-March mit mehr als 100 Teilnehmern

³⁵⁸ Z. B. 2007 Jagdgenossenschaften Alberschwende gegen Einrichtung der Vorarlberger Jägerschaft als Körperschaft öffentlichen Rechts (VLK 22.01.2007) und Proponenten für Aufnahme des Klimaschutzes als Ziel in die Landesverfassung an Präsidenten Gebhard Halder (VLK 11.06.2007); 2014 Verein „Vindex-Schutz und Asyl“ für eine Rückübertragung der Gewährung des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge in die Kompetenz des Landeshauptmanns an Präsidentin Gabriele Nussbaumer (VN 19./20.06.2014, S. A8) und 2015 gegen Dublin-Abkommen in Vertretung an Landtagsdirektorin Borghild Goldgruber-Reiner (VN 20./21.06.2015, S. A8); 2021 Vertreterinnen und Vertreter von zwölf Organisationen für Hilfe für Menschen im Flüchtlingslager auf Lesbos an Präsidenten Harald Sonderegger (VN 08./09.05.2021, S. A5).

³⁵⁹ Z. B. 2001 Lehrervertreter gegen Bildungsabbau an Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Landesrat Siegi Stemer (APA 2603.2001), 2004 Mutter eines Unfallopfers für den vierspurigen Ausbau der S 16 unterzeichnet von über 1.000 Menschen aus dem Saarland an Landesstatthalter Dieter Egger (VN 23.01.2004, S. A5), 2004 Initiative LEGA Vorarlberg für Legasthenieförderung an Landeshauptmann Sausgruber (VN 13.11.2004, S. H8), 2008 Ärzte gegen Gesundheitsreform an Landeshauptmann Sausgruber (APA 03.06.2008), 2009 Hobbygärtner gegen Auflösung der Schrebergartenanlage Mühlwasen in Hard an Landeshauptmann Sausgruber (VN 14./15.03.2009, S. A5), 2014 Regio Bregenzerwald gegen Widmung neuer großer Verkaufsflächen außerhalb von Ortszentren an Landesstatthalter Karlheinz Rüdiger (VN 06.07.12.2014, S. A5), 2015 Vorarlberger Blasmusikverband gegen Verkleinerung der Militärmusik an Landeshauptmann Markus Wallner (VN 16.04.2015, S. A5), 2018 Bürgerinitiative „Pro-Asyl Sulzberg“ für humanitäres Bleiberecht für eine armenisch-iranische Familie in Vertretung an Landesamtsdirektor Günter Eberle (VN 30.11.2018, S. A5), 2020 Vertreter der Gemeinden des Vorderwaldes für Verkehrsberuhigung und Verbesserung der Radinfrastruktur an Landesräte Johannes Rauch und Marco Tittler (VN 05.02.2020, S. A7), 2020 Gastronomen Forderungskatalog gegen wirtschaftliche Folgeschäden der Pandemiemaßnahmen an Landesrat Christian Gantner (APA 29.10.2020), 2020 Ärzte gegen eine Gesundheitsreform an Landeshauptmann Sausgruber (APA 03.06.2020).

³⁶⁰ So TEZNER 1909, S. 748. Soweit § 10 VersG überhaupt behandelt wird, spielt er in der Literatur und in Kommentaren nur eine lapidare Rolle. Vgl. z. B. FESSLER/KELLER 2013, zu § 10.

³⁶¹ Entsprechend noch § 23 Vereinsgesetz 1951 (BGBl 233/1951 zgd BGBl I 98/2001): „Petitionen oder Adressen, die von Vereinen ausgehen, dürfen von nicht mehr als zehn Personen überbracht werden.“ Mit dem Vereinsgesetz 2002 (BGBl I 66/2002) fiel diese Bestimmung weg.

³⁶² APA 03.06.2008.

eine Petition für den Schutz von Flüchtlingen,³⁶³ der Obmann des Blasmusikverbandes mit 1.000 Musikantinnen und Musikanten eine Petition gegen eine Verkleinerung der Militärmusik,³⁶⁴ der Organisator eines Protestmarsches von rund 350 Gastronomen gegen wirtschaftliche Folgeschäden der Pandemiemaßnahmen einen Forderungskatalog.³⁶⁵

Übertretungen des Versammlungsgesetzes sind von der zuständigen Verwaltungsbehörde mit Arrest bis zu sechs Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 720 Euro zu ahnden. Ob es je vorgekommen ist, dass jemand wegen einer Übertretung des § 10 bestraft wurde? In der Judikatur und Literatur spielt diese Bestimmung so gut wie keine Rolle. Es dürfte sich um scheinbares Recht handeln.

Politikerinnen und Politiker sind nicht verpflichtet, vor versammelten Demonstranten Adressen oder Petitionen entgegenzunehmen. Tun sie es nicht, wird ihnen häufig eine schlechte veröffentlichte Nachrede sicher sein. Kein Problem werden sie mit Versammlungen und Petitionen haben, deren Ziele sie teilen oder eigene Forderungen unterstützen.

Selbstverständlich ist es ein legales und legitimes Mittel der Zivilgesellschaft, über Demonstrationen mit Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen. Fußach, Rüthi, Unterflurtrasse oder Zwentendorf – in Vorarlberg nützten Bürgerinitiativen immer wieder und mit Erfolg die Versammlungsfreiheit zu öffentlichem Protest. Bürgerinitiativen, nicht politische Parteien.

Problematisch wird es, wenn in einer Demokratie Parlament und Regierung als Unrechtsregime dargestellt wird, um sich selbst als vermeintliche Retter von Demokratie und Freiheit angeblich ins Recht zu setzen. Besonders problematisch, wenn mit der FPÖ eine Parlamentspartei auf diesem Abweg aus der Pandemie Kapital schlagen will.

In Vorarlberg versucht mit der „Freien Bürgerpartei Österreichs“ eine neue Kleinpartei die Pandemie in diesem Sinn zur Profilierung vor dem Landhaus zu nützen (vgl. 2.7). Am 28. Jänner drohte ihr Parteiobmann mit einer Protestwo-

³⁶³ VN 19./20.06.2014, S. A8.

³⁶⁴ VN 16.04.2015, S. A5.

³⁶⁵ APA 29.10.2020.

che, sollte der Landeshauptmann nicht zu Gesprächen und Verhandlungen bereit sein.³⁶⁶ Als der sich nicht „erpressen“ lassen wollte und das „Ultimatum“ verstreichen ließ, rief die FBP dazu auf, mit täglichen Demonstrationen von 16 bis 20 Uhr auf der Seestraße „Bregenz ins Verkehrschaos zu stürzen“, um so „gemeinsam das Regime in die Knie [zu] zwingen!“ (Abb. 52)³⁶⁷ Doch die Wortführer hatten sich überschätzt, ihr Blatt überreizt. Und nachdem eine Sympathisantin mit ihrem Auto auf Polizisten losfuhr, begann die Polizei nach Monaten der Zurückhaltung mit Großaufgeboten zu kontrollieren und Verstöße gegen die Maskenpflicht und sonstige Vergehen konsequent anzuzeigen.³⁶⁸

Abbildung 52: „AUFRUF ZUM DAUERPROTEST“.
(demo-info.at)

ÖSTERREICH'S ERSTER DEMOSHOP

DEMOKALENDER VOLKSBEGEREHEN DEMO-SHOP DEMOBLOG WISSEN

demo-info.at

AUFRUF ZUM DAUERPROTEST!
Wallner lehnt Dialog ab!!!

Montag 31.01.22 bis Freitag 04.02.22
16:00 Uhr bis 20:00 Uhr
Protestmarsch / Spaziergang
von der BH Bregenz zum
HTL Kreisverkehr und retour
Mitbringen: Fackeln & alles was Lärm macht!
WIR ZIEHEN DIE NOTBREMSHE HERR WALLNER!

Bregenz! – Aufruf zum Dauerprotest

LANDESHAUPTMANN WALLNER IGNORIERT ANGEBOT ZUM DIALOG !!

Da Landeshauptmann Wallner bislang keine Reaktion auf das durch uns, an ihn gestellte Ultimatum gezeigt hat, gehen wir davon aus, dass keine Bereitschaft zum Dialog und zu Verhandlungen gegeben ist.

Aus diesem Grund setzen wir in die Tat um, was durch uns angekündigt wurde und rufen zum Dauerprotest in Bregenz auf!! Täglich ab 16:00 Uhr wird Bregenz nun dank der Unbereitschaft des Landeshauptmannes in Verkehrschaos stürzen und die Wirtschaftstreibenden in der Innenstadt müssen sich bei der Sturheit der ÖVP und des Landeshauptmannes bedanken, dass auch sie wieder zwischen die Fronten geraten – unser Wille zum Dialog war und ist klar vorhanden !!

WER DIALOG UND VERHANDLUNGEN IN EINER DEMOKRATIE VERWEIGERT IST KEIN DEMOKRAT!

AB MONTAG 31.01.2022 bis FREITAG 04.02.2022 TÄGLICHER PROTESTMARSCH VON DER BH BREGENZ ZUM HTL KREISVERKEHR UND RETOUR (bis 20:00 UHR) GEMEINSAM DAS REGIME IN DIE KNIE ZWINGEN!

³⁶⁶ APA0300 28.01.2022, VN 28./30.01.2022, S. A2.

³⁶⁷ <https://www.demo-info.at/events/bregenz-aufruf-zum-dauerprotest/> (31.01.2022). Siehe Abb. 52.

³⁶⁸ VN 01.02.2022, S. A3; APA106 02.02.2022; VN 02.02.2022, S. A5; VN 03.02.2021, S. A1–3; APA0288 03.02.2022; VN 04.02.2022, S. A3–4; NVT 04.02.2022, S. 16–17; NVT 05.02.2022, S. 19; VN 05.02.2022, S. A1 – A2 u. A5.

2.13 Absolut freie Versammlungen, Veranstaltungen

Es gibt Versammlungen, die vom Versammlungsgesetz ausdrücklich ausgenommen sind. Das sind zum einen Versammlungen der Wähler zu Wahlbesprechungen, dann zu Besprechungen mit den gewählten Abgeordneten, allerdings nur zur Zeit der ausgeschriebenen Wahlen und nur, soweit sie nicht unter freiem Himmel abgehalten werden (§ 4 VersG). Mit der parlamentarischen Bannmeile können sie daher nicht in Konflikt kommen. Spannender sind da die Ausnahmestimmungen des § 5 VersG:

„Ferner sind öffentliche Belustigungen, Hochzeitszüge, volksgebräuchliche Feste oder Aufzüge, Leichenbegängnisse, Prozessionen, Wallfahrten und sonstige Versammlungen oder Aufzüge zur Ausübung eines gesetzlich gestatteten Kultus, wenn sie in der hergebrachten Art stattfinden, von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen.“

Es handelt sich um absolut freie Versammlungen,³⁶⁹ die unter freiem Himmel stattfinden oder stattfinden können. Sie können daher auch innerhalb einer aktivierten parlamentarischen Bannmeile durchgeführt werden, und es könnten, was wenig wahrscheinlich ist, von ihnen ausgehende Adressen und Petitionen auch von mehr als zehn Personen überbracht werden.

„Volksgebräuchlich“ sind Aufzüge oder Feste (nur) dann, wenn sich durch Volksgebrauch und Herkommen eine feste Regel gebildet hat, wonach ein bestimmter Aufzug (bestimmtes Fest) bei einem bestimmten Anlass ohne weitere Veranstaltung nur infolge der traditionellen Übung wiederkehrt.³⁷⁰

Die Frage wäre, wie lange eine Veranstaltung wiederkehrend durchgeführt werden muss, um als *„volksgebräuchlich“* zu gelten. Die Rechtsprechung gestand 1903 allenfalls einer Sonnenwendfeier eine Volksgebräuchlichkeit zu, jedenfalls aber (noch) nicht der germanentümelnden Wintersonnwendfeier deutschnationaler Vereine. Richtungsweisend war in dieser höchstgerichtlichen Entscheidung aber vor allem, dass Reden und sonstige Vorgänge das beanstandete Julfest zu

³⁶⁹ Zum Folgenden u. a. EIGNER/KEPLINGER 2019 zu § 5 VersG.

³⁷⁰ OGHSIlg 1305/1889 (Begriff „volksgebräuchliche Aufzüge“); OGHSIlg 2850/1903 (Feste und Aufzüge).

einer politischen Demonstration gestaltet hätten, die ihr unter allen Umständen den volksgebräuchlichen Charakter entzögen.³⁷¹

Auch mit viel Kreativität ließe sich demnach mit § 5 VersG das Versammlungsverbot in der Bannmeile kaum umgehen.

Es mag zum Beispiel sein, dass die Aufzüge der Musikkapellen am 1. Mai als dem „Tag der Blasmusik“ zum Volksbrauch geworden sind. Ein Protestkonzert vor dem Landhaus wäre aber auch am 1. Mai nicht „volksgebräuchlich“ und an Sitzungstagen keine öffentliche Belustigung im Sinne des § 5 VersG, wenn es einer politischen Manifestation dient. Das traf auch auf die 1. Mai-Umzüge zu, die die SPÖ in Vorarlberg bis 1959 durchführte.³⁷² Dagegen war die seit 1929 als Gegenprogramm durchgeführte kirchliche Lichterprozession in Rankweil jedenfalls vom Versammlungsgesetz ausgenommen.

Ein Umzug oder Konzert einer Musikkapelle wird normalerweise aber ohnehin eher unter das Veranstaltungsgesetz fallen. In den Angelegenheiten des Theater- und Kinowesens sowie der öffentlichen Schaustellungen, Darbietungen und Belustigungen kommt den Ländern die Gesetzgebung zu (§15 Abs 3 B-VG). So regelt denn das Vorarlberger Gesetz über das Veranstaltungswesen „*öffentliche Veranstaltungen wie Theaterveranstaltungen, Lichtspielvorführungen, Schaustellungen, Darbietungen und Belustigungen*“ (§ 1 Abs 1).³⁷³ Die angeführten Beispiele erfassen etwa bühnenmäßige Vorstellungen, Bälle, Vorträge, Konzerte ebenso wie die typischen Schaustellungen auf Rummelplätzen, Zeltfeste aus den verschiedensten Anlässen, sportliche Veranstaltungen oder artistische Darbietungen.³⁷⁴ Bestimmte Veranstaltungen sind verboten (§ 9). Zirkusveranstaltungen, Lichtspielvorführungen, Schaustellungen, Darbietungen und Belustigungen bedürfen nur dann einer Bewilligung der Bezirkshauptmannschaft, wenn sie im Umherziehen abgehalten werden und dabei mit erheblichen Gefährdungen von Besuchern oder Sachen durch technische Anlagen oder Betriebsmittel zu rechnen ist (§ 5 Abs 1). Unter bestimmten Voraussetzungen können auch nicht bewilligungspflichtige Veranstaltungen untersagt werden (§ 3). Zu bewilligende oder bewilligungsfreie Veranstaltungen, die (auch) in der Absicht veranstaltet werden, die Anwesenden zu einem gemeinsamen Wirken (Debatte, Diskussion,

³⁷¹ OGHSlg 2850/1903.

³⁷² 1960 wurden die Maifeiern in Veranstaltungssäle verlegt (APA 01.05.1960).

³⁷³ Veranstaltungsgesetz (LGBl 1/1989 zgd LGBl 4/2022).

³⁷⁴ ErlRV 37/1988 37. VLT zu § 1 Abs 1 Veranstaltungsgesetz.

Manifestation usw.) zu bringen, werden freilich wieder als Versammlungen unter das Veranstaltungsgesetz fallen (vgl. 2.9).

Den Versuch einer Umgehung des Versammlungsgesetzes stellen zum Teil auch so genannte „Spaziergänge“ dar.

2.14 „Spaziergänger“ und die Forderung nach permanenten Bannmeilen um Gesundheitseinrichtungen

Die Bannmeile mag den Landtag als Ganzes einschließlich der Landesregierung bei einer Sitzung vor Einschüchterung schützen. Vor solchen Versuchen sind Politikerinnen und Politikern freilich auch sonst nicht gefeit, ob psychisch oder physisch. Auch diesbezüglich nahm der Protest während der Pandemie mit Aufmärschen vor Privathäusern drastische Formen an. In Deutschland in zwei Fällen bereits besonders düster und bedrohlich vor den Wohnungen einer Gesundheitsministerin und einer Ministerpräsidentin mit brennenden Fackeln.³⁷⁵ Vor dem Haus der sächsischen Gesundheitsministerin musste die Polizei zudem eine Demonstration unterbinden, die ein Landtagsabgeordneter der rechtsextremen „Alternative für Deutschland“ durchführen wollte.³⁷⁶ Diese Form der Drohgebärde, die sich auch gegen Familien richtet, fand am 19. Jänner 2022 in Vorarlberg Nachahmer:

„FRASTANZ Statt einen Protestzug anzumelden auf einen ‚Spaziergang‘ zu gehen – diese Strategie nutzen immer mehr Gegner der Coronamaßnahmen, um das Versammlungsrecht zu umgehen. Zu so einem Spaziergang versammelten sich am Mittwochabend auch rund 50 Personen in Frastanz, wie VOL auf V+ berichtet. Ganz zufällig lag auf ihrem Weg dabei die Privatadresse von Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) und seiner Familie. Die Polizei bekam jedoch Wind von der nicht angemeldeten Demonstration und zog Einsatzkräfte in Frastanz zusammen und riegelte das Areal um das Wohnhaus ab. Die Spaziergänger ließen beim Eintreffen an der Polizeisperre vom Versuch ab, bis zum Familiensitz vorzudringen.

³⁷⁵ Betroffen waren Petra Köpping (SPD), Gesundheitsministerin in Sachsen, und Manuela Schwesig (SPD), Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern (FAZ 06.12.2021, S. 2; SZ 14.12.2021, S. 2).

³⁷⁶ Der Vorfall ereignete sich am 26.01.2022 vor dem Wohnhaus von Petra Köpping (SPD) in Grimma, Organisator war der Landtagsabgeordnete Jörg Dornau (AfD) und ein weiteres AfD-Mitglied (www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1036595 [27.01.2022])


DEMOKALENDER VOLKSBEGEHREN DEMO-SHOP DEMOBLOG WISSENSWERT ANMELDUNG



UHRZEIT
19:00 - 21:00

LOKALE ZEIT
Zeitzone: Europe/Vienna
Datum: 19 Jan 2022
Zeit: 19:00 - 21:00

LABELS
Bildung,
Gesundheit,
Kultur,
Politik

ORT
Frastanz, Kirche
Frastanz, Kirche

KATEGORIE
> Vorarlberg

DIESE VERANSTALTUNG TEILEN







Frastanz – Spaziergang

Geht Wallner besuchen mit einem netten Spaziergang

Abbildung 53: Aufruf zu einem „Spaziergang“ in Frastanz am 19. Jänner 2021.
(demo-info.at)

Eine amtsbekannte Person wurde in Folge der Amtshandlung jedoch angezeigt. In den einschlägigen Foren zeigt sich die zunehmende Radikalisierung, von Wallner eine ‚klatschen‘ bis Kontrolleure, die nach dem Theater eventuell an die Wand gestellt werden könnten. Bereits im Dezember musste die Exekutive nach Drohungen gegen Wallner und Landesrätin Martina Rüscher (ebenfalls ÖVP) tätig werden.³⁷⁷

³⁷⁷ VN 22./23.01.2022, S. A4.

Das Vorhaben in Frastanz präventiv zu ermitteln wird der Polizei nicht schwer gefallen sein, hatten die Organisatoren die Aktion doch im Internet auf demo-info.at mit der unverhohlenen Aufforderung „*Geht Wallner besuchen mit einem netten Spaziergang*“ offen angekündigt (Abb. 53).³⁷⁸ Mit der FPÖ führt auch eine Parlamentspartei auf ihrer Homepage einen „*Demokalender: Widerstand gegen das Corona-Regime*“, einen regelmäßig aktualisierten Kalender „*vieler Demonstrationen, Kundgebungen oder Spaziergänge zum Protest gegen das Corona-Regime sowie für Freiheit und Grundrechte.*“ Hauptsächlich werden „Spaziergänge“ beworben, überproportional in Vorarlberg.³⁷⁹ Zum Teil Veranstaltungen, die der Behörde nicht ordnungsgemäß angezeigt werden.

Dieses Format ist keineswegs neu. Das Urheberrecht steht in Österreich vielleicht Studenten unterschiedlicher Couleur und Nationalität zu, die ihren Unmut schon zu Kaisers Zeiten mit einem „*Demonstrationsbummel*“ Luft machten,³⁸⁰ gefolgt von anderen politischen Gruppierungen, von Sozialdemokraten bis Nationalsozialisten. Auch in Vorarlberg ging zum Beispiel im Mai 1933 die NSDAP „bummeln“ und „spazieren“.³⁸¹

Dass es sich bei so einem „Spaziergang“ um eine Versammlung handelt, wird rechtlich außer Frage stehen, ist doch ein Manifestationswille offensichtlich. In der Judikatur wurde angemerkt, „*dass die Bezeichnung als ‚Spaziergang‘ lediglich als euphemistische Umschreibung für eine Versammlung angesehen werden muss.*“³⁸² Dass ein Veranstalter seiner Anzeigepflicht nicht nachgekommen ist, stellt eine Verwaltungsübertretung (§ 19 VersG) dar, rechtfertigt allein allerdings

³⁷⁸ www.demo-info.at/events/frastanz-spaziergang/ (26.01.2022). Zum Geschäftsmodell dieser Website gehört ein Demo-Shop, in dem u. a. auch Fackeln und eine Anonymus Maske angeboten werden. Impressum: Silvio Hartleb, demo-info OG, Toskaweg 2, 1110 Wien, Österreich.

³⁷⁹ www.fpoe.at/demokalender (29.01.2022): „*Die folgenden Veranstaltungen werden größtenteils von unterschiedlichen Bürgerinitiativen organisiert. Die FPÖ ist an der Anmeldung, Organisation und Durchführung der Kundgebungen zumeist nicht beteiligt und kann daher dafür keinerlei Gewähr übernehmen. [...]*“ Z. B. für Montag, 31. Jänner 2022, bewarb die FPÖ über 70 „Spaziergänge“, davon elf in Vorarlberg.

³⁸⁰ Z. B. in Innsbruck: IN 24.11.1903, S. 7; IN 07.12.1905, S. 5; IN 09.12.1905, S. 5; IN 15.05.1908, S. 1.

³⁸¹ WALSER 1983, S. 44–45 (mit Foto); VVB 08.5.1933, S. 3. Zu den „Werbemärschen“ VLA: AVLReg Prs-320/1933. Vgl. zu Innsbruck: TA 15.05.1933, S. 5; TA 19.05.1933, S. 5; TA 19.01.1934, S. 3; IN 11.03.1938, S. 2.

³⁸² Erk LVwG Niederösterreich 28.05.2021 (LVwG-S-742/001-2021): „*Auch wenn den Teilnehmern des gegenständlichen ‚Spaziergangs‘ nicht abgesprochen werden kann, damit (auch) einen ‚Gang zur Erholung, zum Vergnügen‘ (vgl. die Definition im Duden, ***) bestritten zu haben, so ist diese Zusammenkunft nicht ohne ihren spezifischen Kontext zu betrachten. Daraus ergibt sich aber, dass der Manifestationswille gegenständlich im Vordergrund gestanden ist.*“ Vgl. auch Erk LVwG Niederösterreich 23.07.2021 (LVwG-S-1226/001-2021), Erk LVwG Niederösterreich 27.08.2021 (LVwG-S-1487/001-2021), Erk LVwG Wien 25.11.2021 (VGW-001/086/3959/2021), Erk LVwG Salzburg 14.06.2021 (405-16/148/1/9-2021), Erk LVwG Salzburg 21.06.2021 (405-16/142/1/14-2021), Erk LVwG Wien 25.11.2021 (VGW-001/086/3959/2021), Erk LVwG Tirol 21.12.2021 (LVwG-2021/19/2596-2).

noch nicht die Untersagung oder Auflösung einer Versammlung. Es müssen Umstände dazukommen, die eines der in Art 11 Abs 2 EMRK aufgezählten Schutzgüter gefährden.³⁸³

Wir erleben eine Radikalisierung und Enthemmung, wie sie das Österreich der Zweiten Republik in diese Breite und Tiefen nicht gekannt hat. Wenn in Vorarlberg 4.000 Menschen auf die Straße gehen, sind das nur ein Prozent der Bevölkerung, 400 ein Promille. Aber mit einer zunehmenden Aggressivität, die sich nicht nur gegen Politikerinnen und Politiker, gegen Polizistinnen und Polizisten, gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden richtet, sondern auch gegen Gesundheitspersonal, gegen die „Lügenpresse“ oder einfach gegen Menschen, die sich und andere mit dem Tragen einer Schutzmaske zu schützen versuchen. Die Ausübung der Versammlungsfreiheit darf gemäß Art 11 Abs 2 EMRK *„keinen anderen Einschränkungen unterworfen werden als den vom Gesetz vorgesehenen, die in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen und öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung,³⁸⁴ des Schutzes der Gesundheit und der Moral oder des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind“*. Das bedeutet umgekehrt, dass die Versammlungsfreiheit wie andere Grundrechte unter einem Gesetzesvorbehalt steht. Die Achtung gesetzlicher Grenzen müsste an sich gerade Menschen wichtig sein, die für sich das Grundrecht der Versammlungsfreiheit in Anspruch nehmen, um *„für Freiheit und Grundrechte“* zu demonstrieren.

Den Vorwurf, zur Erosion des Rechtsstaats beizutragen, müssen sich freilich auch jene gefallen lassen, die eine gesetzliche Impfpflicht mit einer Gutscheinelotterie oder einer Impfprämie verbinden wollen oder wollten.³⁸⁵ Oder sollen künftig im

³⁸³ VfSlg 14366/1995 (B 2229/94): *„Die Umstände, die zur Verletzung der Anzeigepflicht hinzutreten haben, damit eine Versammlungsauflösung gesetzmäßig ist, müssen so geartet sein, daß ohne diese Maßnahme eines der in der zitierten Konventionsnorm aufgezählten Schutzgüter gefährdet wäre. Ob solche Umstände vorliegen, hat das Behördenorgan nach dem Bild zu beurteilen, das sich ihm an Ort und Stelle bietet. Dies muß der Veranstalter, der seiner Anzeigepflicht nicht nachgekommen ist, gegen sich gelten lassen; er hat in Kauf zu nehmen, daß kein förmliches Ermittlungsverfahren durchgeführt werden kann (vgl E v 30.11.95, B262/95 ua, und die dort zitierte Vorjudikatur).“* KOLONOVITS/WIMBERGER 2017, S. 160–161.

³⁸⁴ Vgl. §§ 6 und 13 VersG.

³⁸⁵ Mit dem milliardenteuren „Anreiz- und Belohnungspaket“ dürfte sich die Bundesregierung (ÖVP/Grüne) die Zustimmung der SPÖ zum COVID-19-Impfpflichtgesetz „erkauft“ haben – sehr zur Freude der Wirtschaftskammer: *„Die zu gewinnenden Gutscheine im Wert von 500 Euro sollen bei österreichischen Betrieben einzulösen sein – im Handel, der Gastronomie, in Hotels, Kultur- und Sporteinrichtungen. Der Onlinehandel soll möglichst ausgenommen werden. Abwickeln soll die Lotterie der ORF gemeinsam mit Partnern“* (APA027). Die SPÖ-Vorsitzende hatte zunächst für jeden Geimpften einen Gutschein von 500 Euro gefordert, was bei 8 Millionen Geimpften 4 Milliarden gekostet hätte. Nachdem nun aus der Impfplotterie nichts werden dürfte, schlägt der

Interesse der Verkehrssicherheit auch Gutscheine unter Straßenverkehrsteilnehmern verlost werden, die kein behördliches Strafmandat erhalten haben? Oder soll ihnen ein Bonus für das nächste Strafmandat gutgeschrieben werden? „Geld unter jenen zu verlosen, die sich an Gesetze halten, raubt dem Rechtsstaat jede Ernsthaftigkeit,“ analysierte Franz Ferdinand Wolf, Journalist und Abgeordneter zum Wiener Landtag (ÖVP), in einem Gastkommentar:

„Machen Politik und (Zivil-)Gesellschaft so weiter, verdunstet der Rechtsstaat und wird zu einer netten Fußnote der Verfassung. Am äußersten linken und rechten Rand des politischen Spektrums wird der Abbau von Rechtsstaat und Demokratie bewusst und strategisch betrieben. Wenn der Entwurmer in seinen Schimpftiraden immer wieder den Verlust von Menschenrechten beklagt und von einer Corona-Diktatur fantasiert, hat er ein klares Ziel: die Maßnahmen von Regierung und Behörden sollen als brachiales Unrecht dargestellt werden. Weil, so das zynische Kalkül, wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Ein brandgefährliches Spiel, das immerhin eine Parlamentspartei betreibt. Bei einem Teil der Ego-Gesellschaft stößt diese Mobilisierung auf Zustimmung, die sich zunehmend aggressiv entlädt. Wütend kämpft man gegen die Einschränkung der persönlichen Freiheit, die Beschneidung der Freiheitsrechte und für das Recht auf körperliche Unversehrtheit und verschweigt geflissentlich, dass auch Grundrechte unter Gesetzesvorbehalt stehen, Eingriffe des Staates also erlaubt sind.“³⁸⁶

Einschüchterungen und Bedrohungen durch Impf- und Maßnahmengegner führten dazu, dass in Österreich Bannmeilen um Gesundheitseinrichtungen gefordert werden. Im Unterschied zur temporären parlamentarischen Bannmeile wird ein permanentes Versammlungsverbot angestrebt: *„Wenn man rund um das Parlament an Sitzungstagen eine Bannmeile von 300 Metern zieht, dann wird es auch möglich sein, eine Bannmeile rund um alle 264 Spitäler in Österreich zu ziehen.“ Im Parlament werde an Sitzungstagen über das Zusammenleben entschieden, in Spitälern „rund um die Uhr um das Überleben der Patientinnen und Patienten gekämpft.“*³⁸⁷ Inzwischen fordert der Dachverband der Elternverbände der Pflichtschulen auch eine Sperrzone für Demonstrationen vor Kindergärten,

Finanzsprecher der SPÖ als „pragmatische Lösung“ dafür aus, mit dem dafür vorgesehenen Geld einfach allen vollständig Geimpften einen Gutschein über 150 Euro zu geben (APA0163 06.02.2022), was immer noch mit rund 1,2 Milliarden Euro zu Buche schlagen würde.

³⁸⁶ WOLF 2022. Mit dem „Entwurmer“ ist FPÖ-Bundeparteiobmann Herbert Kickl gemeint, der zur Behandlung von Covid-19 den Arzneistoff Ivermectin anpreist, der in Europa vor allem in der Tiermedizin angewendet wird.

³⁸⁷ Stephan Pernkopf (ÖVP), Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich (APA0340 16.12.2021). Die Salzburger SPÖ hatte bereits zuvor eine Bannmeile gefordert (SN 29.11.2021, S. L4).

Pflichtschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen.³⁸⁸ Es sind offenbar Schutz-zonen auf der Grundlage des Sicherheitspolizeigesetzes angedacht. Ein Ver-sammlungsverbot könnten sie nicht begründen. Dafür wäre eine Änderung des Versammlungsgesetzes nötig und wahrscheinlich möglich.³⁸⁹

³⁸⁸ APA0146 24.01.2022; NVT 25.01.2022, S. 3.

³⁸⁹ Vgl. Bernd-Christian Funk zitiert von Der Standard www.derstandard.at/story/2000132218328 30.12.2021 (26.01.2022); und Der Standard www.derstandard.at/story/2000132664499 19.01.2022 (26.01.2026).

Abkürzungen

Abb	Abbildung
ABl	Amtsblatt für das Land Vorarlberg, Amtsblatt der Autonomen Region Trentino-Südtirol
Abs	Absatz
AH	Abgeordnetenhaus des Reichsrats, Stenographische Protokolle
AKTV	Amtskalender für Tirol und Vorarlberg, Innsbruck
APA	Austria Presse Agentur
Art	Artikel
AS	Amtliche Sammlung
AVLRat	Amt des Vorarlberger Landesrates
AVLReg	Amt der Vorarlberger Landesregierung
AZ	Arbeiter-Zeitung, Wien
Bek	Bekanntmachung
Blg	Beilage(n)
BR	Bundesrat, Stenographische Protokolle
BTB	Bregenzer Tagblatt, Bregenz
BVG	Bundesverfassungsgesetz
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
DLH	Dekret des Landeshauptmanns
DNV	Deutsche konstituierende Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Stenographischer Bericht über die Verhandlungen, hg. von Franz Wigard
DOL	Dolomiten, Bozen
Erk	Erkenntnis
Erl	Erläuterungen
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FZ	Feldkircher Zeitung, Feldkirch
Geo. III	The Statutes of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, [57] George III. [1817]
GOLT	Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag
GP	Gesetzgebungsperiode
GS	Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten
GU	Gazzetta Ufficiale
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
HH	Herrenhaus des Reichsrats, Stenographische Protokolle
HO	Hausordnung für die Parlamentsgebäude
idF	in der Fassung
IN	Innsbrucker Nachrichten, Innsbruck
KLT	Kärntnerischer Landtag, Stenographische Protokolle
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LA	Landesausschuss
LGBI	Landesgesetzblatt
lit	litera

LO	Landesordnung
LT	Vorarlberger Landtag
LV	Landesverfassung
LVwG	Landesverwaltungsgericht
NFP	Neue Freie Presse, Wien
NK	Neukundmachung
NÖAK	Niederösterreichischer Amtskalender, Wien
NR	Nationalrat, Stenographische Protokolle
NVT	NEUE Vorarlberger Tageszeitung, Bregenz
OGHSlg	Plenarbeschlüsse und Entscheidungen des k. k. Obersten Gerichts- als Cassationshofes
ÖRT	Österreichischer Reichstag, Offizielle stenographische Berichte über die Verhandlungen
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PNV	Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich, Stenographisches Protokoll
PVLV	Provisorische Vorarlberger Landesversammlung, Stenographische Sitzungsberichte
RV	Regierungsvorlage
SA	Selbständiger Antrag
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs, ab 1991 Sozialdemokratische Partei Österreichs
SZ	Süddeutsche Zeitung, München
TA	Tiroler Anzeiger, Innsbruck
TLT	Tiroler Landtag, Stenographische Berichte
TOP	Tagesordnungspunkt
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VersG	Versammlungsgesetz, ab WV 1953 Versammlungsgesetz 1953
VfSlg	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
vgl.	vergleiche
VLA	Vorarlberger Landesarchiv
VLK	Vorarlberger Landes-Korrespondenz, Bregenz
VLReg	Vorarlberger Landesregierung
VLS	Vorarlberger Landstimmen, Bregenz
VLT	Vorarlberger Landtag, Stenographische Sitzungsberichte, ab 1964 Sitzungsberichte
VLZ	Vorarlberger Landes-Zeitung, Bregenz
VN	Vorarlberger Nachrichten, Bregenz
VTB	Vorarlberger Tagblatt, Bregenz
VTLT	Verfassungsgebender Tiroler Landtag, Stenographische Berichte
VVB	Vorarlberger Volksblatt, Bregenz
VVF	Vorarlberger Volksfreund, Dornbirn
VW	Vorarlberger Wacht, Dornbirn
WP	Wahlperiode
WV	Wiederverlautbarung
WZ	Wiener Zeitung, Wien
Z	Ziffer
zgd	zuletzt geändert durch

Literatur

- ALBERTANI, Cornelia/NACHBAUR, Ulrich (2004): Berechtigungen zur Führung des Vorarlberger Landeswappens, in: Montfort 56 (2004) 1/2, S. 36–62.
- ALTMANN, Ludwig/JACOB, Siegfried/WEISER, Max (1927): Die österreichische Strafgeseztgebung nach dem Stande vom 30. Juni 1927, 6. Aufl. (Handausgabe der österr. Gesetze und Verordnungen 206). Wien.
- BECK, Karin (u. a.) (1982): Die Grafen von Montfort als Auftraggeber der Künstlerfamilie Strigel, in: Die Grafen von Montfort. Geschichte und Kultur (Kunst am See 8). Friedrichshafen, S. 72–81.
- BERAN, Herbert (u.a.) (1992): Legal, illegal ... Rechtliche Tips für Mündige Bürger/innen, 2. Aufl. Linz.
- BERGMANN, Joseph (1861): Die vorarlbergischen Grafschaften und Landstände, in: Mittheilungen der kaiserlich-königlichen Geographischen Gesellschaft 5 (1861), Abhandlungen S. 190–191; ebenso in: Vorarlberger Landes-Zeitung 18.08.1863, 20.08.1863, 22.08.1863, 25.08.1863.
- BERGMANN, Joseph von (1868): Landeskunde von Vorarlberg. Innsbruck/Feldkirch.
- BERKA, Walter (2021): Verfassungsrecht. Grundzüge des österreichischen Verfassungsrechts für das juristische Studium, 8. Aufl. Wien.
- BERKA, Walter/BINDER, Christina/KNEIHS, Benjamin (2019): Die Grundrechte. Grund- und Menschenrechte in Österreich. Handbuch. Wien.
- BÖSCH-NIEDERER, Annemarie (2004): „O Vorarlberg, will treu dir bleiben“. Vom Heimatlied zur Landeshymne, in: Montfort 56 (2004) 1/2, S. 63–73.
- BRANDTNER, Werner/SCHNEIDER, Harald/BUßJÄGER, Peter (Hg.) (2004): Landesverfassung mit Materialien. Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag mit Erläuterungen. [...]. Bregenz.
- BRANDTNER, Werner/SCHNEIDER, Harald/BUßJÄGER, Peter (Hg.) (2007): Landesverfassung mit Materialien. Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag mit Erläuterungen. [...]. Bregenz.
- BRANDTNER, Werner/SCHNEIDER, Harald/BUßJÄGER, Peter (Hg.) (2009): Landesverfassung mit Materialien. Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag mit Erläuterungen. [...]. Bregenz.
- BURMEISTER, Karl Heinz (1981): Landtag und Landesregierung in Geschichte und Gegenwart, in: Unser Landhaus. Das neue Amtsgebäude in Bregenz. Vorarlberger Landtag, Vorarlberger Landesregierung, Amt der Vorarlberger Landesregierung. Bregenz, S. 41–81.
- BURMEISTER, Karl Heinz (2004): Das Vorarlberger Landeswappen, in: Montfort 56 (2004) 1/2, S. 28–35.
- BÜRNER, Richard (1897): Das Österreichische Vereins- und Versammlungsrecht auf Grund der Gesetze vom 15. November 1867 und des kaiserlichen Patentes vom 26. November 1852 gemeinverständlich erläutert [...]. Wien/Pest/Leipzig.
- BUßJÄGER, Peter (2004a): Schwierige Symbole, schwierige Geschichte. Zur Rechtsentwicklung der Vorarlberger Landessymbole, in: Montfort 56 (2004) 1/2, S. 7–16.

- BUßJÄGER, Peter (2004b): Landesverfassung und Landespolitik in Vorarlberg – Die Verfassungsgeschichte Vorarlbergs und ihre Auswirkungen auf die Landespolitik 1848–2002 (Schriften der Vorarlberger Landesbibliothek 9). Graz/Feldkirch.
- DELIUS, Hans (1891): Das preußische Vereins- und Versammlungsrecht unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1850. Berlin.
- DHB (2018): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Kapitel 18.5 Bannmeile/Befriedeter Bezirk, Stand 23.11.2018, URL: www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch/18/kapitel-18-475984 (27.01.2022).
- DIEM, Peter (1995): Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen. Wien.
- DIEM, Peter (2021): Österreichische Fahnen- und Flaggenordnung, Stand 07.06.2021, URL: https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Symbole/Fahnen-_und_Flaggenordnung (27.01.2022).
- EIGNER, Franz/KEPLINGER, Rudolf (2019): Versammlungsrecht. Praxiskommentar, 4. Aufl., Stand: 1. Juni 2019. Linz.
- ERLER, Adalbert (1971): Fahne, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 1. Berlin, Sp. 1037–1038.
- FACHINFOS (2021): Parlamentsdirektion, Fachinfos zu aktuellen Parlamentsthemen: Sicherheit in Parlamenten, Wien 02.06.2021, URL: <https://fachinfos.parlament.gv.at/politikfelder/parlament-und-demokratie/sicherheit-in-parlamenten/> (27.01.2022).
- FAHNENREGLEMENT (2008): Der Umgang mit Fahnen, Standarten und Fanions (Fahnenreglement). Schweizer Armee. Reglement 51.340d. Gültig ab 01.01.2008. O. O.
- FESSLER, Peter (1981): Österreichisches Versammlungsrecht (Juridica Kurzkommentare), 2. Aufl. Wien.
- FESSLER, Peter/KELLER, Christine (1993): Österreichisches Versammlungsrecht. Wien.
- FESSLER, Peter/KELLER, Christine (2013): Vereins- und Versammlungsrecht. Kommentar zum Vereinsgesetz 2002 und Versammlungsgesetz 1953, 3., überarb. Aufl., Stand: 1. Jänner 2013. Wien/Graz.
- FESSLER, Peter/KELLER, Christine/SCHERHAK, Helmut (2000): Das österreichische Versammlungs- und Demonstrationsrecht (Juridica Kurzkommentare). Wien.
- FINK, Barnabas/REDLER, Ferdinand (1931): Wirtschaft und öffentliches Leben (Heimatkunde von Vorarlberg 6). Leipzig/Wien/Prag.
- FREUND, Samuel (1885): Das in Oesterreich geltende Vereins- und Versammlungsgesetz. Wien.
- FREUND, Samuel (1900): Das in Oesterreich geltende Vereins- und Versammlungsgesetz, 2. Aufl. Wien.
- GALBREATH, Donald L./JÉQUIER, Léon (1978): Lehrbuch der Heraldik. München.
- GIESE, Karin J. (2004): Versammlungsrecht, in: Susanne Bachmann (u.a.), Besonderes Verwaltungsrecht, 5. Aufl. (Springers Kurzlehrbücher der Rechtswissenschaft). Wien/New York.
- GMEINER, Emmerich (1992): Alt-Bregenz läßt grüßen. Stadt und Leute auf alten Ansichtskarten, Bd. 1. Bregenz.
- GRABHERR, Elmar (1986): Vorarlberger Geschichte. Eine volkstümliche Darstellung. Bregenz.

- HEYER, Christian/POßNIEN, Almut (2000). Der Befriedete Bezirk, in: Der Aktuelle Begriff 2000. Rheinbreitenbach, S. 19–25.
- HOLZKNECHT, Severin (2018): „Heute gegen Probst, morgen gegen Rüthi!“ Zwei Bürgerinitiativen im Vergleich. Innsbruck.
- HUGELMANN, Karl (1879): Studien zum österreichischen Vereins- und Versammlungsrechte. Graz.
- HYE, Franz-Heinz (1985): Das Tiroler Landeswappen. Entwicklungsgeschichte eines Hoheitszeichens, 2. Aufl. (Schriftenreihe des Südtiroler Kulturinstitutes 13). Bozen.
- JUNGBÜRGERBUCH (1953, 1956, 1957, 1960, 1962, 1968, 1971): Vorarlberger Jungbürgerbuch. Bregenz.
- KELZ, Karl (1933): Etwas von alten Fahnen, in: Alemannia 7 (1933) 1, S. 67–77.
- KEßLER, Herbert (1995): Arbeit für Vorarlberg. Drei Jahrzehnte Landespolitik. [Enthält außerdem Gerhard Wanner: Landespolitik 1964 – 1987.] Dornbirn.
- KHAKZADEH, Lamiss Magdalena (2005): Versammlungsrecht, in: Besonderes Verwaltungsrecht, hg. von Irmgard Rath-Kathrein/Karl Weber, 5. Aufl. Innsbruck, S. 261–267.
- KLINGGRÄFF, H. [recte ALFRED MEIßNER] (1878): Bilder aus der österreichischen Rheinprovinz. Wien/Pest/Leipzig.
- KOLONOVITS, Dieter/WIMBERGER, Nikolaus (2017): Versammlungsrecht, in: Besonderes Verwaltungsrecht, hg. von Dieter Kolonovits u.a. Wien, S. 145–166.
- LANDSTÄNDE UND LANDTAG (1961): Landstände und Landtag in Vorarlberg, Geschichtlicher Rückblick aus Anlaß der Wiederrichtung einer Volksvertretung vor hundert Jahren (1861–1961). Bregenz.
- LEITNER, Friedrich Wilhelm (2000): Zur Geschichte des Kärntner Landeswappens, in: Rudolfinum Bd. 2 (2000) S. 159–173.
- LIEHR, Willibald/MARKOVICS, Albert (Hg.) (1952): Das österreichische Polizeirecht mit einschlägigen Vorschriften und erläuternden Bemerkungen, sowie einem Sachverzeichnis, Bd. 2/2: Materielles Polizeirecht (Manzsche Ausgabe der österreichischen Gesetze 31/2/2). Wien.
- LÜCK, Heiner (2008): Banner in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 1. Berlin, 2. Aufl., Sp. 436–438.
- MADER, Robert (1942): Die Fahnen und Farben der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Kantone. Geschichtliches. Fahnen- und Farbtechnisches. Richtiges Fahnenhissen, unter Mitwirkung von Eugen Schneiter. St. Gallen.
- MÄDER, Peter M. (2006): in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 02.10.2006, URL: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/012810/2006-10-02/> (27.01.2022).
- MARTIN, Otto (2020): Zirkus in der Hauptstadt ist nicht immer gut, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.10.2020, S. N3.
- MAYRHOFER, Ernst (1880): Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern mit besonderer Berücksichtigung der diesen Ländern gemeinsamen Gesetze und Verordnungen, Bd. 2, 4. Aufl. Wien.
- MAYRHOFER, Ernst (1898): Ernst Mayrhofer's Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern mit

- besonderer Berücksichtigung der diesen Ländern gemeinsamen Gesetze und Verordnungen, Bd. 2, 5. Aufl. Wien.
- MELL, Alfred (1962): Die Fahnen des österreichischen Soldaten im Wandel der Zeiten. Wien.
- NACHBAUR, Ulrich (1998): Für Gott, Kaiser und Vaterland? Oberschützenmeister Carl Ganahl und seine Feldkircher Standschützen in den Revolutionsjahren 1848/49, in: „... haßt als warmer Republikaner die Fürsten“. Beiträge zur Revolution in Vorarlberg 1848/49 in Vorarlberg, hg. von Alois Niederstätter/Wolfgang Scheffknecht (Alemannia studens Sonderband 4). Regensburg, S. 75–138.
- NACHBAUR, Ulrich (2004): Vorarlberger Landessymbole. Ausstellung (Ausstellungskataloge des Vorarlberger Landesarchivs 10). Bregenz.
- NACHBAUR, Ulrich (2005): „Vorarlberg ist ein selbständiges Bundesland“. Zur Wiedererringung der Landesdemokratie 1945. Ausstellung (Ausstellungskataloge des Vorarlberger Landesarchivs 14). Bregenz.
- NACHBAUR, Ulrich (2006a): Die Vorarlberger Landtagsfahne und die parlamentarische Bannmeile, 1. Aufl. Bregenz.
- NACHBAUR, Ulrich (2006b): Die Vorarlberger Landtagsfahne und die parlamentarische Bannmeile, 2., überarb. Aufl. Bregenz.
- NACHBAUR, Ulrich (2007b): Kanzleisiegel landesfürstlicher und landschaftlicher Ämter in Vorarlberg vor 1806, in: Montfort 59 (2007) 2, S. 134–167.
- NACHBAUR, Ulrich (2008a): Zur Entschuldung der Bauern. Gründung, Aufbau und Existenzkrise 1897 bis 1923, in: 111 Hypo Vorarlberg. Ein historischer Kassasturz 1897 – 2008, red. von Meinrad Pichler. Bregenz, S. 38–69.
- NACHBAUR, Ulrich (2008b): Die Hypothekenbank des Landes Vorarlberg 1897 bis 1925, in: Montfort 60 (2008) 1/2, S. 52–81.
- NACHBAUR, Ulrich (2008c): Graf von Hohenembs, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg etc. Vorarlberg in Titeln und Wappen des Hauses Österreich bis 1918, in: Bludenzer Geschichtsblätter H. 88, S. 45–88.
- NACHBAUR, Ulrich (2008d): Das Vorarlberger Landeswappen von 1864. Ein Beitrag zur Staats- und Landessymbolik, in: Montfort 60 (2008) 4, S. 235–270.
- NACHBAUR, Ulrich (2008e): Amtshäuser der Bregenzer Bezirksverwaltungsbehörden. Ein historischer Überblick von 1453 bis 2009 (Kleine Schriften des Vorarlberger Landesarchivs 10). Bregenz.
- NACHBAUR, Ulrich (2012): Ein opulentes Missverständnis. Das Vorarlberger Landeswappen von 1864, in: V-Dialog 6 (2012) 2, S. 20
- NACHBAUR, Ulrich (2017a): Ein Land ohne Landhaus, in: V-Dialog 38 (2017), S. 20.
- NACHBAUR, Ulrich (2017b): Landhaus in der Kirchstraße, in: V-Dialog 41 (2017), S. 24.
- NACHBAUR, Ulrich (2018a): Landhaus in der Seestraße, in: V-Dialog 42 (2018), S. 28.
- NACHBAUR, Ulrich (2018b): Das „Graue Haus“, in: V-Dialog 44 (2018), S. 32.
- NACHBAUR, Ulrich (2019a): Landhaus in der Römerstraße, in: V-Dialog 48 (2019), S. 32.
- NACHBAUR, Ulrich (2019b): 1918: Selbständiges Land Vorarlberg. Ein Beitrag zu den Landesgründungen in Deutschösterreich, in: 3. November 1918. Die Länder und der neue Staat. Beiträge zur Festveranstaltung und zum Symposium „100 Jahre selbständiges Land Vorarlberg“, hg. von Peter Bußjäger unter Mitarbeit von Julia Oberdanner. Wien/Hamburg, S. 57–139.

- NACHBAUR, Ulrich (Red.) (2007a): Jahresbericht des Vorarlberger Landesarchivs 2006 (Kleine Schriften des Vorarlberger Landesarchivs 1). Bregenz.
- PICHLER, Meinrad (Red.) (2008): 111 Hypo Vorarlberg. Ein historischer Kassasturz 1897 – 2008. Bregenz
- REITER, Ilse (2005): Verfassungsdokumente Österreichs 1816–1849, in: Verfassungsdokumente Österreichs, Ungarns und Liechtensteins 1791–1849, hg. von Ilse Reiter/András Cieger/Paul Vogt (Constitutions of the world from the late 18th century to the middle of the 19th century 2). München, S. 19–252.
- SCHNEIDER, Harald (u.a.) (Hg.) (2014): Landesverfassung mit Materialien. Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag mit Erläuterungen. [...]. Bregenz.
- SIMON, Thomas (2008): Bannmeile, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 1. Berlin, 2. Aufl., Sp. 441–443.
- SKARWADA, Heinrich (1950): Das österreichische Vereins- und Versammlungsrecht. Gesetz und praktische Anwendung. Wien.
- STOLZ, Otto (1935): Die Landesfarben von Tirol, in: Tiroler Heimatblätter 13 (1935) 11/12, S. 401–405.
- TEZNER, Friedrich (1909): Versammlungsrecht, in: Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes, hg. von Ernst Mischler/Josef Ulbrich, Bd. 4 R–Z, 2. Aufl. Wien.
- THILO, G. (1865): Das preußische Vereins- und Versammlungsrecht unter Berücksichtigung der deutschen Bundesgesetzgebung nebst einem Anhang, enthaltend: das jetzt in Frankreich geltende Associationsrecht. Breslau.
- VÖGEL, Franz/HÄUSLER, Elmar (1974): Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag. Bregenz.
- VOLAUCNIK, Christoph (1998): Die Ereignisse des Jahres 1848 in Feldkirch, in: „... haßt als warmer Republikaner die Fürsten“. Beiträge zur Revolution in Vorarlberg 1848/49 in Vorarlberg, hg. von Alois Niederstätter/Wolfgang Scheffknecht (Alemannia studens Sonderband 4). Regensburg, S. 139–166.
- VORARLBERG (1978): Vorarlberg – unser Land. Jungbürgerbuch. Bregenz.
- WALSER, Harald (1983): Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933 – 1938. Mit einem Vorwort von Anton Pelinka (Materialien zur Arbeiterbewegung 28). Wien.
- WD (2019): Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag, Sachstand WD 3 – 240/19: Außensicherung von Parlamentsgebäuden in ausgewählten Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Berlin, URL: www.bundestag.de/resource/blob/683264/a12ef81035cbb1774d3ff36a65137137/WD-3-240-19-pdf-data.pdf (27.01.2022).
- WOLF, Franz Ferdinand (2022): So verdunstet der Rechtsstaat, in: trend 26.01.2022, S. 28.



Abbildung 53: Trauerbeflaggung des Regierungsgebäudes („Graues Haus“) anlässlich der Trauersitzung des Landtages für Altlandeshauptmann und Altlandtagspräsident Otto Ender am 28. Juni 1960.

(Foto Oskar Spang. Vorarlberger Landesbibliothek)



Vorarlberger Landesarchiv
Kirchstraße 28, 6900 Bregenz, Österreich
T +43 5574 511 45005
landesarchiv@vorarlberg.at
www.vorarlberg.at/landesarchiv